BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 6 **Köln, 20. Juni 1958** **Preis DM 1.-**

Dritter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen – Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein – Rudolf Pikola
Franz Rauhut – Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder – Renate Riemeck
Franz Paul Schneider – Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Karl Graf von Westphalen, „Bundesrepublik und Gipfelkonferenz“* S. 377
- *Peter Tauroggen, „Unfähigkeit oder böser Wille?“* S. 380
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Wohin geht der Weg?“* S. 389
- *Dr. Erich Küchenhoff, „Papinian oder das Berufsethos des Regierungsjuristen 212 und 1958 n. Chr.“* S. 397
- *Hans Nätscher, „Resignieren macht uns mitschuldig“* S. 400
- *Anton Zischka, „Das Fliegen ‚mit der Waffe‘ “* S. 402
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Die Oder-Neiße-Frage“* S. 405
- *Dr. Hans Magnus Enzensberger, „Einige Vorschläge zur Methode des Kampfes gegen die atomare Aufrüstung“* S. 410
- *Dr. Achim von Borries, „Vor Mollets wird gewarnt ...“* S. 415
- *Kurt Hirsch, „Wohin segelt die Bundesmarine?“* S. 425
- *Prof. Gerhard Gollwitzer, „Globales Hiroshima oder globale Entspannung“* S. 433
- *Dr. Basil Mathiopoulos, „Afrika steht auf!“* S. 437
- *Dr. Gerhard Caemmerer, „Die Auseinandersetzung über das Hamburgische Gesetz betreffend die Volksbefragung“* S. 443
- *Dr. Hermann Etzel, „Politisches Planetarium“* S. 448
- *Manfred Pahl-Rugenstein, „Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen“* S. 461
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 466

Karl Graf von Westphalen

Bundesrepublik und Gipfelkonferenz

Worte und Taten

Seit Harold Stassen ergebnislos und verärgert über Dulles von der Londoner Abrüstungskonferenz nach Hause reisen mußte, hat es an Bemühungen nicht gefehlt, das Gespräch wieder in Fluß zu bringen. Die Völker aller Kontinente sind nicht bereit, sich mit dem Atom-Wettrüsten und der ständigen Zuspitzung der Lage abzufinden. Einflußreiche Kreise, die gestern noch die Idee des Kreuzzugs befürworteten und die Politik am Rande des Abgrunds unterstützten, treten heute angesichts der Nähe einer Katastrophe für Ver-

nunft und Umkehr ein. Selbst Dulles und sein internationaler Anhang können es sich nicht mehr leisten, beim stereotypen Nein zu verharren; sie können es nicht mehr glaubhaft begründen. Aus Furcht vor einer Milderung der Spannungen, aus Angst vor der einzigen Anternative, der Koexistenz, tun diese Kreise alles, um eine Gipfelkonferenz zu verhindern. Das geschieht in einer Art und Weise, die uns den Eindruck vermittelt, als lebten diese Leute nur von und für Rüstung und Spannung. Nur aus dieser Sicht ist zu verstehen, daß wohl in Worten dem Verlangen der Völker nach Entspannung nachgegeben wird, aber durch Taten beharrlich an der Erhöhung und Vermehrung der Militärbudgets, der Rüstungen und Raketenbasen gearbeitet wird. Wer das tut, muß die Erörterung der Abrüstung und die Erörterung der Möglichkeiten zur Beilegung strittiger Fragen vor dem Tribunal der Völker fürchten. Wer es jedoch mit Abrüstung und Entspannung ehrlich meint, der setzt sich mit seinen Gegnern auseinander, wo immer er sie findet, damit die Welt sieht, wer den Willen der Menschheit zum Leitsatz der Politik macht.

Bundesregierung und Entspannung

Auf der Dezemberkonferenz der Nato in Paris wurde Bulganins Vorschlag, die internationalen Spannungen auf einer Konferenz der Großmächte zu erörtern, nach anfänglicher Weigerung mit dem Gegenvorschlag beantwortet, den Ausweg aus der Sackgasse in einem Treffen der Außenminister zu finden. Der Bundeskanzler war zuerst gegen eine Konferenz auf hoher Ebene; heute ist er mit Worten dafür. Er sagt jedoch nicht, worüber konkret verhandelt werden soll. Zwar spricht er von allgemeiner Abrüstung, sehr genau wissend, daß diese nur schrittweise zu vollziehen ist, schon um die Wirtschaft des Westens nicht in Schwierigkeiten zu bringen. Er will aber wider jede Logik und Vernunft durch Aufrüstung zur Abrüstung kommen. Welcher positive Beitrag zur Entspannung, zur Abrüstung und für einen Erfolg der Konferenz der Großmächte wird durch solche Politik geleistet?

Auftakt und Beispiel?!

Indessen haben Eisenhower und Chruschtschow sich geeinigt, in Genf durch Sachverständige prüfen zu lassen, ob und wie man die Atomwaffenversuche einstellen kann und auf welche Weise die Kontrolle hierüber sich durchführen läßt. Diese kleine Genfer Konferenz wäre noch mehr zu begrüßen, wenn die USA vorher ebenfalls ihre prinzipielle Bereitschaft zur Einstellung der Versuche erklärt hätte. Der Beitrag der amerikanischen Experten zu dieser Konferenz wird wenig positiv ausfallen, wenn sie nicht die grundsätzliche Bereitschaft ihrer Regierung zum Stop der Versuche in der Tasche tragen. Dennoch wollen wir das Zustandekommen der Konferenz aufrichtig begrüßen und sie als Auftakt zu einer großen Konferenz betrachten. Den Eingeweihten mag es allerdings bedenklich stimmen, daß die Bundesregierung der Konferenz wenig Aufmerksamkeit schenkt. Sie hat auch nicht erklärt — obwohl sie das von ihren Fachleuten jederzeit hätte hören können —, daß atomare Explosionen sich einer Kontrolle nicht entziehen lassen.

Die Gipfelkonferenz und das deutsche Interesse

Die Gipfelkonferenz muß stattfinden. Ob bald und ob sie erfolgreich sein wird, hängt in erster Linie davon ab, wie stark die öffentliche Meinung der Völker sie herbeiwünscht und welche Aufträge sie ihren Politikern zur unbedingten Erledigung mitgibt. Für uns in der Bundesrepublik heißt das als erstes, daß die Bundesregierung von ihrer unfruchtbaren und gefährlichen Politik abläßt, vor der Gipfelkonferenz Tag um Tag neue militä-

rische Tatsachen zu schaffen. Die Aufgabe der gesamten Opposition und aller Ausschüsse gegen die atomare Bedrohung ist es, die Bevölkerung über den vollen Ernst unserer heutigen Lage aufzuklären und alle Kräfte zum aktiven demokratischen Widerstand zusammenzufassen.

Darüber hinaus muß die Opposition eigene Gedanken zur Konferenz vorlegen und realisierbare Fakten für den positiven Ausgang der Konferenz schaffen. Wieviel können wir hier vom japanischen Volk lernen. Japan hat seinen Beitrag zur Entspannung und für einen günstigen Ausgang der Gipfelkonferenz geleistet: 35 Millionen Unterschriften gegen die Atombewaffnung sind von großen Organisationen gesammelt worden. Das japanische Volk hat damit unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, welche Politik es von den Großmächten erwartet. Der Kampf der japanischen Atomgegner hat zu einem eindeutigen Ergebnis gegen die atomare Aufrüstung geführt. Es wäre ein guter Beitrag des deutschen Volkes für die Gipfelkonferenz, wenn es ebenso wie das leidgeprüfte japanische Volk sein Bekenntnis gegen die Atombewaffnung dokumentarisch in dieser oder jener Form abgibt. Könnten nicht auch bei uns Organisationen, Verbände und Ausschüsse die Bevölkerung befragen? Es gibt Millionen, die bereit sind, sich für eine solche Kampagne einzusetzen. Auf diese Weise würden wir nicht nur das Zustandekommen der Gipfelkonferenz unterstützen, sondern auch im wahren deutschen Interesse Einfluß auf ihren Verlauf nehmen. Angesichts eines solchen Beweises würde es fraglich, ob die Bundesregierung und ihre Nato-Partner an der Absicht festhalten können, die Bundeswehr atomar auszustatten. Ein solches deutsches Dokument würde der ganzen Welt zeigen, wie das deutsche Volk über Vernichtungsmittel denkt, deren permanente Produktion und Stationierung an allen Enden der Welt nur in einem fürchterlichen Untergang enden kann. In diesem Zusammenhang muß an den gemeinsamen Beschluß aller Fraktionen des Bundestages vom 10. Mai 1957 erinnert werden, in dem die Einstellung der Atombombenversuche von allen Großmächten gefordert wird. Warum drängen die Oppositionsparteien die Regierung nicht nachdrücklichst, diesen Beschluß zum Inhalt eines Memorandums an die Großmächte zu machen, damit diese Frage zum Punkt 1 der Tagesordnung für die Gipfelkonferenz gemacht wird?

Eine deutsche Politik darf sich jedoch mit der Einstellung der Atomwaffenversuche allein nicht zufrieden geben. In unserem Interesse liegt es, daß die Konferenz einen Beitrag zur Sicherheit Deutschlands und zur Sicherheit Europas leistet. Das ist der Wunsch aller europäischen Völker. Ohne Zweifel enthält eine atomwaffenfreie Zone, wie sie Rapacki vorschlägt, wesentliche quantitative und qualitative Garantien für die europäische Sicherheit. Lohnt es nicht, diesen Plan und ähnliche Vorschläge, die von Pfleiderer, Gaitskell, Kennan u. a. einsichtigen westlichen Politikern gemacht wurden, in ernsthaftem Gespräch zu beraten? Eine solche Zone der Entspannung und des Auseinanderrückens der Militärblöcke dient beiden Seiten zum Vorteil, ist ein erster Schritt auf dem Wege zu einer friedlichen Verständigung. Es gibt auf die Dauer kein Leben mit der Atombombe, das nicht, ob gewollt oder ungewollt, in die Katastrophe führt.

Wir erwarten von der Konferenz weiter, daß sie einen Beitrag zur deutschen Frage leistet. Sie wird sich nicht über freie Wahlen unterhalten. Wer hierauf heute besteht, sabotiert die realen politischen Möglichkeiten der Konferenz. Man wird überhaupt nur in wenigen Fragen Lösungen erwarten können; zumeist werden wir uns wohl mit Teilergebnissen begnügen müssen. Wir aber sollten von dieser Konferenz erwarten und fordern, daß sie uns auf dem langen

Weg zur friedlichen Lösung der deutschen Frage endlich einen Schritt weiter bringt. Dieser Schritt wäre der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Das würde ein gutes Ergebnis sein, dem weitere leichter folgen könnten. Der Präsident des Bundestages, D. Dr. Eugen Gerstenmaier, hat während des Kanzler-Urlaubs den Mut gehabt, dieses zur Lösung drängende Problem anzusprechen. Wenn für 70 Millionen Deutsche heute die Möglichkeit besteht, einen Friedensvertrag zu erhalten, dann sollten Bedingungen wie die gleichzeitige Unterzeichnung eines gleichlautenden Textes durch West- und Ostdeutschland kein Hindernis dafür sein, die grauenvolle Bilanz des zweiten Weltkrieges endlich zu liquidieren und die jetzige gefährliche Stagnation zu überwinden. Aus der bisherigen Entwicklung der Nachkriegszeit kennen wir die versäumten Gelegenheiten unserer infantilen Politik. Lösungsmöglichkeiten, die heute noch realisierbar sind, werden nach der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr nicht mehr erreichbar sein. Es ist die Pflicht der Opposition, die Stunde zu nutzen.

Peter Tauroggen

Unfähigkeit oder böser Wille?

Eine kritische Betrachtung der Militärpolitik der Bundesregierung

Berlin

Vor wenigen Wochen hat der amerikanische Außenminister Dulles anläßlich eines kurzen Besuchs in Berlin erneut eine Garantieerklärung der USA für den freien Teil unserer Reichshauptstadt abgegeben. Mit anderen Worten heißt das, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika ein gewaltsames Vorgehen Rußlands gegen West-Berlin als casus belli betrachten würden. Über den Wert oder Unwert einer solchen Garantie kann man denken, wie man will. Wichtig ist auf alle Fälle, daß Klarheit über die Möglichkeiten besteht, die bei einer hoffentlich und, wie wir darlegen werden, mit hoher Wahrscheinlichkeit kaum jemals eintretenden sowjetischen Einzelaktion gegen West-Berlin für ein Eingreifen des Westens, also für ein Wirksamwerden der amerikanischen Garantie gegeben sind.

Die in Berlin stationierten amerikanischen, britischen und französischen Besatzungstruppen — zusammen höchstens eine schwache Division nach unserer Schätzung — würden sich gegen einen Angriff wahrscheinlich ganz brav zur Wehr setzen. Sie stünden aber von vornherein auf verlorenem Posten und würden mit Sicherheit in ganz kurzer Zeit von der Übermacht erdrückt werden. Ihre Anwesenheit in Berlin hat daher gegenüber der Weltmacht Rußland lediglich symbolische Bedeutung.

Kaum weniger hoffnungslos erscheint jedes Unterfangen, einem angegriffenen West-Berlin mit den in der Bundesrepublik verfügbaren Nato-Divisionen unter konventionellen Bedingungen, d. h. unter Verzicht auf Atomwaffeneinsatz, zu Hilfe eilen zu wollen. Nur ein Phantast kann glauben, daß die 5 bis 6 amerikanisch-französischen, die 4 bis 5 britisch-belgisch-holländischen und die bereits bestehenden 5 bis 6 bundesrepublikanischen Divisionen, von denen insbesondere

die letzteren heute und noch auf Jahre hinaus kaum einen Schuß Pulver wert sein dürften, auch nur wenige Kilometer über die Zonengrenze hinaus Boden gewinnen würden. Denn es stünden ihnen immerhin etwa 22 in der DDR stationierte sowjetische Divisionen und die Volksarmee der DDR gegenüber, Kräfte, die selbst unter Abzug der für einen Angriff gegen West-Berlin benötigten Truppen stark genug sein dürften, einen „Panzer-Raid", wie er vor 10 Jahren dem damaligen US-Befehlshaber in Westdeutschland, General C l a y, anläßlich der Blockade Berlins vorschwebte, in einer Katastrophe enden zu lassen. Wem diese ganz nüchterne Prognose zu pessimistisch erscheint, der sollte sich vor Augen halten, daß zusätzlich auch eine Reihe von polnischen Divisionen zur Stelle sein könnte und daß ein westlicher Entlastungsstoß Richtung Berlin in seiner Südflanke gefährlich durch die tschechische Wehrmacht bedroht wäre.

Strategen bei Shape und in Bonn werden sich vielleicht auch Gedanken für den Fall gemacht haben, daß ein Angriff gegen West-Berlin nur durch Truppen der Volksarmee der DDR gestartet werden könnte. Auch diese Überlegungen müssen zu dem Ergebnis führen, daß jeder Versuch des Westens, auf herkömmliche Art und Weise zu Hilfe zu eilen, sinnlos wäre. Denn die Anwendung militärischer Gewalt durch die DDR gegen das westliche Berlin ist nur denkbar, wenn Moskau einverstanden ist, praktisch also den Befehl zu solcher Aktion gegeben hat. Folglich würden die russischen Divisionen in Mitteldeutschland mit allem, was an Luftwaffe, Flak usw. dazugehört, totsicher nicht Gewehr bei Fuß verharren und stillschweigend zusehen, wenn Nato-Truppen die Grenze zwischen den beiden deutschen Teilstaaten überschritten. Man kann sich drehen und wenden, wie man will, man kann sogar noch den Einsatz von heute so im Vordergrund des Interesses stehenden Fallschirmjägern und Luftlandeverbänden im Berliner Raum in Erwägung ziehen: Es bleibt bei dem Ergebnis, daß jeder Versuch, die amerikanisch-westliche Garantie auf diesem Wege zu erfüllen, angesichts des gegebenen Kräfteverhältnisses militärischer Wahnsinn wäre. Damit aber sind wir zwangsläufig bereits bei der Frage der Atomwaffen angelangt.

Die US-Truppen in der Bundesrepublik verfügen, wie ganz offen zugegeben wird, über taktische Atomwaffen verschiedener Typen, angefangen vom „Matador" über den „Honest John" oder den „Corporal" bis zur 28 cm Atomkanone, selbstverständlich mit der entsprechenden Atom-Munition und in einer Zahl, die auch die Ausstattung der Nato-Verbündeten auf deutschem Boden mit solchen taktischen Atomwaffen erlauben würde. Darüber hinaus sind mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die taktischen Luftflotten der Amerikaner und Engländer in Westeuropa mit Atombomben ausgerüstet.

Ob die russischen Kräfte in der DDR atomar bewaffnet sind, erscheint fraglich. Ist es der Fall, dann erübrigt sich jede weitere Erörterung über die Aussichten eines Angriffs atombewaffneter Streitkräfte des Westens Richtung Berlin. Das Mißlingen stünde a priori fest. Besitzt die sowjetische Heeresgruppe in Mitteldeutschland keine taktischen Atomwaffen, so muß — rein theoretisch — entsprechend bewaffneten und diese Waffen ausnutzenden Westverbänden die Chance eines schnellen, erfolgreichen Vorstoßes nach Osten zugestanden werden. Die Feder sträubt sich, auf diese Frage im einzelnen einzugehen. Es ist auch gar nicht nötig. Denn nur ein Wahnsinniger kann sich einbilden, daß die UdSSR sich eine derartige Provokation gefallen lassen könnte. Die erste westlicherseits abgefeuerte Atombombe oder -granate löst ohne jeden Zweifel den Gegenschlag Rußlands, und zwar den globalen Einsatz von Atom- und Wasserstoffbomben und -raketen aus, dessen Schwerpunkt sich gegen die USA selbst richten dürfte. Noch gilt die Erkenntnis, daß derjenige die größere Erfolgschance hat, der den

ersten Schlag aus der Vorhand führt. Und daran wird sich auch kaum etwas ändern. So werden die Amerikaner sich hüten, die Sowjets in derartig einfältiger Weise zu provozieren.

Als Ergebnis bleibt festzustellen, daß jede Aktion, einem etwa angegriffenen West-Berlin mit Erdverbänden, gleichgültig, ob sie atomar bewaffnet sind oder nicht, zu Hilfe zu kommen, völlig aussichtslos wäre. Es drängt sich förmlich die Parallele zum Volksaufstand in der DDR am 17. 6. 1953 und zur Erhebung des ungarischen Volkes im Herbst 1956 auf. In beiden Fällen blieb dem Westen gar nichts anderes übrig, als den entrüsteten Zuschauer zu spielen und den Dingen ihren blutigen Lauf zu lassen. Nur ein Unterschied zwischen den beiden genannten Ereignissen und einer etwaigen Aggression gegen das freie Berlin besteht: Die hier gegebene, dort aber nicht vorhanden gewesene Garantieerklärung der USA! Nimmt man diese Garantie Amerikas ernst — und wir haben keinen Grund, es nicht zu tun —, so steht als Endergebnis dieser bewußt eingehend geführten und an den Anfang der Betrachtung gesetzten Untersuchung folgende Erkenntnis fest: Die Erfüllung der gegebenen Garantie ist nur durch den großen Atomschlag der USA gegen die Sowjetunion möglich. Über diese Konsequenz dürfte sich Moskau im klaren sein. Ein gewaltsames Vorgehen der UdSSR gegen das freie Berlin als Einzelaktion erscheint deshalb im höchsten Grade unwahrscheinlich.

Bundesrepublik und Westeuropa

Der Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß hat kürzlich in einer Stellungnahme zu dem auf dem Parteitag der SPD in Stuttgart festgelegten Wehrprogramm dem Sinne nach erklärt, daß jedes Abweichen der Bundesrepublik vom Programm der Nato zum Zusammenbruch dieser Institution und damit auch zur Aufgabe Westeuropas durch die Vereinigten Staaten von Amerika führen würde. In dieser die Auffassung der SPD scharf ablehnenden Erklärung behauptet der Minister also mit dreister Stirn, daß die USA die Aufrechterhaltung der für den gesamten westeuropäischen Raum bestehenden Garantie von der Befolgung ihrer im Nato-Rahmen gegebenen Befehle auf dem militärischen Sektor abhängig machen und sich grollend aus Westeuropa zurückziehen würden, sobald z. B. die Bundesrepublik auch nur einen Schritt vom vorgezeichneten Wege abwiche. Nun mag es sein, daß Herr Strauß bei seinem letzten Besuch in Amerika vom Präsidenten Eisenhower und dem Außenminister Dulles entsprechend geimpft worden ist. Aber daß ein halbwegs vernünftiger Mensch dieser plumpen Drohung, wenn sie überhaupt je ausgesprochen worden und nicht nur der Phantasie der Herren Adenauer, Strauß und Brentano entsprungen ist, Glauben schenken kann, ist einfach unverständlich. West-Berlin, das, abgesehen von seinem zweifelhaften Wert als bequemer Vorposten für Geheimdienste aller Schattierungen, militärisch völlig wertlos ist, hat seine uneingeschränkte Garantie gegen jede Aggression. Mr. Dulles muß sich, wie wir eingangs nachgewiesen haben, über die Tragweite seiner Erklärung im klaren gewesen sein. Daraus kann nur gefolgert werden, daß ein Verlust dieser Insel in der roten Flut, dieses Symbols der Freiheit, das Prestige der USA in unerträglichem Maße belasten würde. Und zwar so unerträglich, daß, wie wir aufgezeigt haben, dadurch der große Atomschlag gegen die UdSSR ausgelöst werden müßte.

Und dann soll man glauben, daß ein Aufgeben der Bundesrepublik und der sonstigen westeuropäischen Länder durch die Vereinigten Staaten ohne Druck und ohne Gegenleistung Moskaus mit dem Prestige der Weltmacht USA vereinbar wäre? Der Bundesminister für die Verteidigung hat sich geirrt oder er hat

gelogen. Dieser Irrtum oder diese Lüge des Herrn Strauß können gar nicht scharf genug angeprangert und zurückgewiesen werden. Denn jeder Versuch der Sowjets, mit Gewalt gegen die Bundesrepublik und Westeuropa vorzugehen, zwingt die Amerikaner heute, morgen und in Zukunft zum atomaren Großeinsatz gegen Rußland, wenn sie ihr Prestige als Weltmacht nicht restlos verlieren wollen. Dabei ist es völlig gleichgültig, ob US-Divisionen noch auf dem alten Kontinent stehen oder nicht. Es ist auch gleichgültig, ob die Nato besteht oder vielleicht inzwischen durch bestimmte Ereignisse, wie sie z. B. im Zuge der Entwicklung der Situation in Frankreich möglich erscheinen, auseinandergebröckelt ist. Und letztlich kann die Frage, ob eine Bundeswehr eine Stärke von 350 000 oder nur 150 000 Mann hat und ob sie atomar bewaffnet ist oder nicht, überhaupt keine Rolle spielen. Eine Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs, sei es mit oder ohne Gewaltanwendung, bis an und über den Rhein wird für die USA immer genau so unerträglich sein, wie umgekehrt ein Verlagern der Machtsphäre der Nato nach Osten für die Sowjets einfach untragbar ist und bleiben wird. Noch spielen strategische Gründe mit, weil die USA mangels einsatzreifer interkontinentaler Fernraketen angeblich unseren Kontinent zur Errichtung von Abschußbasen für Mittelstreckenraketen benötigen und dafür den berüchtigten Plan MC 70 in der Nato ausgeheckt haben. In wenigen Jahren spätestens wird dieser Grund nicht mehr existieren. Dann werden es neben der stets im Vordergrunde bleibenden Prestigefrage im wesentlichen wirtschaftliche Gründe sein, die die Amerikaner zwingen, ihre Garantie für Westeuropa aufrechtzuerhalten und auf jeden Fall zu verhindern, daß der Einfluß der Sowjets sich nach Westen ausdehnt. Der kalte Krieg zwischen Ost und West nimmt immer mehr die Formen einer weltweiten wirtschaftlichen Auseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR an. Eine Verstärkung des russischen Wirtschaftspotentials durch die große Kapazität der westeuropäischen Industrie wäre für die weltwirtschaftliche Position der Vereinigten Staaten schlechthin untragbar, zumal deren Wirtschaft den europäischen Absatzmarkt dringend benötigt.

Man sagt dem Herrn Strauß hohe Intelligenz nach. Demnach kann er das, was er gegen das Wehrprogramm der SPD ins Feld geführt hat, selbst nicht glauben. Zu offensichtlich ist das Mißverhältnis zwischen der Wirklichkeit und seinen Äußerungen! Klar ist zu erkennen, was in Wahrheit der Bundesverteidigungsminister mit seinen Gegenäußerungen beabsichtigte: Er will unter allen Umständen die seit Jahren bewährte Fiktion von der drohenden Gefahr eines sowjetischen Angriffs gegen die Bundesrepublik und das übrige Westeuropa aufrechterhalten. Denn nur so kann er dem dummen Volke gegenüber die angebliche Richtigkeit der Militärpolitik der Bundesregierung herausstreichen und die vorgesehene atomare Bewaffnung der Bundeswehr mit dem Schein der Berechtigung versehen. Das seit Jahren umgehende und den Menschen in der Bundesrepublik immer wieder vorgegaukelte Schreckgespenst eines Angriffs der Roten Armee mit Massen von Menschen und Zehntausenden von Panzern treibt wieder sein Unwesen und erzielt leider immer noch die gewünschte Wirkung auf die Masse der braven Bundesbürger.

Nach Herrn Strauß besteht die Gefahr, daß die Rote Armee, verstärkt durch zahlreiche Verbände aus den anderen Staaten des Ostblocks, eines Tages mit dem eben erwähnten Massenaufgebot an Menschen und Panzern über den eisernen Vorhang nach Westen zum Angriff antritt. Gegen diese vermeintliche Gefahr will er uns schützen durch immer tieferes Hineinkriechen in die Nato, durch blinden Gehorsam gegenüber dem mächtigen amerikanischen Herrn, der die atomare Bewaffnung der Bundeswehr angeordnet hat und dessen Hilfe angeb-

lich nur dann wirksam bleiben kann, wenn wir, die Westdeutschen, auch weiterhin als treueste Gefolgsleute die Befehle aus Washington aufs Wort befolgen.

Man kann als unvoreingenommener Mensch mit einiger Erfahrung auf höherer militärischer Ebene zu diesen Vorstellungen über eine sowjetische Angriffsdrohung nur die Überschrift setzen: „Wie Karlchen Mießnick oder die ewig Gestrigen sich den Krieg der Zukunft vorstellen." Das, was 1939, 1940 und 1941 vor den Feldzügen gegen Polen, Frankreich und Rußland, um nur einige Beispiele herauszugreifen, üblich war, nämlich unzählige Divisionen an den Grenzen aufmarschieren und sie dann am jeweiligen Tage X mit entsprechender Unterstützung durch die Luftwaffe zum Angriff antreten zu lassen, ist unter den heute gültigen Bedingungen einfach undenkbar. Eine Wochen dauernde, niemals zu tarnende und geheimzuhaltende Massierung von Hunderttausenden oder gar von Millionen von Soldaten mit einer Unzahl von Panzern und mit sonstigem Riesenaufgebot an Material in einem relativ schmalen Grenzstreifen, sagen wir zwischen Ostsee und Erzgebirge oder Donau, kann keine Staatsführung, kein militärischer Oberbefehlshaber überhaupt riskieren. Zu groß wäre die Gefahr, daß der Gegner diese ihm niemals verborgen bleibende Offensiv-Drohung im entscheidenden Moment durch zusammengefaßten Einsatz atomarer Kampfmittel restlos zerschlägt. Sowohl Sowjetrußland als auch die USA werden sich peinlichst hüten, den Gegner in einer solchen Form herauszufordern und ihm dann noch die Chance eines besonders erfolgreichen atomaren Großeinsatzes aus der Vorhand einzuräumen.

Es ist einfach ein Denkfehler oder eine Zwecklüge, wenn Herr Strauß behauptet, die Sowjetunion beabsichtige die Eroberung Europas als letzten Schritt vor der globalen Auseinandersetzung mit den USA. Genau umgekehrt wird ein Schuh draus! Wenn die große Auseinandersetzung zwischen Amerika und Rußland eines Tages wirklich unvermeidlich sein sollte, dann wird, wo auch immer zuerst, auf den Knopf gedrückt und der Großeinsatz aller verfügbaren nuklearen und thermonuklearen Waffen ausgelöst. Wer wollte daran zweifeln, daß der Schwerpunkt russischerseits eindeutig auf Zielen in den USA selbst liegen würde? Gelingt es, diesen Feind Nr. 1 zu vernichten oder auch nur entscheidend zu lähmen, dann fällt alles andere dem Sieger wie eine reife Frucht in den Schoß. Dann braucht er seine Divisionen mehr oder weniger nur noch zur Besetzung feindlichen Gebietes. So sieht in Wahrheit die Bedrohung Westeuropas aus. Moskau wird sich hüten, in einem Existenzkampf mit den USA seine Kräfte zu verzetteln, zumal es sicher weiß, daß einer sogenannten Weltherrschaft kaum noch etwas im Wege steht, wenn der Hauptgegner Amerika zu Boden gezwungen ist. Auf der anderen Seite darf es als selbstverständlich gelten, daß die Gefahr einer Einbeziehung von Zielen auf diesem Kontinent in den atomaren Großeinsatz russischer Bomber und Raketen um so größer ist, je mehr für Rußland bedrohliche Einrichtungen wie Abschußbasen für Atomraketen oder Flugplätze für Atombomber vorhanden sind. Die strategische Bedeutung Westeuropas wird viel zu sehr unter Gesichtspunkten, die vielleicht noch vor 10 Jahren Gültigkeit hatten, inzwischen aber längst überholt sind, betrachtet und weit überschätzt. Wenn keine Bedrohung der Sowjetunion durch Atomwaffen von Westeuropa aus vorhanden ist, dann besteht die hohe Wahrscheinlichkeit, daß hier auch keine Atombomben fallen werden. Was nützt ein Westeuropa im Kampf der beiden Giganten dieser Erde, wenn es mit ein paar H-Bomben gleich zu Beginn der Auseinandersetzung ausgeschaltet oder sogar vernichtet wird? Man sollte sich vor einer Überbewertung der strategischen Position Westeuropas und Europas überhaupt hüten. Neben den USA selbst dürfte zum Beispiel der Nahe Osten für die Sowjets weit interessanter als Westeuropa sein, zumal sie dort mit der Mög-

lichkeit, den Ölstrom nach Westeuropa abzudrehen, ein außerordentlich wirksames Druckmittel in die Hand bekämen.

Vom europäischen Standpunkt aus bedeutet es also einwandfreie Vorbereitung zum Selbstmord, wenn immer mehr amerikanische Atomwaffen auf diesem Kontinent bereitgestellt und schließlich auch noch den Bundeswehrsoldaten in die Hände gedrückt werden. Nur ein sehr kindliches Gemüt kann annehmen, daß hier in Europa eine Entscheidung oder auch nur eine Teilentscheidung bei einer großen Auseinandersetzung zwischen USA und UdSSR fallen würde. Das Wort vom militärischen Größenwahn, das der Bundesregierung in der großen Debatte des Bundestages vom 20. bis 25. März immer wieder vorgehalten wurde, hat volle Berechtigung. Heute schon steht fest, daß die militärische Bedeutung der Nato kaum noch ernst zu nehmen ist. Ihre „Schild-und-Schwert"-Theorie für Westeuropa ist einwandfrei überholt und damit zu einer reinen Farce geworden. In den ersten Jahren ihres Bestehens konnte man der Nato noch einen gewissen Sinn und Wert zusprechen, als die Gefahr eines europäischen Korea in der Luft lag. Aber heute und in Zukunft würde ein Krieg zwischen Ost und West ganz anders aussehen. So lebt die Nato nur noch von der Fiktion, daß Westeuropa von einem sowjetischen Angriff mit Waffengewalt bedroht sei, und von der Einbildung, gegen einen solchen Angriff Schutz gewähren zu können! Beides ist unwahr. Und unwahr ist auch das Wort des Herrn Strauß, von dem wir in diesem Abschnitt ausgingen, daß nämlich die USA ihre Garantie für die Bundesrepublik und die anderen westeuropäischen Staaten als nicht mehr gegeben betrachten könnten, sobald die Bundesrepublik auch nur einen Schritt vom vorgeschriebenen Nato-Wege tun würde. Wer für Berlin garantiert und damit bereit ist, für diese Garantie den 3. Weltkrieg auszulösen und den Kampf um Sein oder Nichtsein auf sich zu nehmen, der muß in jedem Falle allein aus Gründen des Prestiges zu seiner Garantie gegenüber der Bundesrepublik und den anderen Staaten Westeuropas stehen. Wenn das in Frage gestellt ist oder wird, dann ist die Erklärung des Mr. Dulles in Berlin nicht das Papier wert, von dem sie abgelesen wurde.

Wahre Sicherheit

Zwischen den beiden Weltkriegen war Frankreich bekanntlich von einem fast krankhaft anmutenden Sicherheitskomplex gegenüber dem deutschen Nachbarn befallen. Als Folge dieser Hysterie entstand die Maginot-Linie, für die Milliarden ausgegeben wurden, von der man sich Wunder versprach und die dann 1940 sich als wertlos erwies.

Die Militärpolitik der Bundesregierung wird nach außen hin — auf die wirklichen Hintergründe kommen wir noch zu sprechen — seit vielen Jahren von einem ähnlichen krankhaften Streben nach Sicherheit gegenüber den Sowjets beherrscht. Wir haben nachgewiesen, daß diese Sucht heute im Zeitalter der Atom- und H-Bomben angesichts einer gegenüber früheren Zeiten völlig veränderten Situation jeder vernünftigen Grundlage entbehrt. Viele Milliarden Mark sind bereits einem Phantom geopfert worden, unzählige weitere Milliarden sollen allein bis 1961 noch folgen. Der Nutzeffekt wird gleich null sein. Darüber hinaus steht fest, daß die nach wie vor trotz aller Ableugnungsversuche im Rahmen der Nato immer weiter betriebene Politik der Stärke der Bundesregierung gegenüber Sowjetrußland die Frage der Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten nicht nur keinen Schritt vorwärts gebracht, sondern im Gegenteil nunmehr zu einem fast aussichtslos erscheinenden Problem gemacht hat. Mit der angeblichen Sicherheit der Bundesrepublik im Schoße der Nato sollten die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung geschaffen werden. Was ist

daraus geworden? Die tödliche Drohung, in eine etwaige große atomare Auseinandersetzung zwischen USA und UdSSR hineingezogen und in ihr vernichtet zu werden, hängt mehr denn je über uns und wird immer größer. Von Sicherheit gegenüber dieser Gefahr, die allein uns bedroht, ist keine Spur vorhanden. Die Möglichkeiten der Wiedervereinigung sind bis auf winzige Reste dem Hirngespinst einer Sicherheit im Rahmen der Nato geopfert worden. Denn wenn etwas feststeht, dann ist es dies, daß eine Wiedervereinigung unter dem Vorzeichen der Nato vollkommen ausgeschlossen ist! Kann es da Wunder nehmen, wenn heute für viele Deutsche in der Bundesrepublik die Abkürzung Nato nichts anderes als „Nationaler Tod" bedeutet? Es ist wirklich fünf Minuten vor zwölf. Noch besteht eine geringe Chance, aus diesem Teufelskreis herauszukommen, in den die Adenauer-Regierung das deutsche Volk geführt hat. Aber nur dann, wenn sich die Erkenntnis von der gefährlichen Politik des Bundeskanzlers und seiner CDU/CSU-Mehrheit in weiten Kreisen unseres Volkes endlich Bahn bricht und wenn bald die einzig mögliche Konsequenz „Fort mit Adenauer und seinen Ratgebern" gezogen wird. Wir haben unter den Aspekten eines möglichen globalen Atomkrieges zwischen den USA und der UdSSR vor einer Überschätzung der militärstrategischen Bedeutung Westeuropas und insbesondere der Bundesrepublik gewarnt. Militärischer Größenwahn, der seinen Ausdruck etwa in der Schaffung einer sogenannten dritten atomaren Kraft in Westeuropa finden sollte, kann nur mit der bereits in den ersten Minuten eines Weltkrieges Nr. 3 erfolgenden Vernichtung dieser Völker und Länder durch einige wenige sowjetische H-Bomben enden. Ist es doch utopisch, zu glauben, daß eine solche dritte Atomkraft als eine Art militärischer Wachtposten oder als bewaffneter Schiedsrichter zwischen die beiden Giganten dieser Erde gestellt werden könnte. Immer würde es auf den Versuch hinauslaufen, das atomare Potential der USA zu verstärken, ein Unterfangen, das in einer grauenvollen Katastrophe sein Ende finden müßte.

Ist man sich also darüber im klaren, daß es für das gesamte Westeuropa und selbstverständlich auch für die übrige Welt nur eine, allerdings riesenhafte Gefahr, nämlich die eines Atomkrieges zwischen USA und UdSSR gibt, dann müßte es schon aus Selbsterhaltungstrieb oberstes Ziel aller Politik sein, den Ausbruch einer solchen fürchterlichen Auseinandersetzung unter allen Umständen zu verhindern. Glauben die Regierungen und die Völker Westeuropas weiterhin an das Gruselmärchen von einer drohenden Aggression alten Stils von seiten der Roten Armee, treiben sie weiterhin eine sterile, einseitige Blockpolitik und kennen sie auch in Zukunft nichts anderes als Nato und immer wieder Nato, dann werden sie eines Tages zwischen den riesigen Mühlsteinen Amerika und Rußland zerrieben werden.

Alle Anstrengungen sollten sich darauf richten, eine wirkliche Entspannung herbeizuführen. Erst eine weitgehende Beseitigung der Spannungen im Verhältnis der beiden Weltmächte zueinander bildet die Voraussetzung für eine Beendigung der wahnwitzigen Rüstungspolitik auf beiden Seiten und für den Beginn einer Periode der Abrüstung. Bittere, eindeutige Erfahrungen aus den vergangenen Jahrzehnten beweisen doch zur Genüge, daß der umgekehrte Weg, den auch unsere Bundesregierung heuchlerisch immer wieder als ihr Ziel betont, über die Abrüstung zur Entspannung zu kommen, angesichts des ungeheuren gegenseitigen Mißtrauens einfach nicht gangbar ist. Zu einer solchen Entspannung auf dem alten Kontinent Europa kann es nie kommen, solange die westeuropäischen Völker im Rahmen des Westblocks, also als Trabanten Amerikas, in ihren Anstrengungen fortfahren, auch ihrerseits atomare Militärmächte zu sein oder zu werden. Die Spannungen zwischen Ost und West müssen durch eine

solche, die entsprechende Wechselwirkung auf der Gegenseite auslösende Haltung immer größer werden.

Statt sinnloser Überbetonung des militärischen Akzents sollten sich die Völker Westeuropas vielmehr auf die ihnen nach wie vor innewohnende politische und moralische Stärke besinnen. Mit dieser Kraft würde es sicher möglich sein, die beiden großen Gegner zunächst einmal räumlich auseinanderzubringen und den in Gestalt von fremden Truppen und vor allem Atomwaffen vorhandenen Zündstoff in Europa auszuräumen. Ziel dieser Anstrengungen müßte es sein, einen breiten neutralen Gürtel von Skandinavien über Mitteleuropa bis herunter zum Balkan zwischen den beiden Riesen dieser Erde zu errichten. Der Plan des polnischen Außenministers Rapacki, zunächst einmal eine atomwaffenfreie Zone quer durch Europa zu legen, wäre eine Vorstufe gewesen, wie man sie sich besser gar nicht denken kann. Die Ablehnung dieses Planes durch die Westmächte, letztlich begründet durch die antiquierte Vorstellung von der dann angeblich untragbar großen Gefahr durch die konventionellen Streitkräfte des Ostblocks, ist nicht nur ein Trauerspiel, sondern schlicht ein Verbrechen gegen die Völker Europas und gegen die ganze Welt.

„Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit." Eine treffendere Überschrift kann man über die derzeitige, unglaublich törichte und feige Haltung der verantwortlichen Politiker der Westmächte, insbesondere der Bundesrepublik, nicht setzen. Gibt es doch gerade für die Lösung des Problems der deutschen Wiedervereinigung, eines Problems, das für eine Entspannung in Europa von alles überragender Bedeutung ist, keine andere Möglichkeit friedlicher Natur als den Weg der Schaffung eines neutralen europäischen Blocks zwischen USA und UdSSR, eines zwischen den beiden Weltmächten liegenden, weder zum Osten noch zum Westen gehörenden, von den beiden Giganten als unantastbar garantierten ehrlichen Mittlers, der weder gewillt noch in der Lage ist, das militärische, sprich atomare Gleichgewicht zwischen Amerika und Rußland nach der einen oder anderen Seite hin zu verändern. Nur in einem solchen Rahmen werden die vornehmlich auf der Sorge vor Prestigeverlust, aber auch auf Fragen der Sicherheit und der Wirtschaft beruhenden Widerstände beider Seiten gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands aus dem Wege geräumt werden können.

Betrachtet man die Militärpolitik der Bundesregierung unter diesen Gesichtspunkten, so kann man nur feststellen, daß wirklich alles getan wurde und weiterhin getan wird, um, statt Entspannung zu erreichen, die bestehenden Spannungen zu vergrößern und damit die Lösung unseres obersten politischen Zieles, wieder ein einheitliches Staatsgebilde zu werden, so zu erschweren, daß kaum noch Hoffnung auf Verwirklichung vorhanden ist. Die sture, völlig einseitig auf die USA eingestellte Haltung des Bundeskanzlers bringt die Bundesrepublik von Tag zu Tag in einen immer schärferen Gegensatz zu Rußland, ohne dessen Einwilligung eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten undenkbar ist. Zu vergleichen ist diese Art von Politik nur mit dem unglaublich törichten Flottenbauprogramm, das mit der Ernennung des Großadmirals von Tirpitz zum Staatssekretär des Reichsmarineamtes im Jahre 1897 einsetzte, uns England zum Todfeind machte und wohl der entscheidende Grund für die erste Katastrophe war, die das deutsche Volk in diesem Jahrhundert über sich ergehen lassen mußte. War es damals der Größenwahn mit der Flotte, so ist es heute der mit der Bundeswehr. Mit ihr soll ein Gebilde von ursprünglich 500 000, nach neuerer Planung von „nur" 350 000 Mann entstehen, das, in Kürze auch mit Atomwaffen ausgerüstet, angeblich für unsere Sicherheit gegen die Rote Armee erforderlich

ist. Wir haben nachgewiesen, daß die potentielle Gefahr, gegen die diese Wehr der Bundesrepublik errichtet wird, gar keinen Grund zur Besorgnis mehr darstellen kann. Die Gefahr für die Bundesrepublik liegt in überragendem Maße vielmehr darin, in eine etwaige atomare Auseinandersetzung riesigen Umfanges zwischen USA und UdSSR hereingezogen zu werden und in ihr umzukommen. Gegen diese Drohung nützt uns die Bundeswehr buchstäblich gar nichts. Im Gegenteil: Ihr Vorhandensein vergrößert diese Gefahr, die nur durch wirkliche Entspannung in Europa, durch einen Ausgleich mit Rußland gemildert werden kann. Was die Bundesrepublik an zusätzlicher Sicherheit braucht, ist eine Gewähr dagegen, daß es nicht eines Tages zu einem Bürgerkrieg zwischen den beiden deutschen Teilstaaten kommt, an dem sich vielleicht ein neuer Weltkrieg entzünden könnte. Haben wir ein Äquivalent gegenüber der Volksarmee der DDR und sind wir mit Hilfe eines wirklich wirksamen Grenzschutzes in der Lage, immerhin mögliche Übergriffe oder Putschversuche seitens der DDR auszuschließen, dann ist das völlig ausreichend. Hierfür genügen die 150 000 Mann eines hochqualifizierten Berufsheeres, wie es von der SPD vorgeschlagen wird, auch dann, wenn etwaige Bürgerkriegshaufen aus der DDR durch „spontan" zu Hilfe eilende „Freiwillige" aus anderen Staaten des Ostblocks verstärkt würden. Die jetzt vorgesehene Stärke der Bundeswehr, ihre bedingungslose Zugehörigkeit zur Nato und insbesondere eine Bewaffnung mit Atomwaffen leisten der Gefahr eines dritten Weltkrieges und der Vernichtung Deutschlands nur Vorschub. Von Sicherheit kann nur insoweit gesprochen werden, als durch die Militärpolitik der Bundesregierung die Unmöglichkeit der Wiedervereinigung absolut gesichert ist!

Unfähigkeit oder böser Wille?

Der Abgeordnete Erler von der SPD schockierte die Herren der CDU/CSU/DP-Fraktion am 20. März 1958 dadurch, daß er gleich zu Beginn seiner Ausführungen eine ihn während der vorangegangenen Rede des Herrn Strauß überkommene Erinnerung an eine nationalsozialistische Massenkundgebung setzte, die mit der Frage Hitlers an das Volk: „Wollt ihr den totalen Krieg?" endete. Beim Anhören und beim späteren Lesen der Rede des Bundesverteidigungsministers im amtlichen Sitzungsprotokoll kam uns eine andere, wenn auch ähnliche Erinnerung. Wir mußten an das aus bitterem Sarkasmus der verzweifelt kämpfenden Ostfront geborene Wort vom „Gröfaz", vom angeblich „größten Feldherrn aller Zeiten", denken. Nicht, weil Herr Strauß eine vielleicht ähnliche „dynamische" Erscheinung und auch sicher ein brillanter Redner ist, sondern weil in den Worten des Ministers der gleiche militärische Dilettantismus zutage trat, der zur Katastrophe von 1945 geführt hat. Nur Schlagworte, keine irgendwie schlüssige Beweisführung! Nicht einmal der leiseste Versuch, die wahre militärische Lage so darzustellen, wie sie sich heute unter atomaren Bedingungen eindeutig ergibt!

Wir glauben nicht, daß es Herrn Strauß mit Hilfe seiner Generäle nicht möglich gewesen wäre, eine echte, nüchterne Beurteilung der Lage abzugeben. Daß er es nicht tat, sondern seine Kollegen im Bundestag lediglich mit einem Brillantfeuerwerk von immerwiederkehrenden Phrasen und Schlagworten zu überfahren und zu düpieren versuchte, läßt nur einen Schluß zu: Er wollte und durfte es nicht, weil dann die Unhaltbarkeit der von ihm vertretenen Militärpolitik der Bundesregierung offen zutage getreten wäre. Es kann also nicht nur Unfähigkeit sein, die diese Wahnsinnspolitik bestimmt, auch wenn wir weder Herrn Strauß, noch Herrn Kiesinger, noch Herrn von Brentano und dem Herrn Bundeskanzler schon gar nicht zutrauen, über die militärische Entwicklung und über strategische Probleme urteilen zu können. Es muß also etwas anderes

sein, das die Militärpolitik der Bundesregierung so maßgebend beeinflußt. Das kann nur böser Wille sein! Eine andere Erklärung ist einfach nicht möglich. Betrachtet man diese Erkenntnis im Zusammenhang mit den berüchtigten Plänen des Herrn Wenger, so muß man allzuleicht zu der Schlußfolgerung gelangen, daß der Bundeskanzler und seine Paladine eine Wiedervereinigung Deutschlands nie gewollt haben und auch heute nicht wollen, sondern alles getan haben und noch tun, um sie zu verhindern. Die immer fester werdende Verankerung der Bundesrepublik und ihrer Bundeswehr in der Nato ist hierzu das sicherste Mittel, zumal keiner unserer heutigen Verbündeten auch nur das geringste Interesse an einem Wiedererstehen des deutschen Reiches hat.

Darüber hinaus ist der Verdacht riesengroß, daß unsere Regierung, wahrscheinlich in Übereinstimmung mit dem „Kreuzfahrer" Dulles, die große atomare Auseinandersetzung zwischen USA und UdSSR für unvermeidlich hält und nur danach trachtet, „diesmal auf der richtigen Seite zu stehen". Es ist bekannt, daß der Bundeskanzler schon vor Jahren eine entsprechende Äußerung von sich gegeben hat. Wenn man die Militärpolitik der Bundesregierung aus diesem Blickwinkel betrachtet, wächst der Verdacht ins Ungemessene, daß die Bundeswehr in der vorgesehenen Stärke, Gliederung und Ausrüstung zu gegebener Zeit unter dem Feuerschutz amerikanischer H- und A-Bomben und -Granaten „gen Ostland" antreten, bei der Niederwerfung Sowjetrußlands mitwirken und das deutsche Land jenseits des eisernen Vorhangs befreien soll.

Die Antwort auf die über diese Betrachtung gestellte Frage: „Unfähigkeit oder böser Wille"? kann nur lauten: Weder das eine noch das andere, sondern es ist todbringender Irrsinn, der die Militärpolitik der Bundesregierung bestimmt. Es gilt, alle Kräfte in Bewegung zu setzen, um diesem Wahn entgegenzusteuern. Sonst ist Deutschland für alle Zeiten verloren!

Prof. Dr. Renate Riemeck

Wohin geht der Weg?

Gespenstische Realitäten

„Ein Gespenst geht um in Europa — das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet, der Papst und der Zar, Metternich und Guizot, französische Radikale und deutsche Polizisten. Wo ist die Oppositionspartei, die nicht von ihren regierenden Gegnern als kommunistisch verschrieen worden wäre, wo die Oppositionspartei, die den fortgeschritteneren Oppositionsleuten sowohl wie ihren reaktionären Gegnern den brandmarkenden Vorwurf nicht zurückgeschleudert hätte?"

Das ist bekanntlich die Präambel des Kommunistischen Manifestes, niedergeschrieben von Marx und Engels und 1848 erstmals in deutscher Sprache gedruckt. 110 Jahre sind seitdem vergangen, und das Gespenst geht immer noch um. Wir werden es nicht los. Es hat das Zarenreich überlebt, die Donaumonarchie Metternichs und das Juste milieu Guizots, das für die Epoche des französischen

Julikönigtums so kennzeichnend war. Das ist alles längst vergangen. Aber viel ist geblieben, viel zu viel. Geblieben sind zum Beispiel die französischen Radikalen, die soeben unter Billigung des „freien Westens" die demokratischen Grundlagen der 4. Republik zerstören konnten, weil sie es brillant verstanden haben, das Gespenst des Kommunismus heraufzubeschwören. Geblieben sind auch die deutschen Polizisten und die „heilige Hetzjagd", die zynische Manier der Regierenden, ihre Gegner als Kommunisten zu diffamieren, und die leidige Gepflogenheit der Opposition, den „brandmarkenden Vorwurf" an die entschlossensten Oppositionsleute weiterzugeben.

Und doch hat sich, wie wir alle wissen, in den letzten 110 Jahren so vieles auf dieser Welt geändert. Die Ideen derjenigen, die einst das Kommunistische Manifest verfaßten, beherrschen heute (durch Lenin erweitert und fortgebildet) die gute Hälfte der Weltbevölkerung. Die andere Hälfte ist im Hinblick auf diesen nun einmal gegebenen und nicht wegzuleugnenden Tatbestand gespalten. Sie ist einerseits geneigt, das Vorhandensein kommunistisch regierter Großmächte (wie die UdSSR und China) als zeitgenössische Realität realpolitisch zu begreifen und die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen; das heißt, sie richtet sich auf die Koexistenz mit ihnen ein. Das tun die großen Neutralen der farbigen Welt, allen voran das Indien Nehrus. Aus der Anpassung an die weltpolitische Entwicklung des 20. Jahrhunderts ergeben sich für diese unabhängigen und blockfreien Nationen außenpolitische Verhaltensweisen und innenpolitische Strukturierungen, die ihrer Lage angepaßt und unserer Zeit gemäß sind.

Unzeitgemäß dagegen reagiert man im nordatlantischen Bereich Euroamerikas auf die bestehenden Weltverhältnisse. Hier wird das gewagte Experiment unternommen, dem Zwang zur Koexistenz auszuweichen und die Problematik unserer Gegenwart auf ein rein militärisches Gebiet zu verlagern. Dem erstarrten außenpolitischen Denken entspricht im Innern die geistige Renaissance des Systems Metternich, — jene modern kostümierte Wiederholung einer Form von Machtbehauptung, die wir die „Restauration" nennen. Ihr Hauptcharakteristikum war und ist der Versuch einer Rückgängigmachung geschichtlicher Ereignisse: Einstmals beabsichtigte man, mit politischer Justiz und Bajonetten die Wirkungen der Französischen Revolution von 1789 zu annullieren. Heute glaubt man, mit politischer Justiz und Atombomben die Folgen der bolschewistischen Oktoberrevolution von 1917 aus der Welt schaffen zu können.

Die Restauration — einst und jetzt

Das „System Metternich" und die sog. „Heilige Allianz", jene christliche Verteidigungsgemeinschaft dynastischer Interessen, wurden errichtet, weil die alten Mächte Europas sich hartnäckig sträubten, den politischen und geistigen Umwälzungen des Jahres 1789 Rechnung zu tragen. Man schien sogar Erfolg dabei zu haben, und für einige Zeit gelang es, den Typus des entpolitisierten und mit seiner kleinen Welt beschäftigten Biedermeierbürgers als das Erscheinungsbild jener Periode zu präsentieren. Für die wenigen politisch wachen Kräfte des Volkes hielt man Demagogenverfolgungen, Verhaftungsaktionen, Haussuchungen und ein Heer von Spitzeln bereit. Aber was half es? Nicht die vielen, vielen Biedermeiers, sondern die als Demagogen verschrieenen Professoren, die Schriftsteller und die ganze unbotmäßige Intelligenz behielten das Feld. Das System Metternich brach zusammen.

Das System Dulles-Adenauer und seine moderne Form der „Heiligen Allianz", genannt Nato, sind nichts anderes als ein Versuch, die soziale und politische Frage, die mit dem Jahre 1917 an den Westen gestellt wurde, weiter-

hin unbeantwortet zu lassen und den weltpolitischen Veränderungen seit 1945 durch militärische Machtdemonstrationen zu begegnen.

Der Nordatlantikpakt, diese pseudochristliche Verteidigungsgemeinschaft kapitalistischer Wirtschaftsinteressen, wird auf die Dauer kaum dem Schicksal der „Heiligen Allianz" entgehen. Er wird an seinen inneren Grundsätzen zerbrechen. Auch der Typus des Wirtschaftswunderbürgers in unserer Bundesrepublik wird wie weiland der Biedermeier eine vorübergehende Erscheinung sein. Schließlich gibt es ja auch heute Professoren, Schriftsteller und eine unbotmäßige Intelligenz. Und da wir in einer modernen Industriegesellschaft leben, gibt es obendrein Millionen oppositioneller Arbeitnehmer, die sich darauf besinnen werden, daß sie eine politische Macht sind! Die derzeitige Restaurationsepoche wird wie ihre Vorläuferin eines Tages am Ende sein.

Aber das ist ein schlechter Trost. Zwischen den Bajonetten von 1848 und den Massenvernichtungsmitteln von 1958 besteht der ganz große Unterschied, der es uns verbietet, den Gang der Dinge einfach abzuwarten.

Zweierlei Maß

Das Gespenst, von dem Marx und Engels sprachen, ist ja längst Wirklichkeit geworden, und das eigentliche Problem besteht doch wohl darin, ob man ein Gespenst mit der Drohung der totalen Selbstzerstörung bekämpfen will oder ob man endlich nach einer richtigen Antwort auf eine Wirklichkeit suchen möchte. Die Wirklichkeit heißt Sowjetunion, das Gespenst heißt „kommunistische Gefahr".

Wie steht es mit der Wirklichkeit? In der Sowjetunion ist man zutiefst davon überzeugt, daß schon in naher Zukunft die fortschreitende Technisierung und Automation, vor allem aber die Entwicklung der Kernenergie und die Eroberung des Weltraumes auf das Bewußtsein des einzelnen Menschen wie auf den Zustand der Gesellschaft den denkbar größten Einfluß haben werden. Das kann man allen Verlautbarungen entnehmen, die aus dem Osten zu uns kommen. Man ist überzeugt, daß Mensch und Gesellschaft sich umgestalten werden und im Zuge dieser Umgestaltung das Ende der großbürgerlich-kapitalistischen Wirtschafts- und Herrschaftsformen kommen muß. Diese Auffassung verwundert niemanden, der mit den Gedankengängen des Marxismus-Leninismus auch nur etwas vertraut ist. Daraus aber einen unmittelbar bevorstehenden Angriffskrieg seitens der Sowjetunion abzuleiten, wie die Bonner Regierungspolitiker es tun, ist eine bewußte Entstellung der Tatsachen. Diese unwahrhaftige Zweckpropaganda soll die wirklichen Absichten der westdeutschen Militärpolitiker verhüllen und die phantastischen Summen rechtfertigen, die für die Aufrüstung bereitgestellt werden müssen. Daß die Sowjetunion das Ende des Kapitalismus nicht durch einen alles Leben vernichtenden Atomkrieg herbeiführen will, sondern auf wirtschaftlichem und ideologischem Wege, wissen diejenigen sehr genau, die sie zum „potentiellen Aggressor" und „Todfeind" stempeln. Kein Geringerer als der Chef des Führungsstabes der Bundeswehr, Brigadegeneral Panitzki, hat kürzlich in Königswinter die Auffassung vertreten, daß die Sowjetunion keinen Krieg wolle und deshalb auch vor lokalen Konflikten zurückschrecken werde. Ähnliches vernahmen wir aus dem Munde von General Heusinger. Aber anscheinend folgt die christlichste aller Parteien dem alten Satz, daß der Zweck die Mittel heiligt. Dem Volke bietet man Parolen an, die einst, aber noch unvergessen, in der Werkstatt des ehemaligen Reichspropagandaministeriums geschmiedet wurden, während man den Kreisen der „Eingeweihten" offen darlegt, wie die Dinge in Wahrheit liegen.

Wenn also die Spitzen der Bundeswehr — und übrigens auch der Kanzler (so in seiner Rede von der Max-Planck-Gesellschaft in Hannover) — sich in Widerspruch zu der regierungspropagandistischen Begründung für die atomare Aufrüstung setzen, kann man nur zu dem Ergebnis kommen, daß mit der Behauptung von den „Aggressionsabsichten der Sowjetunion" das Volk in unverantwortlicher Weise getäuscht werden soll. Zugleich offenbart sich dabei auch der Charakter des westdeutschen Herrschaftssystems: Es gibt eine kleine Personengruppe, mit der man die Politik macht und der man auch die Wahrheit sagt. Das Volk aber, von dem laut Verfassung alle Staatsgewalt ausgehen soll, wird politisch in die Irre geführt. Man macht kalt rechnend mit der erzeugten Kommunistenangst Rüstungsgeschäfte und bereitet den Aufstieg Großwestdeutschlands zur Atommacht vor.

Das kann freilich nur gelingen, wenn man noch recht lange den kalten Krieg aufrechterhält, auf dessen Hintergrund sich das derzeitige bundesrepublikanische Herrschaftssystem entwickeln konnte. Ihm drohen zwei Gefahren: die Annäherung der beiden Weltmächte auf einer Gipfelkonferenz einerseits und das Drängen der in Bewegung geratenen Massen nach einer Änderung der bisherigen Regierungspolitik andererseits.

Der Bundestagsbeschluß und die Gipfelkonferenz

Daß der Bundestagsbeschluß vom 25. März eine Art Vorgriff auf die Gipfelkonferenz war und ihr Zustandekommen, wenn nicht verhindern, so doch auf jeden Fall verzögern sollte, darf im Hinblick auf die von John Foster Dulles seit Monaten praktizierte Verschleppungstaktik als sicher zu betrachten sein. Der amerikanische Außenminister ist seit mehr als einem halben Jahr bemüht, die sowjetischen Vorschläge für eine Gipfelkonferenz durch eiligst herbeigeführte Nato-Vereinbarungen abzuwehren und die Verhandlungsbasis einzuengen. Es ist kein Zufall, daß vor der verhängnisvollen Atomaufrüstungsdebatte der Bundeskanzler ein Gespräch mit dem Bonner US-Botschafter Bruce hatte. Der Rapacki-Plan einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, den Albert Schweitzer „einen lichten Schein im Dunkel" genannt hatte, mußte für den Kurs der Washingtoner „Europapolitik" ein höchst gefährliches Moment darstellen. Er hätte die Bundesrepublik aus dem Spiel der Atombombendiplomatie herausgelöst, und ihre Rolle als amerikanischer Festlandsdegen wäre damit weitgehend beschränkt, vielleicht sogar beendet gewesen. Der Bundeskanzler würde zugleich seine Unentbehrlichkeit für die US-Außenpolitik eingebüßt haben. Da diese Unentbehrlichkeit die einzige Karte ist, auf die er seit Jahren gesetzt hat, mußte er interessiert daran sein, sie in der Hand zu behalten. Verhandlungen über den Rapacki-Plan wären ein erster wesentlicher Schritt zur Entspannung der internationalen Lage gewesen und würden die Gipfelkonferenz in greifbare Nähe gerückt haben. Da Bonn und Washington sich jedoch darüber einig sind, daß sie auch um den Preis einer Atomkatastrophe die Politik des Stärkerwerdens weiterverfolgen wollen, mußten Rapackis Vorschläge zu Fall gebracht werden. Das wurde vom Bundeskanzler mit Hilfe seiner linientreuen Mehrheitspartei am 25. März besorgt — trotz der zu erwartenden innenpolitischen Schwierigkeiten. Die Abfuhr, die Mr. Dulles dann noch nachträglich — am Schluß der Kopenhagener Konferenz der Nato-Außenminister — dem polnischen Entspannungsversuch erteilt hat, war nicht mehr als ein Nachspiel. Es war außerdem billig zu haben; denn Bonn hatte ja bereits das Odium mangelnder Verhandlungsbereitschaft und draufgängerischer Scharfmacherei vor der Weltöffentlichkeit auf sich genommen. Was auch immer an loyaler Zustimmung aus den Regierungslagern der Westmächte ertönen mag, — die Völker denken

anders. Wir haben viele Sympathien verloren, die uns vor dem 25. März noch zuteil geworden sind. Allein der Protest der 835 englischen Professoren und Hochschullehrer, die gegen die Atomaufrüstung der Bundesrepublik Stellung nahmen, spiegelt den Wandel der öffentlichen Meinung wider, — ganz zu schweigen von Reaktionen in den nordischen Ländern.

Die Gipfelkonferenz wird stattfinden, weil anders ein Atomkrieg auf die Dauer nicht vermieden werden kann und die an dieser Machtprobe interessierten Kreise vorerst noch keine sichere Möglichkeit des Überlebens für sich selber erkennen. Aber bis das Treffen der Großen stattfindet, werden die Völker weiterhin in der Gefahr des Atomtodes leben, der sie zu jeder Stunde ereilen kann. Und wenn die Gipfelkonferenz zustande kommt, wird sie die erlösende weltweite Entspannung nicht bringen, weil inzwischen zuviele neue Schwierigkeiten erdacht und geschaffen wurden. Die um die Erhaltung des kalten Krieges bangenden Bonner Regierungskreise haben bereits für ihr Teil dazu beigetragen. Sie stützen den scharfen Kurs des Mr. Dulles, weil er sie stützt. Und sie wissen, was sie tun. Denn wie wäre es um sie und ihre Politik bestellt, wenn sie nicht mehr von dem „potentiellen Aggressor" und dem „Todfeind", vom „Ausradieren" und der „Vergeltung" reden können?

Das Wesen der Bonner Demokratie

Der Versuch des Westens — mit besonders bereitwilliger Unterstützung seitens der Bundesregierung — den kalten Krieg zu verlängern, ist letztlich nur als ein Sich-Stemmen gegen die dringend erforderliche Anpassung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur unserer Gesellschaft an die seit 1945 veränderte Weltsituation zu verstehen. Als sich nach dem Zusammenbruch die CDU konstituierte, wußten ihre Gründer, daß man in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts ohne soziale Grundideen keine zukunftsträchtige Politik treiben kann. Heute leugnet sie ihren Ursprung und hat sich den Restaurationsbestrebungen ihres im hohen Greisenalter stehenden und in alten Denkformen lebenden Parteichefs ausgeliefert. Als sich mit dem Einfließen amerikanischer Hilfsgelder in das politische Vakuum Westdeutschlands die Wiederherstellung der monopolkapitalistischen Gesellschaft von 1932 vollzog, schlug die Stunde Dr. Adenauers. Der ehemalige Oberbürgermeister Kölns, der mit dieser Gesellschaft engstens verbunden war, begann seinen phänomenalen Aufstieg als verspäteter Staatsmann. Eine jahrzehntelange antiöstliche Haltung prädestinierte ihn zudem als Partner der amerikanischen Europapolitik nach dem Kriege. So gewann er durch seinen Eifer beim Einbau des deutschen Weststaates in das atlantische Bündnissystem der USA an Ansehen in Washington, und die außergewöhnlich günstige Wirtschaftskonjunktur festigte seine Stellung im Innern. Durch die sehr rasch erfolgten sozialstrukturellen Veränderungen am Beginn der Adenauerschen Restaurationsepoche wurde jedoch die Bonner Demokratie unversehens umgewandelt. Das „Grundgesetz", das dieser Demokratie als eine Art von Verfassung gegeben worden war, wurde in zunehmendem Maße von seinem Sinngehalt entfremdet. Die vorteilhafte Konjunktur verdeckte die tatsächlichen Machtverhältnisse, und äußerlich demokratische Maßnahmen wie Wahlen, Parlamentsdebatten und Ausschußberatungen täuschten über den wahren Charakter der Herrschaftspraxis hinweg. In die Machtposition der Bonner Demokratie waren die gleichen Personenkreise eingerückt, die einst Hitler zur Macht verholfen hatten, ohne selbst „der Bewegung" anzugehören. Während man noch den kleinen Mann mit der Ausfüllung von Fragebogen beschäftigte und vor den Spruchkammern ein Entnazifizierungsverfahren durchlaufen ließ, verband sich der Herrschaftsstand der Bundesrepublik bereits mit den alten Kräften der hitlerschen Ministerialbüro-

kratie und -justiz. Mit den staatsrechtlichen Vorstellungen des 3. Reiches wurden die demokratischen Artikel des „Grundgesetzes" autoritär verbogen und ein neues obrigkeitsstaatliches Verhältnis zwischen Volk und Regierung begründet. Bei den Wahlen von 1953 und 1957 wurde das Volk über den wirklichen Inhalt der Wahlentscheidung getäuscht. Die an der Erhaltung der restaurativen Herrschaftsordnung interessierten außerparlamentarischen Machtgruppen finanzierten den gigantischen Kostenaufwand für die Wahlpropaganda. Der Artikel 21 des Grundgesetzes, demzufolge die Parteien „über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben" müssen, wurde bisher erfolgreich umgangen. Auf diese Weise bleibt die Masse der Wähler auch weiterhin das Opfer einer auf skrupellosester Massenpsychologie gegründeten Beeinflussung durch die herrschenden Kreise. Die Wahlen sind äußerlich tatsächlich „frei". Die Wahlentscheidung aber ist unecht, weil sie auf die raffinierteste Weise, nämlich unter Zuhilfenahme sämtlicher Tricks der sog. „Motivforschung" gelenkt wird. Dadurch wird das Wesen der Demokratie, wie es im Grundgesetz formuliert wurde, in grotesker Weise verbogen. Für die Träger der Macht hat die parlamentarische Demokratie lediglich die Funktion, die autoritäre Machtausübung zu verhüllen. Das ist nicht nur aus den bitteren Klagen der FDP und SPD über die Überspielung und Umgehung des Parlaments durch die Regierung zu ersehen. Es ist auch dann jedesmal besonders deutlich geworden, wenn politische Entscheidungen von weittragender Bedeutung gegen den Willen des Volkes gefällt wurden. Die Verhüllungsfunktion der parlamentarischen Demokratie hat sich zweimal ganz kraß offenbart: an den Remilitarisierungsplänen der Regierung nach 1950 und jetzt an der Frage der Atomaufrüstung der Bundeswehr. Beide Male wurde eine formaljuristische Auslegung des „Grundgesetzes" als Waffe gegen das Volk angewandt, dessen demokratische Grundrechte doch eigentlich durch die Verfassung geschützt werden sollen. Die Auslegung des „Grundgesetzes" durch die Regierungsjuristen macht die Verfassung zu einem Machtinstrument des Staates, während ihr Sinn in Wahrheit darin liegt, das Volk vor Übergriffen des Staates zu sichern. Die ganze Diskussion über die Volksbefragung hat erwiesen, daß nach Auffassung der herrschenden Kreise die Verfassung für den Staat und nicht für das Volk da ist.

Die Volksbewegung — eine Gefahr für den Herrschaftsstand der Bundesrepublik

Die Reaktion der Bundesregierung auf die Empörung breiter Schichten der Bevölkerung über die Entscheidung des 25. März läßt sich nur allzu gut erklären. Daß die Massen in Bewegung kommen und ihr demokratisches Mitbestimmungsrecht beanspruchen könnten, stellt eine ernste Gefahr für die restaurative Staatsauffassung und die bislang geübten Praktiken der Herrschaft dar. Das Volk merkt plötzlich, welchen Sinn man in Bonn der parlamentarischen Demokratie geben will. Es verlangt Gehör. Das ist äußerst unbequem. Es stört das System. Es gefährdet die bisher schon gesicherte Auslegung der Verfassung. So beruft sich die Regierung auf diese Auslegung und ist bemüht, die Volksbewegung in legalistischen Kanälen verrinnen zu lassen.

Die Volksbefragung wurde durch eine einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts auf Eis gelegt. Bis über die Verfassungsmäßigkeit entschieden ist, dürfte so viel Zeit vergangen sein, daß vollendete Tatsachen geschaffen werden konnten und niemand mehr an einer verspäteten Meinungserforschung Interesse hat. Was soll man denn noch sagen, wenn alles schon besiegelt ist? Es geht der Regierung um Zeitgewinn. Sie möchte bis zum endgültigen Urteil des Karlsruher Gerichtshofes den Beweis erbracht haben, daß die Wählerschaft ihr

weiterhin zu folgen bereit ist. In den bevorstehenden Landtagswahlen dieses Jahres wird sie mit den bekannten Methoden der Wählerbeeinflussung die Unzweckmäßigkeit einer Volksbefragung nachweisen. Der gegenwärtige Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen wird von der CDU mit den Losungen geführt, die sich schon seit Jahren als zugkräftig erwiesen haben. Während die Regierungspartei mit allen Mitteln das Gespenst des Kommunismus beschwört und auf schauderregenden Wahlplakaten die Parole ausgibt: „Kampf dem roten Atomtod — Sicherheit in der Nato!" setzt ihr die SPD entgegen: „In Stadt und Land mit Fritz Steinhoff!" Im Wählerbrief des CDU-Schatzmeisters und ehemaligen Siegener Oberbürgermeisters Ernst Bach wird die Behauptung aufgestellt: „Wer nicht zur Wahl geht, wählt SPD. Wer FDP wählt, wählt SPD. Wer SPD wählt, wählt Ulbricht! Darum jede Stimme für Konrad Adenauer!" Die SPD aber arbeitet mit Parolen wie : „Mann und Frau in NRW — mit Steinhoff und der SPD!" Zwar hat die Regierung Steinhoff vor einiger Zeit verlauten lassen, daß man in Nordrhein-Westfalen auf die Volksbefragung verzichten wolle, weil ja die Wahl eine Gelegenheit bietet, der Volksmeinung über die Atomaufrüstung Ausdruck zu geben. Die CDU teilt diese Auffassung und führt eine massive Kampagne gegen die Atomwaffengegner durch. Man ist deshalb fast versucht, besorgt zu fragen, ob die SPD (indem sie darauf verzichtet, das entscheidende Problem der deutschen Gegenwart in den Mittelpunkt dieses Wahlfeldzuges zu rücken) den Wahlsieg der Kanzlerpartei überlassen möchte.

Die Bundestagsdebatte vom 13. Juni hat gezeigt, wohin wir treiben. Der Antikommunismus bietet das einzige Argument, das der Bundesregierung zur Rechtfertigung ihrer Atomrüstungspläne noch geblieben ist. Es dient der Ausschaltung innenpolitischer Gegner und wird als Waffe gegen die SPD verwandt, der es gar nichts hilft, daß sie sich dagegen wehrt und sich nicht energisch gegen die Ketzerverfolgung in der Bundesrepublik wendet. Der Angriff des Bundesinnenministers auf die Volksbewegung gegen die Atomaufrüstung ist in einem Augenblick erfolgt, wo der Eindruck entstanden ist, daß die großen oppositionellen Organisationen resignieren und den Dingen ihren Lauf lassen wollen. Der Versuch Schröders, die Volksbewegung als eine kommunistisch gesteuerte Angelegenheit darzustellen, ist zwar eine leicht durchschaubare Taktik. Aber sie wird ihre Wirkung nur dann verfehlen, wenn die größte Oppositionspartei und die Gewerkschaften erkennen, daß sie den Kampf gegen den Bundestagsbeschluß vom 25. März weiterführen müssen. Sie müssen wissen, daß sie zugleich auch den Rechtsgehalt des Grundgesetzes gegenüber denjenigen zu verteidigen haben, die es durch formaljuristische Interpretationen ständig aushöhlen. Es gibt das Recht auf Widerstand und die Pflicht zur Verteidigung der Demokratie!

Wir müssen an diesem Gedanken des Widerstandes festhalten, denn der Faschismus marschiert in Europa! Er kommt dieses Mal nicht in Schwarzhemden und in SA-Stiefeln, nicht mit „Duce"- und „Deutschland-erwache"-Rufen. Er kommt im Gewand der Legalität. Und wie weiland Mephisto den armen, tumben Schüler über die Jurisprudenz, so belehrt er heute die Völker über das Wesen demokratischer Staaten, bis man nur noch sagen kann: „Mir ist von alledem so dumm, als ging mir ein Mühlrad im Kopf herum." Wir haben es in diesen Tagen in Frankreich erlebt. Was dort geschah, kann sich überall vollziehen, wo die Massen nur demokratisch zu fühlen, aber nicht demokratisch zu denken und zu handeln imstande sind. Innerhalb von 48 Stunden kann eine Demokratie in die Diktatur überführt werden. Wir haben es erlebt.

Deshalb sind außerparlamentarische Taten, welcher Art sie auch immer sein mögen, das einzige Mittel, um — gegenüber der ständigen Gefahr der Verfälschung des Wählerwillens — eine echte politische Willensbildung in unserem

Volke zu reaktivieren. Es darf nicht noch einmal geschehen, was sich am 20. März 1933 vollzog, als der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, erklärte, die Gewerkschaften würden ihre Aufgabe erfüllen, „gleichviel welcher Art das Staatsregime ist".

Die in den Gewerkschaften organisierte Arbeitnehmerschaft muß wissen, daß „parteipolitische Neutralität" keine Verurteilung zu politischer Ohnmacht ist. Deshalb ist die Forderung des ÖTV-Vorsitzenden Kummernuß nach der Durchführung einer Mitgliederbefragung innerhalb des DGB zu begrüßen und sollte auch von den Führungsgremien der anderen Gewerkschaften unterstützt werden. Die Mitglieder können durch eine solche Aktion vergewissert werden, daß sie als Staatsbürger ein Recht zur politischen Entscheidung haben. Die weitergehende Forderung des Vorsitzenden der IG Metall, Otto Brenner, auf Organisierung von Demonstrationsstreiks wird nur von solchen Juristen als verfassungswidrig betrachtet werden können, die in der Schule des Staatsrechtsdenkens des dritten Reiches verwurzelt sind. Freiheitlich-demokratische Staatsrechtslehrer an unseren Universitäten sind der gegenteiligen Auffassung. Sie sehen in den befristeten politischen Streiks nicht nur legale Mittel des Widerstands, sondern auch die Möglichkeit zu einer Überwindung des gelähmten demokratischen Bewußtseins unseres seit Jahren systematisch entpolitisierten Volkes. Durch einen befristeten politischen Streik würde zum ersten Male seit 1948 wieder deutlich, daß die Arbeiterschaft eine Macht ist, mit der die Herrschenden rechnen müssen. Nur wenn wir es wieder lernen, in solchen gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen saubere Waffen im Kampf um die Demokratie zu erblicken, wird es möglich sein, auch einmal im äußersten Notfall die Demokratie und die Verfassung zu retten. Die Gewerkschaften dürfen nicht noch einmal so versagen wie 1933. Der Schatten einer wirtschaftlichen Krise darf ihren Willen zur Tat nicht lähmen, wenn es um Sein oder Nichtsein des ganzen Volkes geht. „Lieber eine Zeitlang darben, als unsere Kinder dem Verhängnis überantworten", heißt es in einer gewerkschaftlichen Entschließung, die den 44 Professoren zugegangen ist.

Die Lähmung des politischen Bewußtseins in unserem Volk wird freilich nur zu überwinden sein, wenn endlich der antibolschewistische Komplex gesprengt und den Methoden der Goebbelspropaganda eine endgültige Absage erteilt wird. Wenn es nicht gelingt, das von den herrschenden Kreisen wider besseres Wissen beschworene Gespenst des Kommunismus als Mittel zur Unterordnung des Volkes unter ihre Machtinteressen zu entlarven, wird sich unsere Demokratie ohne Schwierigkeiten „demokratisch" aufheben lassen.

Dr. Erich Küchenhoff

Papinian oder das Berufsethos des Regierungsjuristen 212 und 1958 n. Chr.

Aemilius Papinianus, der geniale Mitschöpfer des Römischen Rechts und als praefectus pretorio der Vertreter und damit auch eine Art Regierungschef und allgemeiner Minister seines Kaisers Caracalla, starb 212 n. Chr. den Tod von Henkershand als Märtyrer seines Berufs, weil er sich weigerte, den Bruder- und Mitregentenmord Caracallas an Geta zu rechtfertigen. 1746 Jahre später gelten noch immer Grundsätze und Sätze des Römischen Rechts, immer wieder angefochten, doch unübertroffen und unersetzbar für das höchste Gut irdischer Friedensordnung, die Rechtssicherheit. Wie aber steht es mit dem Berufsethos der Regierungsjuristen des Jahres 1958 n. Chr. in Kabinett und Parlament der Bundesrepublik Deutschland? Haben auch sie im Konflikt zwischen Wahrheit und Staatsraison der Wahrheit die Ehre gegeben, auch wenn sie nicht einmal vom Tode, sondern allenfalls von späterem Amts- oder Mandatsverlust bedroht waren?

Thema 1 der Staatsraison in der Bundesrepublik Deutschland ist in diesen Wochen und Monaten die atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Mit dem, was ihnen in dieser Frage als die Staatsraison erscheint, ist das Berufsethos der Regierungsjuristen in einen echten Konflikt geraten. Nur angedeutet werden soll hier das tiefere Problem, ob und wie der Regierungsjurist die atomare Ausrüstung der Bundeswehr juristisch zu rechtfertigen vermag, wenn er bedenkt oder gar schon selbst der Meinung ist, daß sie das Risiko eines Atomkrieges und damit des nationalen und globalen Brudermordes erhöht. Die folgenden Darlegungen beschränken sich auf den zwar weniger tiefen, doch gleichfalls nicht vordergründigen Bereich der wahrheitswidrigen Vertuschung und Verleugnung klarer Tatsachen um die atomare Ausrüstung der Bundeswehr, also um ein Problem, bei dem unbestritten das Leben des Volkes und der Menschheit in einem noch nie dagewesenen Ausmaß zum Gegenstand politischer Entscheidungen geworden ist. Regierungsjuristen des Jahres 1958 haben sich solcher Vertuschungen und Verleumdungen in Hülle und Fülle schuldig gemacht.

So zitierte der Bundesinnenminister in der Debatte zur 1. Lesung des Gesetzentwurfs über eine Volksbefragung im Deutschen Bundestag am 24. April 1958 einen großen völkerrechtlichen Aufsatz nur äußerst lückenhaft; daher bewertete er Inhalt und Tendenz dieses Aufsatzes objektiv unrichtig zu seinen Gunsten. Obwohl dieser Mangel noch in derselben Debatte von einem Redner der Opposition richtiggestellt wurde, scheute sich der Bundesinnenminister nicht, seine Ausführungen unverändert einschließlich dieses Zitats und seiner Bewertung im amtlichen Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung zu veröffentlichen und sie sogar als „Sonderdruck" aus diesem Bulletin unter Beifügung seiner Visitenkarte an Hochschullehrer zu übersenden.

Obwohl diese Veröffentlichung und dieser Sonderdruck mit Bezug auf die Volksbefragungspläne die reißerische Überschrift „Gegen eine Demontage durch die Hintertür" tragen, und obwohl Regierungsjuristen mit Bezug auf die Volksbefragungspläne auch massiv von einem Anschlag auf die Verfassung sprachen und dem Gesetzentwurf über eine Volksbefragung vorwarfen, er trage Verfassungswidrigkeit an der Stirn, planen die Regierungsjuristen nach Pressemeldungen selbst eine Volksbefragung für den Fall, daß das Bundesverfassungsgericht eine solche für zulässig erklären sollte. Daß hier von einer Verfassungswidrigkeit an

der Stirn und damit von einem Anschlag auf die Verfassung oder einer Demontage der Verfassung durch die Hintertür ernsthaft-juristisch nicht gesprochen werden konnte, mußten auch die Regierungsjuristen eben als Juristen von vornherein wissen. Ihre ursprünglichen Äußerungen können daher nur als bewußte Diffamierung und unwahrhaftige Propaganda gedeutet werden.

Regierungsjuristen haben sich an der unwahren und unwahrhaften Propaganda beteiligt, mit der versucht wird, die folgenden Tatsachen zu vertuschen oder zu verleugnen:

1. Der Entschließung des Bundestages zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr lag nicht die Absicht einer atomaren Abwehr von atomaren Angriffen zugrunde. Vielmehr hat die atomare Ausrüstung der Bundeswehr gerade umgekehrt und ausschließlich den Zweck, nichtatomare (konventionelle) Angriffe „glaubhaft" atomar abzuwehren.

2. Eine solche glaubhafte atomare Abwehr nichtatomarer (konventioneller) Angriffe setzt schon logisch den Willen zum Einsatz der Atomwaffen voraus. Dieser Wille ist auch in der Debatte nachdrücklich bekundet worden, besonders von den Abg. Dr. Jaeger (am 21. 3., Sten.-Ber. S. 952 D — 953 B) und Kiesinger (am 25. 3., S. 1140 — 1143).

3. Dies geschah in klarer Erkenntnis der möglichen Folgen eines solchen Einsatzes (Dr. Jaeger S. 953 B).

4. Diese Folgen wurden in Kauf genommen, weil die physische Vernichtung und Verkrüppelung auch eines großen Teiles des deutschen Volkes beiderseits der Zonengrenze einer „geistigen Auslöschung" oder „geistigen Vernichtung" (Dr. Martin), einem „lebenslang unwerten Leben" (Karl Jaspers), vorzuziehen, weil der „Geist mehr als das animalische Leben" und die „Atombombe womöglich eine Zuchtrute Gottes" (Hans Asmussen) sei.

5. Die Absicht, die Bundeswehr atomar auszurüsten, besteht nicht erst für die Zeit nach dem Scheitern der Abrüstungsbemühungen, sondern gerade umgekehrt für die Zeit „bis zum Zustandekommen eines allgemeinen Abrüstungsabkommens" (Ziff. 2 der Entschließung). Ein Hilfsantrag, die Frage bis nach der Gipfelkonferenz zurückzustellen (Umdruck 43), wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Insbesondere sind unwahrhaftig die ständigen Versuche, in Parlament und Öffentlichkeit die Aktualität des Bundestagsbeschlusses zu verleugnen. Nach ihrem klaren Inhalt ist die Entschließung zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr nicht an eine aufschiebende, sondern an eine auflösende Bedingung geknüpft. Denn diese Entschließung fordert die Bundesregierung auf, die Bundeswehr nicht erst nach dem Scheitern, sondern gerade umgekehrt „bis zum Zustandekommen eines allgemeinen Abrüstungsabkommens" mit modernsten Waffen auszurüsten. Entgegen diesem klaren Inhalt der Entschließung unternahm es z. B. der Abg. Kiesinger schon vor der Abstimmung, diese klare auflösende Bedingung in eine aufschiebende Bedingung umzudeklarieren, indem er ausführte, die atomare Ausrüstung der Bundeswehr gemäß dieser Entschließung habe „die Bedingung: es sei denn, daß eine allgemeine kontrollierte Abrüstung nicht zustande kommt". Ebenso erklärte der Abg. Dr. Barzel am 24. 4., der Bundestag habe nur beschlossen: „Nur wenn es auf der Gipfelkonferenz nicht zur allgemeinen kontrollierten Abrüstung kommen sollte ..., nur dann soll auch die Bundeswehr Waffen erhalten, deren Sprengkörper im Eigentum der USA bleiben; jetzt geht es nur um die Ausbildung." Diese Erklärung des Dr. Barzel ist um so weniger verständlich, als auch er selbst am 25. 3. in namentlicher Abstimmung es abgelehnt hatte, „die Frage, ob die Bundeswehr mit atomaren

Massenvernichtungsmitteln üben oder ausgerüstet werden kann oder soll" bis nach dieser Gipfelkonferenz zurückzustellen.

In der Debatte erwiderte der Abg. Dr. Jaeger, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, auf die Vorwürfe, die CDU/CSU habe das Problem im Wahlkampf vertuscht, nur mit einem Selbstzitat, das diese Vorwürfe nicht widerlegt, sondern gerade bestätigt. Dies gilt selbst dann, wenn man das Selbstzitat nur so unvollständig nimmt, wie es Dr. Jaeger vorgetragen hat, erst recht aber, wenn man seine Auslassungen ergänzt. In der Debatte zitierte Dr. Jaeger gegen jene Vorwürfe ausdrücklich das, was er „als Sprecher seiner Fraktion in Verteidigungsfragen am 22. Mai 1957, also zu einer Zeit, in der längst der Wahlkampf heraufgezogen war", zu dieser Frage gesagt hatte. Dieses Zitat lautete: „... alle Mitglieder unserer Fraktion hoffen aus vollem Herzen, daß eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr nicht notwendig sein wird ..., weil wir alle hoffen, daß die kontrollierte Abrüstung auf atomarem und konventionellem Gebiet bis zu dem Zeitpunkt, wo das technisch überhaupt erörterungswert ist..., gelungen ist." Diese Stelle lautete im Original der Sitzung am 22. Mai 1957 jedoch am Ende wörtlich: „... wo das technisch überhaupt erörterungswert ist, nämlich in zwei bis drei Jahren, gelungen ist." Durch die Auslassung der Worte „nämlich in zwei bis drei Jahren" sind Parlament und Öffentlichkeit von Dr. Jaeger also bewußt irregeführt worden. Diese Irreführung wiegt um so schwerer, als gerade in den Vorwürfen, auf die Dr. Jaeger mit seinem Selbstzitat erwiderte, die Äußerung eines CDU-Abgeordneten wiedergegeben war, der Bundeskanzler habe vor der Wahl entschieden versichert, die atomare Ausrüstung der Bundeswehr „werde, wenn überhaupt, erst in zwei bis drei Jahren akut und stände z. Z. nicht zur Debatte." Der Versuch, jene Vorwürfe durch ein Selbstzitat zu widerlegen, in diesem aber gerade den Passus wegzulassen, der genau so lautet wie in dem Vorwurf, richtet sich selbst. Dazu kommt, daß Dr. Jaeger die jetzt von ihm unvollständig zitierte Formulierung in jener Bundestagssitzung am 22. 5. 1957 gerade vorbrachte, um die mit fünf präzisen Vorgängen begründeten Befürchtungen des Abg. Dr. Mende zu zerstreuen, daß eine Atombewaffnung der Bundeswehr doch schon aktuell sei, wogegen er sie jetzt im Wege des Selbstzitates gerade umgekehrt zum Beweise dafür wiederholte, daß die Vorwürfe unbegründet seien, die CDU/CSU habe „vor der Wahl die Beschwichtigung, das sei überhaupt nicht aktuell", ausgesprochen. Eine schwerere Irreführung des Parlaments und der Öffentlichkeit läßt sich schlechthin nicht vorstellen.

Der Abg. Dr. Jaeger hat ferner die Meinung des regierenden Papstes Pius XII. über den Einsatz von Atomwaffen zur Selbstverteidigung entscheidend verfälscht. In publizistischer Verteidigung der Bundestagsentscheidung (Die Welt Nr. 85 v. 12. 4. 1958, Seite „Das Forum der Welt") zitiert er die Stellungnahme des Papstes in seiner Ansprache am 30. 9. 1954 vor den Teilnehmern des 8. Ärztlichen Weltkongresses. Der Papst sprach vor den Teilnehmern dieses Kongresses auf ihre Bitte über grundsätzliche Fragen des ärztlichen Gewissens. Dr. Jaeger beendete sein Zitat an der Stelle, an der der Papst nach dem Originaltext in der Herder-Korrespondenz (Jahrgang IX, Heft 2, November 1954, 76—79, S. 76/77) unmittelbar wie folgt fortfährt:

„Auf alle Fälle, wenn die Indienststellung dieses Mittels eine solche Ausdehnung des Übels mit sich bringt, daß es sich der Kontrolle des Menschen völlig entzieht, muß seine Anwendung als unsittlich verworfen werden. Hier würde es sich nicht mehr handeln um ‚Verteidigung' gegen Unrecht und die notwendige ‚Sicherung' rechtmäßiger Besitzungen, sondern um reine und einfache Vernichtung jedes menschlichen Lebens innerhalb des Aktionsbereiches. Das ist aus keinem Grunde erlaubt."

Diese von Dr. Jaeger weggelassenen Sätze der Papst-Erklärung sind hier auch erheblich. Einmal kalkuliert die Bundestagsentschließung zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr den Einsatz der Atomwaffen ein. Zum anderen unterliegt der Einsatz dieser Waffen insoweit keiner Kontrolle, als nach dem übereinstimmenden Urteil aller Sachverständigen über das Ausmaß der Erbschäden durch jeglichen Einsatz von Atomwaffen keinerlei wissenschaftliche Aussagen gemacht werden können.

Unmittelbar an sein unvollständiges Papst-Zitat schloß Dr. Jaeger die Folgerung an, der Papst halte also „offensichtlich nichts ... von weltfremden Phantastereien einer Landesverteidigung ... mit konventionellen Waffen gegen Atombomben". Diese Folgerung widerspricht wiederum diametral dem ausschließlichen Zweck der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr zur glaubhaften atomaren Abwehr nichtatomarer Angriffe und trägt mit vielen ähnlichen Äußerungen dazu bei, diesen Zweck und das in ihm liegende höchst wichtige völkerrechtliche und allgemein-ethische Problem zu vertuschen.

Der Verfassungsrechtler muß vor jedem Fortgang solcher Methoden nachdrücklich warnen, die in unserem Volk sowohl die parlamentarische Demokratie als auch den Juristenstand aufs schwerste diskreditieren müssen.

Hans Nätscher

Resignieren macht uns mitschuldig

Nirgendwo wird zur Zeit wohl heftiger über Inhalt und Methode des Kampfes gegen die atomare Aufrüstung gerungen als in den Gewerkschaften. Im nachfolgenden nimmt der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten zu Fragen Stellung, die ihm in der gegenwärtigen Diskussion besonders wichtig erscheinen. Erst vor wenigen Tagen wurde Herr Nätscher auf dem Kongreß der Internationalen Union der Gewerkschaften der Lebensmittel- und Genußmittelbranchen (IUL) in Brüssel einstimmig zum Präsidenten dieser Organisation gewählt. D. Red.

Der Verfassungsgerichtshof in Karlsruhe hat durch eine einstweilige Verfügung die vorbereitete Durchführung von Volksbefragungen in den Ländern und Gemeinden zunächst verhindert. Die Regierung, die den Staat gegen das „Recht" mobilisierte, hat im Augenblick Erfolg bei dem Versuch, den Willen einer übergroßen Mehrheit unseres Volkes zu desavouieren und eine Willenskundgebung über eine Volksbefragung zu verhindern. Nur die Angst um das Ergebnis einer solchen Befragung und des damit verbundenen Mißtrauensvotums machen die Anstrengungen der Regierung verständlich. Man lebt in Bonn unter der Vorstellung, daß der Kampf gegen die Atomrüstung gleicherweise ein Kampf gegen sie selbst sei. Die Verfassung, die man sonst nur am Rande sieht, wird als Instrument mißbraucht, um die Gegner der atomaren Aufrüstung mundtot zu machen.

Das Postministerium hat alle Angestellten der Bundespost darauf hingewiesen, daß eine Beteiligung an Volksbefragungen über die atomare Bewaffnung als Verstoß gegen die Dienstpflicht anzusehen sei. Das gleiche gelte für Aktionen

zur Vorbereitung zu solchen Befragungen. Und übereifrige Kriecher haben die Beförderung von Postsachen, die irgendwo sichtbar machten, daß der Absender gegen den Atomtod sei, abgelehnt.

Die Verfassung garantiert als Grundrecht die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit, aber über diese setzt man sich in den Büros der Bonner Diktatur hinweg. Der Erlaß des Bundespostministeriums ist ein unerhörter Mißbrauch der Befugnisse einer Bundesverwaltung. Die Verfassung kennt kein Verbot von Volksbefragungen — so man die Zulässigkeit mit dem Hinweis auf die Verfassung bezweifelt, hat das Verfassungsgericht die Möglichkeit einer Überprüfung. Was sollen da die Angsterlasse, Drohungen und Befehle! Wie schlecht muß es um die Sache der Regierung stehen, wenn sie diesen Weg gehen muß. Wird nicht dergestalt die Sorge ausgelöst, daß der Weg der Regierung unweigerlich in die Diktatur führt? Oder sind wir schon mittendrin? Grundlage, ja Fundament der Demokratie ist die Freiheit des Menschen und das Recht, in Wort und Schrift seine Auffassung zu bekunden. Wer will uns das Recht streitig machen, in einer so ungeheuer wichtigen, das Leben bedrohenden Frage wie die der Atomrüstung laut und deutlich unsere Stimme zu erheben?

Geht nicht die Angst durch unsere Hütten und Häuser — die Angst vor der grauenhaften Vernichtung? Hat man die 26 Millionen Toten, die Millionen Witwen und Waisen, die Krüppel, die Ruinen vergessen? Mahnen sie nicht stündlich die Verantwortlichen, keinen Schritt zu tun, der eine noch schrecklichere Katastrophe heraufbeschwören muß? Der Bundeswehrminister, Herr Strauß, hat nach dem Zusammenbruch erklärt, die Hand solle jedem abfaulen, der noch einmal ein Gewehr in die Hand nehme. Der Bundeskanzler, Herr Adenauer, hat viele Jahre lang jede militärische Aufrüstung abgelehnt. Was tut er, was tut Herr Strauß heute? Mit Atombomben will man dem Volke Sicherheit garantieren, mit der Atombombenbewaffnung meint man die Wiedervereinigung erreichen zu können. Während man mit echter Vogel-Strauß-Politik das Unsinnigste für die Sicherheit tut, fördert man die Unsicherheit für andere, damit diese wiederum — um ihre eigene Sicherheit besorgt — die Sicherheit der ersteren bedrohen können. Man erzählt dem Volke, die atomare Ausrüstung diene der Verteidigung — mit Atombomben kann man nur morden und zerstören, aber nichts verteidigen.

Wir Gewerkschafter lehnen eine solche Wahnsinnspolitik ab, wir sind der Meinung, daß die Sicherheit unseres Landes, unseres Volkes, unserer Familien und unserer Arbeit, kurz die Sicherheit des Lebens und unserer Existenz leichtsinnig einer ungeheuren Bedrohung durch die atomare Aufrüstung und der Aufrüstung überhaupt ausgeliefert wird. Wir sind der Meinung, daß marschierende Soldatenstiefel in einer Demokratie, in der den rechtsradikalen Kreisen so deutlich Vorschub geleistet wird wie in Bonn, ein miserables Instrument für den Schutz der Demokratie bedeuten. Ist nicht die Entwicklung in Frankreich ein Signal? Ich habe den Appell der Professoren und der Wissenschaft begrüßt, deckt er sich doch mit der vom deutschen Gewerkschaftsbund schon immer bekundeten Einstellung zur Frage der Wiederbewaffnung und besonders der atomaren Aufrüstung.

Unsere Organisation hat in zahllosen Kundgebungen und Versammlungen, auf Tagungen und Kongressen entschieden Stellung genommen gegen die Pläne und die Beschlüsse der Bundesregierung. Unsere Mitglieder fordern allüberall die Einstellung der atomaren Aufrüstung und unterstützen alle Aktionen in dieser Richtung. Wir fordern die Volksbefragung und sind der Auffassung, daß raschestens der deutsche Gewerkschaftsbund seine 6½ Millionen Mitglieder und ihre Familien um ihre Meinung zur Atomgefahr befragen soll. Es darf kein Resignieren, kein Einschüchtern und keinen Stopp für die Bewegung gegen den Atom-

tod geben. Wer resigniert, wer vor dem staatlichen Kampf gegen das Recht kapituliert, macht sich mitschuldig — trägt die Verantwortung mit für die unheilvolle Entwicklung. Der Kampf gegen die atomare Rüstung ist kein Kampf gegen die Regierung, er ist unsere Pflicht. Die Ermächtigung zur atomaren Rüstung hat eine erschreckende Ähnlichkeit mit dem Ermächtigungsgesetz, das 1933, also vor 25 Jahren, den Anfang vom Ende ausgelöst hat. Genau wie bei Hitler werden alle diejenigen, die gegen die dunklen Pläne der Regierung gestimmt haben, unter Druck gesetzt, werden die staatlichen Machtmittel eingesetzt, um eine Willenskundgebung des Volkes zu unterdrücken. Während die Regierung 2 Millionen DM für eine Plakataktion zur atomaren Bewaffnung verpulvert, läßt sie in München die privaten Spenden für den Ausschuß „Kampf dem Atomtod" beschlagnahmen. Dem DGB wird grobe Verletzung der parteipolitischen Neutralität vorgeworfen, weil er keine Lust hat, die Fahrt zum Jüngsten Gericht mitzumachen. Es gibt keine Neutralität für die Gewerkschaften und in dieser Lebensfrage schon gar nicht. In einem demokratischen Staat müssen die Gewerkschaften unabhängig sein — keiner Regierung und keiner Partei verpflichtet. Unabhängig beinhaltet das Recht zur Kritik und völlige Freiheit des Handelns. In unserer Satzung steht als Aufgabe der Gewerkschaft unter anderem: „Eintreten für die Gewährleistung des Menschenrechts und Erhaltung des Weltfriedens." Es ist unsere Pflicht, das Recht des Menschen zu schützen und alles zu bekämpfen, was den Frieden in Gefahr bringt. Wir wehren uns und protestieren schärfstens, wenn die Regierung, die dem ganzen Volke zu dienen hat, das Recht des Menschen mit Füßen tritt. Wir bekämpfen alle Beschlüsse der Regierung, die den Frieden gefährden müssen. Und das ist der Beschluß zur atomaren Aufrüstung. Und deshalb unterstützen wir den Kampf gegen den Atomtod und setzen uns für generelle oder begrenzte Volksbefragungen nachdrücklichst ein. Die Regierung hätte es in der Hand, für die Wiedervereinigung und Befriedung einen ersten Schritt zu tun und sich für die atomwaffenfreie Zone einzusetzen. Sie tut es nicht; von einer fragwürdigen Mehrheit im Parlament getrieben, rast sie offenbar besessen in das atomare Abenteuer hinein. Dagegen gilt es alle Kräfte zu mobilisieren — das Gewissen des ganzen Volkes muß sich erheben, denn wer resigniert, wer sich einschüchtern läßt, — macht sich mitschuldig.

Anton Zischka

Das Fliegen „mit der Waffe"

Kürzlich schilderte George Barrett im „New York Times Magazine" das Leben auf einer amerikanischen Bomber-Basis unweit Oxford in England. Man erfuhr da, daß in einem einzigen der 45 mit je 45 B-47-Düsenbombern ausgestatteten „Wing" der Strategic Air Command mehr Geld investiert ist als z. B. in den „American Airlines", einer der größten Zivil-Luftfahrtgesellschaften der Welt. Man erfuhr, daß solch ein Bomber mehr als zwei Millionen Dollar kostet, die Ausbildung des Piloten 616 000 $ und die des Co-Piloten und Bombenwerfer-Navigators etwa je ebensoviel. Man erfuhr, daß die Atombomben der B-47 „das Biest", „der Pumpkin", meist aber schlicht „die Waffe" heißen und daß die Last

eines einzigen B-47 mehr Schaden anrichtet als sämtliche von allen Flugzeugen aller Nationen während der sechs Jahre des zweiten Weltkrieges zusammen abgeworfenen Bomben. Es wurde bestätigt, daß völlig kriegsmäßig geflogen wird, daß aber nichts passieren könne, weil ja vor Erreichen des Ziels der Angriffsbefehl wiederholt werden müsse und falls der ausbleibt, die Bomber umkehren. Bestätigung statt Rückgängigmachung, das schließt „Irrtümer" durch Nichtempfangen einer Nachricht aus. Hundertprozentig „foolproof" — „narrensicher" also diese „Patrols with the Weapon" ...

Aus der Beschreibung der Radar-Zielgeräte und der Elektronik-Einrichtung der B-47 überhaupt ergibt sich weiter, daß das Wunderwerke der Technik sind — obwohl manche Experten meinen, im Zeitalter der Fernraketen seien sie so überlebt wie ein Ford-T-Modell. Aber das „Strategische Luft-Kommando" antwortet: „Bomber können umkehren, Raketen nicht". Und jedenfalls fliegen die B-47 Tag und Nacht und über allen Kontinenten. Stets führen die Besatzungen Tropen- ebenso wie Arktisausrüstung mit sich — und stets auch „die Waffe", von der es stolz heißt: „One Bomb Gone, One City Gone" — „eine Bombe weniger, eine Stadt weniger".

Nun ist das alles bekannt und wurde auch im Sicherheitsrat der UN lang und breit diskutiert. Aber eines kam dort typischerweise nicht zur Sprache und wurde bisher auch nicht in der Presse erwähnt: Die Menschen, denen die Atombomben anvertraut sind. George Barrett sagt nur: „Manager-Typ". Nichts mehr von der Frühzeit der Piloten, sondern „mature business men", „reife Geschäftsleute", denen ein überaus komplizierter „Betrieb" anvertraut ist. Männer, die Inventare aufstellen, selbständige Entscheidungen treffen können. Die Maschinen- wie Wetterkunde studierten, überdurchschnittliche Mathematik-Kenntnisse besitzen und so gründlich ausgebildet wurden, daß sie meist nicht mehr jung sind: 33 Jahre der Kommandant der Nr. 6194 der 351. US-Bomber-Squadron z. B., 36 Jahre sein Co-Pilot und 39 Jahre der Mann, der die Bombe wirft. Ein Major, ein Hauptmann, ein Oberst. Verläßliche Leute also, und ähnlich werden die andern SAC-Mannschaften sein. Aber eben doch Menschen, denen übermenschliche Kräfte anvertraut werden. Und die auf ihre Art zu nutzen sie niemand zu hindern vermag, sobald sie einmal in der Luft sind und ihr Ziel anfliegen. Was, wenn sie es ohne Befehlsbestätigung bombardieren? Was, wenn irgend ein Kommandant der B-47-X oder B-47-Y einen Krieg auslöst, weil er überzeugt ist, daß es „so nicht mehr weiter geht". Daß es „morgen zu spät" ist, die „alten Männer in Washington" aber zu feige sind, um einen „unhaltbaren Zustand" gewaltsam zu beendigen?

Mit 33 Jahren mag ein amerikanischer Bomber-Kommandant „reif" sein. Aber die Russische Revolution ist bekanntlich nicht Jahrgang 1925, sondern Jahrgang 1917, und seither werden die Kommunisten als Anti-Christ wie als Sklavenhalter angeprangert, als das Übelste, was es je auf der Erde gab. Mehr als vier Jahrzehnte schon sind im „Westen" alle Mittel der modernen Massen-Beeinflussung gegen sie eingesetzt. Und Haß sickert in unberechenbare Tiefen.

Herr Barrett schildert, wie vor jedem Flug „mit der Waffe" zuerst eine Nacht lang die Bodenmannschaft und dann eineinhalb Stunden lang die drei Besatzungsmitglieder alle irgendwie wichtigen Teile ihrer Maschine nachprüfen. Aber wer blickt den Besatzungen ins Herz? Wer registriert, was in ihren Gehirnen vorgeht? Wer kennt all ihre seelischen Nöte? Ich sah 1929 einen nicht nur „reifen", sondern dazu sehr berühmten Geschäftsmann aus dem 22. Stock eines New Yorker Wolkenkratzers springen, obwohl gerade er nicht fallit war.

Er hatte nur „den Glauben an unser System verloren", wie er seiner Witwe schrieb. Ohne Befehlswiederholung eine Atombombe abwerfen, ist natürlich Selbstmord. Aber die Vereinigten Staaten haben nicht nur den höchsten Lebensstandard, sondern auch die höchste Selbstmordziffer der Welt. Weit mehr Menschen noch legen da Hand an sich als in Deutschland, und hier ist nun die Zahl der Selbstmorde bereits doppelt so groß als die der Verkehrstoten, macht sie bereits die Hälfte aller Tuberkulose-Sterbefälle aus. Im Jahresdurchschnitt gibt es nun in den USA 15 000 Selbstmorde und 30 000 Selbstmordversuche, die zur Kenntnis der Behörden gelangen, einen alle zehn Minuten etwa. Und ein erstaunlich großer Prozentsatz sind „reife" und erfolgreiche Leute, nicht verzweifelnde Arme. Wenn nun solch ein „reifer" Bomber-Pilot seine Neurose dramatisch dokumentieren will?

Kaum geringer als die Zahl der Selbstmörder ist die der Fanatiker, von den Wahnsinnigen nicht zu reden, die heute frei herumlaufen. Mit denen müßte man beim SAC rechnen, auch wenn sie nicht die Regel sind. Wie ja überhaupt einer der Hauptfehler der westlichen Welt-Politik der ist, daß wir allein das „Potential" im Auge haben, so gut wie ausschließlich Werkzeuge und Mittel statt der Menschen, die allein diese Werkzeuge zu schaffen vermögen. Und mehr noch, daß unsere Führenden scheinbar nicht den Unterschied zwischen Menschen und Schachfiguren begreifen, blind dafür bleiben, daß ein und derselbe Mensch morgen ganz anders als heute zu denken vermag. Wir tun, als ob Weltanschauungen nicht wandelbar wären und Überzeugungen überhaupt keine Rolle mehr spielten. Psychologie kann wichtiger als Geld und Waffen sein, das wissen die Russen — die zugleich auch weit mehr Geduld als wir haben — nur allzu gut und darum schicken sie nicht Bomber mit scharfen Atombomben auf „Feindflüge" aus. Die Russen rechnen mit dem „Faktor Mensch" und verlassen sich trotz ihres angeblichen Materialismus-Monopols nicht allein auf Präzisionsmaschinen.

„Nur das Fliegen mit der Waffe schreckt die Russen ab", sagt Washington. Allein diese Methode ermöglicht angeblich „sofortiges Zurückschlagen". Aber das hindert nicht, daß das zugleich das furchtbarste aller je erdachten Hasard-Spiele ist, ein Zeichen der Hybris und der Geschichtslosigkeit. Denn gab es z. B. nicht die Konvention von Tauroggen, die 1813 die preußische Erhebung gegen Napoleon auslöste und die General Yorck gegen den Befehl seines Königs Wilhelm III. mit den Russen abschloß? Dutzende und Hunderte Heerführer und Offiziere handelten ihren Befehlen zuwider — und wurden berühmt, wenn ihr Ungehorsam Erfolg brachte. Wer will einen B-47-Kommandanten hindern, nicht umzukehren, auf eigene Faust einen Dritten Weltkrieg auszulösen? Aus echtem Patriotismus vielleicht, aus Wahnwitz oder aus welchen Gründen immer? Nur der Präsident der USA darf den Befehl zum Atombombenwurf geben. Aber Dutzende und Hunderte Mannschaften haben die Bomben in der Hand. Und das sind Menschen, nicht Automaten, letzten Endes völlig unkontrollierbare Lebewesen. Theoretisch entscheidet Washington über den Atombombeneinsatz — und entschieden bis zum Truman-Attlee-Abkommen des Jahres 1948, das die entsprechende Klausel II des „Quebec-Agreement" von 1943 aufhob, die britische und die amerikanische Regierung gemeinsam. Praktisch aber entscheiden darüber anonyme Flugzeugbesatzungen....

Die „absolut sicheren" amerikanischen Flüge „mit der Waffe" unterliegen also der Morgenstern'schen Logik des „weil, so schloß er messerscharf, nicht sein kann, was nicht sein darf". Und damit droht es ganz Amerika und damit dem „Westen" zu gehen wie dem Konserven-Millionär Astor Clifton, der 12 Mil-

lionen $ aufwendete, um sich vierzig Meter unter dem Asphalt Chicagos einen „absolut sicheren" Atomschutzbunker bauen zu lassen. An alles hatte er gedacht, auch an andere Kalamitäten als Bomben, und so die schweren Tresortüren seiner auf Jahre mit Nahrungsmitteln versorgten, Luftfilter wie eigenen Brunnen besitzenden Privatfestung durch Chiffern-Schlösser sichern lassen. Als er im Winter 1955 wiederum einmal seinen luxuriös eingerichteten Bunker besichtigte, da fiel solch eine Tür zu, und die Chiffern-Liste lag im Nebenraum. Cliftons Hirn war der Schutzmaschinerie nicht gewachsen. Er war mit der technischen Perfektion nicht mitgekommen, der Millionär hatte die Zahlen, die allein ihn zu befreien vermochten, vergessen. Er hatte sie auch niemand anderem anvertraut und saß so fest. Zwar gab es Telephon- und Sprechfunkverbindungen mit der Oberwelt, und Mr. Clifton mobilisierte die Polizei wie die Erbauer seines Verließes, aber nach drei Wochen fruchtloser Bemühungen gab es nur eines: Ihn freizusprengen, den Wunder-Bunker zu zerstören...

Auch der „Westen" droht sich heute selber in einer goldenen Festung gefangenzusetzen, aus dem es ohne Zerstörung kein Entkommen gibt, denn mehr und mehr ignorieren wir ja das Menschliche, vergessen wir die Zauber-Chiffern der Mitmenschensprache. Unsere Überschätzung der „Waffen" aller Art muß sich furchtbar rächen, die „Flüge mit der Waffe" schließlich zum Chaos führen. Zum Chaos für alle allerdings, nicht nur für die SAC-Strategen und für die Größen des Pentagon, das wie ein Symbol ist: Die Fundamente dieser größten aller je gebauten Militär-Befehlszentralen sinken langsam aber stetig ab. Der Baugrund des Pentagon erweist sich heute als unsicher. Und ist nicht unsere ganze, rein negative „Politik der Stärke" auf Sandgrund errichtet? Wäre es nicht endlich an der Zeit, uns der Riesen-Saurier zu erinnern, die untergingen, weil sie zwar riesige Panzer besaßen, aber nur ein verkümmertes Hirn?

Prof. Dr. Walter Hagemann

Die Oder-Neiße-Frage

Anläßlich eines Vortrages, den der Verfasser dieser Zeilen nach einer Polenreise hielt, meldete sich ein hoher deutscher Richter in der Diskussion zu Wort. Er finde es würdelos, so erklärte er, sich mit diesen „Pollacken" einzulassen, die doch nichts anderes als Landräuber seien. Der Mann hat während des Krieges dem Landräuber und Völkerschlächter Adolf Hitler als Kriegsverwaltungsrat in den besetzten polnischen Gebieten gedient. Seine Einstellung ist symptomatisch für die Haltung zahlreicher Deutscher gegenüber dem östlichen Nachbarn. Die Arroganz, mit der man schon im kaiserlichen Reich auf alles, was polnisch ist, herabschaute, hat uns an einer objektiven Beurteilung der deutsch-polnischen Frage bis heute gehindert.

In letzter Zeit ist mehrfach öffentlich die Forderung erhoben worden, im Interesse der mitteleuropäischen Entspannung normale diplomatische Beziehungen mit der polnischen Volksrepublik aufzunehmen. Diese Frage ist in jüngster Zeit in Bonn erneut erörtert worden, und zwar im Anschluß an die Berichte, die

Professor Carlo Schmid nach seiner Polenreise veröffentlicht hat. Aus den Reihen der Kanzlerpartei wird die Auffassung vertreten, daß die Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen nur allmählich erreichbar sei und zunächst durch die Intensivierung kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen eingeleitet werden solle. Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen will man sich weiterhin Zeit lassen und die weitere Entwicklung abwarten. Worauf warten wir? Wartet man darauf, daß das Weiße Haus grünes Licht für deutsche Gespräche mit den Ostblockstaaten gibt? Will man abwarten, bis die Leiter der Vertriebenen-Verbände ihren Widerstand gegen Gespräche mit den polnischen „Landräubern" aufgeben? Oder soll um jeden Preis solange gewartet werden, bis eine günstige Stunde wieder einmal verpaßt ist und das polnische „Tauwetter" endgültig einer neuen Frostperiode Platz gemacht hat?

Polen ist der Musterfall eines Ostblockstaates, der nach der Befreiung vom Hitlerjoch einem kommunistischen Regime anheimfiel, ohne sein nationales Bewußtsein und seine westliche Geisteshaltung einzubüßen. Jeder, der nach den Oktobertagen 1956 dieses Land besucht hat, wurde tief beeindruckt von dem leidenschaftlichen Willen des polnischen Volkes zur geistigen und politischen Unabhängigkeit und der Entschlossenheit seiner führenden Schichten, kulturell und außenpolitisch einen neuen Weg zu gehen. Gerade wer aus der Bundesrepublik kommt, in der das Denken der Massen von materiellen Interessen, das Denken der Verantwortlichen von machtpolitischen Erwägungen bestimmt wird, staunt über den Nonkonformismus und die politische Aufgeschlossenheit von Menschen, die so schwere Erlebnisse hinter sich haben. Man darf die Feststellung wagen, daß unter den freiheitlich gesinnten Völkern des Kontinents Polen trotz seiner kommunistischen Herrschaftseinrichtungen in vorderster Linie steht. Dies fällt um so mehr auf, als in der DDR derartige Tendenzen kaum sichtbar werden, während sich in der Bundesrepublik und neuerdings in Frankreich immer stärker autoritäre Tendenzen geltend machen.

Dabei befindet sich kein mitteleuropäisches Land in einer so schwierigen außenpolitischen Lage wie Polen. Nicht Deutschland, sondern Polen ist der unmittelbare Nachbar der sowjetischen Weltmacht, deren Weg nach Europa stets über polnisches Territorium geführt hat und führen muß. Die UdSSR hat sich im Zuge ihrer inneren und äußeren Konsolidierung immer stärker in den Blickrichtungen des zaristischen Rußland entwickelt, sie hat im Zuge des Machtkampfes mit Hitlerdeutschland nicht nur die Baltenstaaten und Bessarabien, sondern auch die polnischen Ostprovinzen eingegliedert. Polens westlicher Nachbar, das Deutsche Reich, hat gegen den wachsenden sowjetischen Gegner zwischen 1919 und 1939 niemals ein echtes Gegengewicht dargestellt, weil seine revisionistischen Tendenzen ein deutsch-polnisches Vertrauensverhältnis verhinderten. Polen mußte sich daher gegen den doppelten Druck auf die französische Militärallianz stützen, die sich in der Stunde der Gefahr als unwirksam erwiesen hat. Heute sind die Mächte dieser Allianz in getrennte Militärblöcke eingegliedert, zwischen Deutschland und Polen aber stehen neue, noch härtere Erfahrungen und Streitfragen. Der Bewegungsspielraum der polnischen Außenpolitik ist daher auf das äußerste eingeschränkt, sie besitzt praktisch keine Alternative zu der Abhängigkeit von Moskau.

In dieser Lage war es für die polnische Politik ein Lichtblick, als unter sowjetischer Förderung ein Freundschaftsvertrag mit der Regierung der DDR zustande kam, der auf der Grundlage der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als „Friedensgrenze" beruht. Kein Eingeweihter in Warschau gibt sich einer Täuschung darüber hin, daß hinter diesem „Ost-Locarno" nur ein deutsches Teilregime steht und daß die Mehrheit des deutschen Volkes den Grenzverzicht

nachdrücklich ablehnt. Immerhin ist damit in polnischen Augen ein erster Schritt getan, um die vor 13 Jahren geschaffenen vollendeten Tatsachen zu legitimieren. Ein deutscher Revisionismus im Osten ist mindestens solange ausgeschlossen, als die heutige Regierung der DDR das Heft in der Hand behält und zu den Vertragsverpflichtungen steht. Andererseits besteht zwischen Bonn und Warschau ein völlig vertragsloser Zustand, der dadurch verschärft wird, daß Bonn Mitglied und bedingungsloser Parteigänger des Nato-Blocks ist. Warschau kann also nicht das geringste Interesse an einer deutschen Wiedervereinigung haben, solange die heutige Weltkonstellation anhält. Wenn trotzdem westdeutsche Besucher von ihren polnischen Gesprächspartnern immer wieder die Versicherung hören, daß Polen kein grundsätzlicher Gegner der Wiedervereinigung sei, so gilt dies nur unter dem stillschweigenden Vorbehalt, daß der Bonner Kurs grundlegend revidiert wird.

Die Bundesregierung vertritt unter Berufung auf den Wortlaut der Potsdamer Beschlüsse und unterstützt von der Mehrheit des Bundestages und der Volksmeinung seit jeher unverändert den Standpunkt, daß die deutsch-polnischen Grenzen erst in einem künftigen Friedensvertrag festgelegt werden und daß eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze eine klare Verletzung des Heimatrechts der Ostvertriebenen darstellen würde. Nach polnischer und sowjetischer Auffassung haben sich aber die rechtlichen und staatsrechtlichen Voraussetzungen in der Zwischenzeit wesentlich geändert. Einerseits sind durch die Begründung der Bundesrepublik und deren militärische Aufrüstung die Beschlüsse von Potsdam in wesentlichen Punkten annulliert worden, andererseits haben sich die Heimatvertriebenen in ihrer Mehrheit in den beiden deutschen Teilstaaten inzwischen eine neue Existenzgrundlage geschaffen, und die östlich der Oder-Neiße-Linie verbliebenen Deutschen haben weit über den Rahmen der Familienzusammenführung hinaus durch Abwanderung auf ihr Heimatrecht praktisch verzichtet. Ferner sind inzwischen Millionen von Polen aus den verlorenen polnischen Ostprovinzen mehr oder minder freiwillig in die einst deutschen Gebiete verpflanzt worden. Diese 13jährige Entwicklung läßt sich nicht wieder rückgängig machen, ohne alle jene menschlichen Gewaltsamkeiten zu wiederholen, die das deutsch-polnische Verhältnis in der Vergangenheit so schwer belastet haben. Ein Vergleich mit den Abstimmungen in Oberschlesien und Ostpreußen ist deswegen völlig abwegig, weil sich diese bald nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages in einem soziologisch und bevölkerungsmäßig noch fast intakten Raum ereigneten.

Es ist psychologisch verständlich und menschlich vollkommen natürlich, daß die Mehrheit der Ostvertriebenen die verlorene Heimat nicht vergessen kann und daß viele von ihnen noch ernstlich an eine spätere Rückkehr glauben. Solche Hoffnungen sind auch bei manchen Führern dieser Vertriebenenorganisationen zweifellos vorhanden. Soweit aber künstlich Illusionen genährt werden von Leuten, die unter Hitler die kühnsten Expansionspläne für die „Neuordnung im Osten" gebilligt und gefördert und zu den Grausamkeiten des SS-Regimes geschwiegen haben, müssen wir ihre Kompetenz aus moralischen wie aus gesamtdeutschen Beweggründen nachdrücklich bestreiten. Wenn diese Leute behaupten, daß sie die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 ohne Gewaltanwendung erstrebten, so erscheint dies unglaubwürdig und kann die Ehrlichkeit der deutschen Revisionswünsche nur diskreditieren. Wenn diese Leute vergessen haben sollten, was einmal im Namen Deutschlands gesündigt worden ist, so dürfen wir eine solche Vergeßlichkeit bei den überlebenden Opfern der Hitler-Willkür keineswegs erwarten. Der Besucher findet heute bei Polen aller Schichten, die selber das Schicksal der Heimatlosigkeit durchlitten haben, ein bemerkenswertes

Verständnis für das Schicksal der Heimatvertriebenen, man sucht weithin heute an den Deutschen im Lande manches wieder gut zu machen, was an ihnen in den ersten schweren Jahren verübt worden ist. Aber gegenüber dem lautstarken Geschrei gewisser Wortführer in der Bundesrepublik reagiert man in heftigen Formen. Wem an einer Befriedung der mitteleuropäischen Spannungen ernstlich gelegen ist, der kann nur wünschen, daß diese Aktivisten künftig von Ausflügen in die hohe Politik Abstand nehmen.

Mehr als einmal haben führende bundesdeutsche Persönlichkeiten versucht, in der Ostdebatte die Stimme der Mäßigung zu erheben. Jedesmal erfolgte eine heftige Reaktion aus den Reihen der Verbandsleiter, welche die Stimmen der Vernunft zum Schweigen brachten. Nicht selten wurde der Sinn offiziöser Erklärungen durch abschwächende Interpretationen umgedeutet. Das Ostproblem gehört zu jenen sorgsam gehüteten Tabus der Bonner Politik, die schuld daran sind, daß der Bundesbürger in einer unrealen Welt der Illusionen und Fiktionen lebt. Obwohl alle Einsichtigen wissen, daß die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 nur als Folge turbulenter kriegerischer Ereignisse denkbar ist und daher für rationale Überlegungen ausscheidet, wird diese These vor der Öffentlichkeit sorgsam aufrechterhalten. Dabei wäre es längst an der Zeit, den Bundesbürgern aller Parteien und Schichten klar zu sagen, daß wir höchstens eine partielle Revision, niemals aber eine Restitution erwarten dürfen, und daß dies auch vom politischen und moralischen Standpunkt aus gerechtfertigt erscheint. Alle großen Kriege der Geschichte haben zu Grenzverschiebungen zuungunsten des Besiegten geführt. Im Locarno-Vertrag haben wir einen solchen Gebietsverlust an Frankreich sogar ausdrücklich und definitiv anerkannt. Wie sollten wir ausgerechnet aus Hitlers Eroberungskrieg, der von solchen Grausamkeiten gegenüber den besetzten Ländern begleitet war und der zu einer totalen Niederlage führte, ohne territoriale Opfer davon gekommen sein? Nationale Katastrophen lassen sich nicht einfach annullieren, auch wenn der Bundesbürger dies aufgrund seiner Erfahrungen als bevorzugter NATO-Partner der Vereinigten Staaten glauben sollte. Auch Washington kann nichts verschenken, was ihm nicht gehört.

Wie freilich die Dinge heute liegen, wird Polen nicht einmal zu kleinen Konzessionen und Grenzkorrekturen bereit sein. Ähnlich wie in der Frage der Wiedervereinigung, hat die Bundesregierung auch in der Polenfrage alles unterlassen, was einer gegnerischen Bereitschaft hätte dienlich sein können. Indem sie dem Bonner Teilstaat den Firmenstempel „Deutschland" aufprägte, schuf sie selbst die Voraussetzungen dafür, daß sich der andere Teilstaat mit Polen völkerrechtlich und grenzpolitisch arrangiert. Indem sich Bonn bis heute beharrlich weigerte, auch nur die Existenz der polnischen Republik diplomatisch zur Kenntnis zu nehmen, nährte sie den polnischen Verdacht, daß sich die Bundesrepublik freie Hand zur gewaltsamen Lösung der Grenzfragen bewahren möchte. Den schwersten Schlag für die Wiedervereinigung wie für eine polnische Lösung bedeutete aber die militärische Aufrüstung, die in ihrem neuesten Stadium sogar atomar erfolgen soll. Wer die Äußerungen polnischer Staatsmänner und Zeitungen in letzter Zeit verfolgt hat, wird festgestellt haben, daß seit dem verhängnisvollen Bundestagsbeschluß vom 25. 3. die bis dahin wohlwollende polnische Haltung ins Gegenteil umgeschlagen ist und daß man sich seither wieder enger an Moskau und die Staaten des Warschauer Paktes anschließt, um Schutz gegen die befürchtete neudeutsche Großmachtpolitik zu finden.

Wie ernst es der polnischen Regierung damit ist, eine echte europäische Entspannung herbeizuführen, das zeigt sich in der Haltung der Warschauer Regie-

rung zu den Plänen einer besatzungsfreien und atomfreien Zone. Der polnische Außenminister Rapacki hat in seinem Plan an die bereits bekannten Vorschläge eines Pfleiderer, Eden, Gaitskell angeknüpft, sie jedoch auf eine möglichst einfache Formel gebracht, um nicht schon im Vorstadium der Verhandlungen zu scheitern. Nach seinen Vorschlägen soll die atomwaffenfreie Zone neben der Bundesrepublik ein Gebiet östlich der Demarkationslinie umfassen, das von doppelter räumlicher Tiefe, von mehr als doppelter Größe und etwa von gleicher Bevölkerungszahl ist. Außer der Zustimmung Moskaus und Prags liegt die Versicherung Chruschtschows vor, daß die Sowjet-Union in einem atomwaffenfreien Mitteleuropa keine Atomwaffen einsetzen und dies vertraglich festlegen wird. Rapackis Plan war so einleuchtend, daß er im Westen einschließlich der Bundesrepublik viele gewichtige Befürworter fand und daß die Regierungen in Washington und Bonn seine Aussichten ernstlich erörterten. Der Plan scheiterte jedoch an dem Veto der amerikanischen NATO-Generale, die angesichts der Sputniks nicht auf ihre vorgeschobenen Abschußbasen in der Bundesrepublik verzichten wollten und die mit der „Drohung" der militärischen Räumung Europas die Regierungen der westlichen Länder zu erschrecken verstanden. In der Tat konnte und sollte dieser Rückzug der fremden Besatzungstruppen aus Mitteleuropa eine Auswirkung dieses Planes sein, und man rechnete in Warschau damit, daß eine solche Räumung nicht nur den Hoffnungen der Polen, sondern ebenso der Deutschen in beiden deutschen Teilstaaten entgegenkommen würde. Man hatte die Rechnung ohne die von der Bonner Propaganda geschürte deutsche Bolschewistenangst gemacht, die heute den stärksten Motor der NATO-Politik in der Bundesrepublik bildet. Der atomare Aufrüstungsbeschluß des Bundestages vom 25. März war das Grabgeläute für einen Plan, der geeignet war, endlich die starren Fronten des Kalten Krieges in Mitteleuropa aufzulockern und eine echte Entspannung anzubahnen.

Die beiden deutschen Teilstaaten sind Kinder des Kalten Krieges. Die Satellitenstaaten diesseits und jenseits der militärischen Demarkationslinie sind zum militärischen Glacis geworden, in welchem die beiderseitigen Militärmaschinen mit ihren Waffen, ihrer Propaganda, ihren Agenten und ihren kriegsbedingten Maßnahmen auf Nahkampfweite sich gegenüberstehen. Mit dem Auseinanderrücken dieser Militärfronten müssen zwangsläufig die betroffenen Völker wieder ihre politische Initiative zurückgewinnen und in die Lage versetzt werden, ihre nationalen Interessen gegenüber der Fernsteuerung aus Moskau und Washington durchzusetzen. Die wiedergewonnene Handlungsfreiheit könnte dazu führen, auf dem Verhandlungswege eine friedliche Neuordnung zu erreichen, sowohl in bezug auf die Grenzfragen wie auf die Wiedervereinigung. Die unvermeidliche Folge würde eine Auflockerung der volksdemokratischen Beherrschungsformen in der CSR und der DDR sein und damit der Weg zu einem engeren politischen Zusammenschluß der mitteleuropäischen Völker wesentlich erleichtert werden. Der Rapackiplan weist noch manche Schönheitsfehler und Unklarheiten auf, er will auch nichts mehr als ein Vorschlag, eine Grundlage für Verhandlungen sein. Er ist durchführbar, wenn er Umfang und Art der konventionellen Waffen festlegt und unter Kontrolle stellt und wenn er durch eine Garantie der großen Flankenmächte und der Vereinten Nationen, also eines internationalen Sicherheitssystems abgestützt wird. Der Beitritt sollte auch anderen mitteleuropäischen Mächten offenstehen, wie den Ländern Skandinaviens, der Benelux-Staaten und Südosteuropas, in denen der Gedanke des Disengagements gleichfalls starke Befürworter besitzt. Der Mitteleuropa-Vertrag würde also das genaue Gegenteil dessen sein, was ihm seine Gegner vorwerfen, er würde nicht der Erstarrung

und dem Status quo, sondern der Auflockerung der Fronten dienen und zugleich gewaltsame Lösungen in diesem Raum unwahrscheinlich machen.

Es ist unbegreiflich, daß die Bundesregierung sich diese Aussichten zum alleinigen Nutzen einer imaginären NATO-Strategie und eines unzeitgemäßen Großmachtdenkens verscherzen will. Dies um so mehr, als die Bundesrepublik bei ihren westlichen Entspannungsbemühungen mit ähnlichen Mitteln echte Erfolge erzielt hat. Dabei hat es sich erwiesen, daß schwierige Streitfragen am besten dadurch zu lösen sind, daß man eine Atmosphäre des Vertrauens schafft und in ernsthafte Verhandlungen eintritt. Die schwere wirtschaftliche Lage Polens bietet einem industriell und kreditpolitisch so starken Lande wie der Bundesrepublik unabsehbare Möglichkeiten, sich den Polen nützlich zu machen und dadurch die Atmosphäre zu entgiften. Auch die polnischen Intellektuellen suchen leidenschaftlich Anschluß an den Westen, und hier bieten sich beste Aussichten durch Austausch und Kennenlernen von Gelehrten, Studenten, Schriftstellern, also den für die öffentliche Meinungsbildung maßgebenden Schichten. Auch politisch würde die mitteleuropäische Interessengemeinschaft allmählich zu einer Überwindung der bestehenden Gegensätze führen, wenn von beiden Seiten der Ausgleich ehrlich gewollt wird. Dazu gehört freilich die Überwindung des polnischen Angstkomplexes und der germanischen Arroganz gegenüber der angeblich minderwertigen Kultur der Ostvölker. Vor 800 Jahren nahm der erste polnische König das Kreuz, und seit dieser Zeit gehört das polnische Volk religiös, kulturell und politisch dem Westen an. Die Koexistenz der Deutschen und Slawen ist durch Natur und Geschichte vorgegeben. Sie zu praktizieren, sollten wir nicht im Sinne Wengerscher Ideologien den Deutschen in der DDR überlassen, das ist Aufgabe des ganzen deutschen Volkes, dem die natürliche Aufgabe gestellt ist, eine Brücke zwischen Ost und West zu schlagen.

Dr. Hans Magnus Enzensberger

Einige Vorschläge zur Methode des Kampfes gegen die atomare Aufrüstung

Seitdem und soweit die Deutschen das Recht und die Möglichkeit, sich politisch zu äußern, zurückgewonnen haben, ist es zu keiner stärkeren Kundgebung ihres Willens gekommen als in der Kampagne gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr. Die Bundesregierung scheint diese oppositionelle Bewegung nach Intensität und Umfang zu unterschätzen; wenigstens legt die Primitivität, mit der sie glaubt, ihre mißliebigsten Äußerungen abwürgen zu können, diese Vermutung nahe. Der Versuch, das Losungswort „Kampf dem Atomtod" wie einen Spieß umzudrehen und es als Motto für die Atombewaffnung zu verwenden, ist beispielsweise an Albernheit kaum zu überbieten. Gegen Volksbefragungen und Spendensammlungen mit Verbotsanträgen und Haussuchungen einzuschreiten, verrät ebenfalls nicht nur die Geringschätzung unserer staatsbürgerlichen Rechte, von der unsere Regierung durchdrungen ist, sondern auch eine Beurteilung der Lage, die vielleicht nicht ganz realistisch ist. Mit solchen Gegenzü-

gen wird nur erreicht, daß sich die faktisch vorhandenen Gegensätze weiter polarisieren und daß sich der Antagonismus der Meinungen verschärft. Auf lange Sicht spielen sie der Kampagne in die Hände.

Andererseits läßt sich mit gutem Grund sagen, daß die Gegner der atomaren Aufrüstung die Mittel, die in ihrer Hand sind, nicht hinreichend ausnutzen. Welcher Art sind diese Mittel? Es hat sich in Frankreich gezeigt, daß dort die Demokraten nicht bereit waren, mit revolutionären Mitteln gegen die kompakte Macht der militärischen Zentralen vorzugehen. Noch viel weniger als in Frankreich ist bei uns an die Barrikade als Kampfmittel zu denken. Die Wahrheit ist, daß es heute in Westeuropa keine politische Frage, und wäre sie noch so lebenswichtig, gibt, um derentwillen ein substantieller Teil der Bevölkerung revolutionäre Schritte tun würde. Selbst der Generalstreik ist offenbar eine Weiterung, die der deutschen Gewerkschaftsführung undenkbar scheint. Diese Tatsachen sind in Rechnung zu stellen.

Die psychologische Präsenz der Kampagne ist somit ihre einzige Chance, etwas auszurichten, und man sollte sich darüber im klaren sein, daß diese Chance gering ist. Man hat es mit einer Gegenseite zu tun, die von moralischen Argumenten nicht zu erreichen ist, und die auf Äußerungen der Empörung vollkommen kaltschnäuzig reagiert. Die Propaganda ist für die Inhaber der Macht der einzige Punkt, in dem sich Politik und Gewissensentscheidungen schneiden. Bloße Gefühle, mögen sie noch so lauter, noch so weit verbreitet sein, machen auf sie keinerlei Eindruck. Die modernen Herrschaftsformen haben Techniken entwikkelt, die es gestatten, die Emotionen der Beherrschten beliebig zu unterdrücken und zu manipulieren. Was anderswo mit den klobigen Mitteln der Zensur und der Geheimpolizei erreicht wird, nimmt hierzulande die Form einer Übereinkunft der „maßgeblichen" Leute an, die Stimmungen und Überzeugungen der Wähler mit einem Achselzucken zu übergehen. Der angebliche Souverän, der Demos, sieht sich, sobald er das Wort zu ergreifen versucht, zum „Mob", zur „Straße" deklassiert, unter deren Druck man angeblich nicht regieren könne. Man versucht zunächst, seine Proteste mit Stillschweigen zu übergehen. Die Urheber versucht man einzuschüchtern, indem man sie wirtschaftlich oder durch polizeiliche Mittel unter Druck setzt. Ist gleichwohl eine Bewegung entstanden, deren man auf solche Weise nicht Herr werden kann, so versucht man sie zu ermüden. In der Sache selbst geht man darauf aus, Zeit zu gewinnen und vollendete Tatsachen zu schaffen. Die beiden letztgenannten Mittel sind die wichtigsten und erfolgversprechendsten, die den Inhabern der Macht zu Gebote stehen. Psychologische Bewegungen größeren Ausmaßes haben nämlich ihre eigene, immanente Dynamik, die keinen Stillstand zuläßt: sie verlieren von selbst an Kraft von dem Augenblick an, wo sie aufhören, an Gewicht und Beschleunigung zuzunehmen. Jeder Werbefachmann wird diese These aufs Genaueste belegen können. Ebenso unverbrüchlich sind die Gesetze, welche in unserer komplexen Welt das Spiel der Mächte regieren: sie besagen, daß jeder einzelne machtpolitische Zug hundertmal leichter zu tun als zurückzunehmen ist. Es handelt sich dabei um quasi-irreversible Prozesse, die einer historischen Schwerkraft unterliegen. Hieraus erklärt sich die Verbissenheit, mit der die Bundesregierung versucht, faits accomplis zu schaffen, um hinterher triumphierend zu erklären, daß man sich an die aus ihnen erwachsenen Verpflichtungen und Folgen zu halten habe. Die Hast, mit der der Verteidigungsminister seine Einkäufe tätigt, hat nichts mit militärischer Notwendigkeit zu schaffen: sie will den politischen Gegnern im eigenen Land einschärfen, daß es längst zu spät sei, Widerstand zu leisten. Die Matadorraketen des Franz-Josef S t r a u ß richten sich so in erster Linie gegen seine Gegner innerhalb der Grenzen des Bundes.

Die psychologische Seite des Kampfes gegen die atomare Aufrüstung ist von seinen Verfechtern immer noch nicht mit genügender Kälte und Nüchternheit ins Auge gefaßt worden, und zwar vermutlich deshalb, weil diejenigen, welche sich für die Kampagne einsetzen, sich durch ihre guten Absichten und ihre wohlgeprüfte Überzeugung vom methodischen Raisonnement dispensiert glauben. Es ist in ihren Reihen die Meinung anzutreffen, daß man sich nicht auf technisch-taktische Erörterungen einlassen dürfe, wo es um so große, ja am Ende heilige Dinge gehe. Diese Meinung hält einer sachlichen Prüfung nicht stand. Wir leben in einer Signal- und Plakatwelt, die uns dauernd die Namen von Rasierwassern und Filmstars, Ideologien und Bestsellern infiltriert. So unangenehm dem lauteren politischen Denker das auch sein mag, es unterliegt keinem Zweifel, daß seine Sache in der Öffentlichkeit mit jenen konkurrieren muß.

Nun zeigt der bisherige Verlauf der Dinge, daß die Publizität der Aktionen gegen die Atomrüstung ihrer Bedeutung und ihrem Umfang keineswegs entspricht. Die Gründe hierfür sind bekannt. Die zahlreichen Resolutionen privater Leute, organisierter Gruppen und Verbände werden, wenn überhaupt, so nur in schematischen Agenturberichten erwähnt und in entfernten Ecken unserer Zeitungen versteckt. In den seltensten Fällen enthalten diese Resolutionen Hinweise auf das direkte politische Verhalten ihrer Urheber oder ihrer Adressaten: sie begnügen sich mit der Formulierung allgemeiner Warnungen und Maximen. Das erlaubt den Atompolitikern, sie zu ignorieren. Um die Publizität von Kundgebungen und Versammlungen der Kampagne ist es kaum besser bestellt. Im Straßenbild tritt ihre Existenz kaum in Erscheinung. Auseinandersetzung und Berichterstattung beschränken sich weitgehend auf Presseorgane und Versammlungen, die von Gleichgesinnten gelesen und besucht werden. Dadurch kann auf die Dauer innerhalb der Bewegung ein falsches Bild von ihren Aussichten entstehen. Jedenfalls werden die Außenstehenden, die es zu überzeugen gälte, auf diese Weise nicht erreicht.

Zur Änderung dieses Zustandes seien im folgenden einige Vorschläge beigebracht. Zunächst sollten sich die vorhandenen Gruppen und Komitees, gleich welchen Namens und unabhängig davon, was ihre unmittelbaren Kampfziele sind, nicht damit begnügen, Resolutionen zu formulieren und diese dann einer Nachrichtenagentur sowie den zuständigen Regierungsstellen zu übergeben. Nehmen wir den Fall an, eine Resolution gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr käme zustande, die von 3000 Hausfrauen unterschrieben wäre. Das geschilderte Verfahren führt lediglich zu einer Dreizeilenmeldung in den deutschen Blättern. Das Bundeskanzleramt wird die mühsam erarbeitete Liste mit einem schwachen Lächeln in die unterste Schublade legen. Damit wäre die Wirkung des Unternehmens erschöpft. Ganz anders sieht die Sache hingegen aus, wenn das betreffende Komitee sich entschließt, selbst für seine eigene Publizität zu sorgen. In diesem Fall wäre von jedem, der die Entschließung unterzeichnet, ein kleiner Unkostenbeitrag zu erheben. Von dem resultierenden Betrag wären die Kosten einer möglichst ganzseitigen Veröffentlichung der Entschließung in Form einer Zeitungsanzeige in den führenden deutschen Blättern zu bestreiten. Ein solcher Text, unterzeichnet von 3000 namentlich genannten Stimmberechtigten, wäre ein politisches Faktum, das zu ignorieren sich unsere Regierung wohlweislich hüten würde.

Die Wirkungsmöglichkeiten des Verfahrens sind damit keineswegs erschöpft. Vielmehr wäre die Anzeige mit einer öffentlichen Aufforderung an alle Gleichgesinnten zu verbinden, sich der Resolution anzuschließen. Jeder, der ihr seinen Namen liehe, sollte einen kleinen Geldbetrag auf ein zu nennendes Konto überweisen, das ausschließlich zur Publikation weiterer Anzeigen verwendet werden

sollte. Auf diese Weise kann, wie jeder Psychologe bestätigen wird, eine Kettenreaktion ausgelöst werden, die alle Kräfte der Opposition gegen die Atomrüstung auszuschöpfen imstande wäre.

Jeder derartige Anzeigentext sollte eine öffentliche Ankündigung einschließen, daß keiner der Unterzeichneten in Zukunft für einen Abgeordneten, gleichgültig welcher Partei, gleichgültig ob in Bundestags-, Landtags-, Senats-, Stadt- oder Kreistagswahlen, seine Stimme abgeben würde, der sich nicht vor der Wahl eindeutig und öffentlich gegen jede Form von Atomrüstung in Westdeutschland erklärt hätte. Es ist dies die Sprache, auf die Volksvertreter zu hören bereit sind. Die Drohung mit dem Entzug von Wählerstimmen ist eine Waffe, die wir als Bürger besitzen, um unseren Willen durchzusetzen. Sie muß mit aller Schärfe benutzt werden.

Vor jeder einzelnen Wahl, ganz gleich auf welcher Ebene, müssen die Arbeitsgruppen und Komitees die Konsequenz aus ihrer vorhergehenden Arbeit ziehen. Es ist notwendig, daß sie mit ihren Inseraten in die Wahlkämpfe direkt eingreifen. Das kann in folgender Form geschehen: zu veröffentlichen sind Listen derjenigen Abgeordneten, die ihren Wählern die gewünschten Zusicherungen gegeben haben. Diese Abgeordneten, gleichgültig welcher Partei sie angehören, sind der Öffentlichkeit zu empfehlen. Abgeordnete, die keine solche Erklärung abgegeben oder sich in Ausreden geflüchtet haben, sind ebenfalls namentlich aufzuzählen. Dabei muß klargestellt werden, womit ihre Wähler zu rechnen haben. Eine dritte Kategorie von Abgeordneten, die in derartigen Auswahllisten erscheinen müßte, sind diejenigen Volksvertreter, die trotz ausdrücklicher Zusicherungen gegenteiligen Inhalts vor den letzten Bundestagswahlen am 25. März für die atomare Rüstung gestimmt haben. Da ein Mann sein Wort nur einmal brechen kann, wäre es zwecklos, solche Abgeordnete ein zweitesmal vor Alternativen zu stellen; sie scheiden von selbst aus, da man ihren Aussagen keinen Wert beimessen kann. (Zu diesen Abgeordneten gehört Dr. Konrad Adenauer; vgl. seine Erklärung vom 10. Mai 1957.)

Die Gruppen, die sich zu dem hier vorgeschlagenen Vorgehen entschließen, sollten sich in zweifacher Hinsicht sachkundigen Beistandes versichern. Zunächst ist in jedem Fall ein guter Rechtsanwalt unerläßlich. Wie der Fall Richter in München gezeigt hat, schreckt die Regierung keineswegs davor zurück, polizeiliche Mittel einzusetzen, um solchen öffentlichen Äußerungen mündiger Staatsbürger mit Gewalt zu begegnen. Es ist ferner denkbar, daß sich die Anzeigenverwaltungen gewisser Blätter weigern, die fraglichen Annoncen aufzunehmen. In diesen Fällen muß die Rechtslage geklärt und wenn möglich die Veröffentlichung erzwungen werden.

Außerdem soll zur Formulierung und äußeren Gestaltung der Anzeigen der Rat von erfahrenen Fachleuten eingeholt werden, die sich auf Textierung und Lay-out verstehen. Der gute Wille tut es auch hier keineswegs, wenn eine möglichst nachhaltige Wirkung erzielt werden soll.

Zur Ergänzung der Anzeigen-Lawine können folgende Mittel vorgeschlagen werden: Gruppen, die über die nötigen Geldmittel verfügen, können den Anzeigen entsprechende Plakate drucken lassen und entweder öffentlichen Plakatraum in Großstädten mieten oder sympathisierende Geschäfts-, Gaststätten- und Kinobesitzer bitten, sie in Läden, Schaufenstern und Gaststuben auszuhängen bzw. als Diapositiv zu zeigen. Auch für solche Aktionen sind selbstverständlich Rechtsbeistände und Fachleute für Text und Bild erforderlich. Es ist nicht einzusehen, warum es der Kampagne nicht gelingen sollte, sich diejenigen Mittel zu verschaffen, über die jeder beliebige Zirkus verfügt, um sich in der Öffentlichkeit präsent zu machen. Wer bereit ist, eine politische Deklaration zu unter-

zeichnen, nicht jedoch, sich an den Kosten ihrer Veröffentlichung zu beteiligen, dem wird man unterstellen dürfen, daß es ihm mit seiner Unterschrift nicht ernst ist: man kann auf sie verzichten.

Schließlich sei auf einige Methoden zur Beeinflussung von Abgeordneten hingewiesen. Die Stimme der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung sollte sich in den kommenden Wahlkämpfen auf allen Versammlungen geltend machen, und zwar gerade auf solchen, von denen anzunehmen ist, daß sie entgegengesetzte Absichten propagieren. Da die unfaire Diskussionstechnik der meisten Versammlungsleiter nur allzu bekannt ist, wird man gut daran tun, jeweils drei bis fünf sorgfältig ausgewählte und gut trainierte Sprecher zu entbieten, deren erstes Ziel es sein muß, die Kandidaten zu eindeutigen Äußerungen in der fraglichen Sache zu provozieren und sie gegebenenfalls auf die bevorstehende Veröffentlichung der oben beschriebenen Warnlisten aufmerksam zu machen.

Eine weitere Aktionsmöglichkeit, die sich in England bereits gut bewährt hat, ist die sogenannte mass lobby. Die Komitees der einzelnen Gruppen übernehmen dabei die Planung von Besuchen der Wähler bei ihren Bonner Abgeordneten. Ein Ausschuß, der zu diesem Zweck zu bilden ist, übernimmt die Organisation des Transportes und die Festlegung von Verabredungen. Abgeordnete, die sich weigern, ihre Wähler zu empfangen, müssen mit öffentlicher Bekanntmachung dieser Weigerung in den Zeitungen ihres Wahlkreises rechnen. Auch Touristen und Geschäftsreisende, die zufällig nach Bonn kommen, sollten es sich zur Regel machen, ihre Abgeordneten von sich aus aufzusuchen und in der Frage der Atomrüstung auf sie einzuwirken. Weniger wirksam als das persönliche Erscheinen der Wähler ist der Versuch, die Abgeordneten brieflich zu beeinflussen. Jedoch ist auch der Brief ein geeignetes Mittel, wenn er in ausreichender Massierung angewandt wird.

Die hier aufgezählten Methoden erschöpfen die Möglichkeiten, die gegeben sind, noch lange nicht. Es ist schwer, ihren faktischen Wert von vornherein richtig einzuschätzen. Er kann sich erst im politischen Kampf erweisen. Da die Wähler jedoch im politischen Klima der Bundesrepublik stets am kürzeren Hebelarm sind, wäre es nicht zu verantworten, wenn sie auch nur die mindeste Chance zur Durchsetzung ihres Willens ungenutzt ließen. Die bloße Rhetorik des Protestes, der sich unter Gleichgesinnten kundtut, kann die Kampagne nicht zum Ziele führen. Was ihr nottut, ist die kaltblütige und phantasievolle Ausnutzung aller psychologischer Möglichkeiten, die sich ihr bieten. Ein solches Vorgehen ist kostspielig. Dazu ist, in der Sprache des Marktes, zu sagen, daß der Kampf um das Überleben unseres Erdteils immer noch die beste Investition ist, die heute möglich ist. Solche Argumente wird man brauchen können und brauchen müssen, wenn man sich entschließt, mit der Sache des Friedens auf die Straße, auf den Markt, auf die Agora zu gehen.

Dr. Achim von Borries

Vor Mollets wird gewarnt . . .

Faschismus ante portas

Unverkennbar ist die Genugtuung, mit der man in den Hauptstädten der Nato, in Washington, London und Bonn, nach Tagen der Unsicherheit den vorläufigen Ausgang der französischen Staatskrise betrachtet. Die Befriedigung, die so bemerkenswert von den früheren noch unmittelbar vor de Gaulles Investitur geäußerten Besorgnissen absticht, geht vor allem auf die Zuversicht zurück, der neue französische Premier werde an Frankreichs Rolle in der Nato zumindest grundsätzlich nicht rütteln. Darüber hinaus aber begrüßt man heute weithin in Nato-Kreisen das Experiment de Gaulle, weil man sich von ihm jetzt eine konstruktive Lösung des algerischen Problems verspricht und weil man den General dank seiner unbezweifelbaren persönlichen Autorität allein imstande glaubt, eine solche Lösung auch gegen die französischen Extremisten in Algier, die ihn an die Macht gerufen haben, durchzusetzen. Die Hoffnungen, die man in Washington, London und Bonn jetzt auf de Gaulle setzt, gleichen etwa denen, mit denen der sozialistische Parteisekretär Mollet alle seine taktischen Künste zugunsten der Legalisierung der „Lösung de Gaulle" einsetzte — seit offenbar geworden war, daß die Putschisten in Algier und Korsika zum Staatsstreich auch in Paris bereitstanden. Das heißt: die Verhinderung dieses Putsches durch die Investitur de Gaulles gilt als das kleinere Übel. Der Bürgerkrieg ist vermieden. Frankreich hat wieder eine Autorität, die nun versucht, der Desintegration des Staatswesens zu steuern. Unverkennbar geht de Gaulles Bestreben zu allererst dahin, das Zweckbündnis zwischen den französischen Siedlern in Algier und der Algerien-Armee indirekt aufzulösen, das dem Putsch des 13. Mai zugrunde lag. Das erscheint möglich, wenn es dem General gelingt, die Armee ganz auf seine Person und damit auch auf seine eigene Algerien-Politik zu verpflichten, die sich von den Erwartungen der „Colons" beträchtlich unterscheidet. Inwieweit dieses Konzept der Integration Algeriens in das französische Staatswesen heute noch imstande ist, das Unabhängigkeitsstreben der Algerier zu befriedigen, erscheint bereits heute fraglich. Alles in allem hat der General bisher lediglich einen Anfang gemacht: der Ausgang des Experiments ist denkbar ungewiß, so ungewiß wie die konkrete staatspolitische Konzeption des neuen Regierungschefs. Und ganz offen bleibt schließlich, wie weit de Gaulle wirklich in der Lage sein wird, die Geister, die ihn riefen, los zu werden und sich also der faschistischen Verführer zu erwehren, deren Erpressungsaktion der 4. Republik den Todesstoß gegeben hat. Die Investitur de Gaulles hat die Gefahren nicht gebannt, vor denen die Mehrheit der Nationalversammlung in die legale Kapitulation geflüchtet ist. Das „Faschismus ante portas" ist seit dem 13. Mai das Mentekel Frankreichs. Und wie immer man die weiteren Aussichten in der Auseinandersetzung zwischen der Republik, dem General und diesen faschistischen Kräften beurteilen mag: daß diese Kräfte einen ersten, für Frankreich lebensgefährlichen Teilerfolg errungen haben und daß de Gaulle nur ihnen seine parlamentarische Macht verdankt, ist nicht mehr zu übersehen. Wenn gleichwohl die Nato-Mächte eine auffallende Befriedigung über diese Zwischenlösung erkennen lassen, so hat das nicht nur darin seinen Grund, daß man vorerst nicht an eine Schwächung der Nato durch den romantischen Nationalismus des General de Gaulle glaubt. Beruhigt ist man vor allem auch darüber, daß es in Frankreich nicht zu der einzigen denkbaren Alternative zu einer Regierung de Gaulle gekommen ist:

zur Wiederauferstehung der Volksfront der Jahre 1936/38. Es ist bekannt, daß die Nato autoritäre Regierungen nicht einmal ungern in ihren Kreis aufnimmt, wenn sie es nur vermögen, eine solche politische Konstellation um jeden Preis zu verhindern. Vollends von den führenden Bonner Politikern weiß man, daß „starke Männer" durchaus in ihrem Sinne sind, die als Exponenten eines radikalen Anti-Kommunismus (innenpolitisch und außenpolitisch) auftreten. Nun erscheint es vorerst abwegig, de Gaulle auf eine Stufe zu stellen mit den Diktatoren vom Schlage der Franco und Salazar, Syngman Rhee und Tschiangkaischek, die sich bei den Vorkämpfern des christlichen Abendlandes bekanntermaßen aller Sympathien erfreuen. Aber selbst wenn de Gaulle ein Salazar wäre oder es werden würde — Bonn würde nur die eigenen semiautoritären Tendenzen dadurch bestätigt finden und einen solchen Diktator alsbald zum Freund erwählen, wenn er nur den Nato-Kurs stramm bestätigte. Die westlichen Demokratien sind nicht mehr wählerisch. Das Liebäugeln mit Moskau ist denn auch das einzige, was man de Gaulle wirklich übelnehmen würde.

Kapitulation in Raten

Das Ende der Vierten Republik war eine Kapitulation in Raten, über die freilich schon lange im voraus entschieden war, ebenso wie der Putsch vom 13. Mai nicht „spontan" zustande kam, sondern in einer längst unterirdisch aktiven Konspiration seine Vorgeschichte hatte. Zum Anlaß war diesem offenen Aufstand der Armee und der Colons die bevorstehende Investitur Pierre Pflimlins zum Ministerpräsidenten geworden, galt doch Pflimlin als der Anwalt einer relativ liberalen Algerien-Lösung. Die unmittelbare Wirkung der Revolte war indes gerade die Investitur, die sie hatte verhindern wollen. Das Abstimmungsergebnis kam geradezu einer letzten entschlossenen Demonstration der Selbstbehauptung der Nationalversammlung gleich. Aber wenn so der Demonstration eine Demonstration antwortete — so versprach die letztere mehr, als die Nationalversammlung zu halten imstande oder auch nur willens war. Bald wurde es offenbar, daß der neue Ministerpräsident den Versuch unternahm, die Bewegung in Algier zu „kanalisieren". Nicht nur, daß Pflimlin sich selbst sogleich die von Algier für unabdingbar erklärte Parole „Algerie francaise" zu eigen machte — er glaubte auch, sich der hohen Generalität in Algier bedienen zu können, um der Revolte die Spitze abzubrechen. Pflimlin vertraute auf die Loyalität und auf die Geschicklichkeit des General Salan, der denn auch alles tat, die Putschisten zu beruhigen — indem er ihnen in jeder Hinsicht nachgab und sich demonstrativ an ihre Spitze setzte. Das Doppelspiel der Generäle Salan und Massu in Algier war zweifellos zunächst von Pflimlin selbst als Finte gedacht. Und doch waren dergleichen taktische Finessen schon in diesem Augenblick zum Scheitern verurteilt. Die Generäle wurden die Gefangenen der Revolte, der sie verbal alle Konzessionen gemacht hatten. Sie wurden es, weil sie längst unter dem Druck radikaler Subalternoffiziere standen, die sich zumeist aus der Fallschirmjägertruppe rekrutierten und mit den Putschisten offen verbündet waren. Der Sturz des „Systems" — nicht nur in Algier, sondern auch in Paris — war das Ziel dieses Zweckbündnisses. Seinem Druck gaben sowohl Pflimlin wie Salan nach, in dem Augenblick, da sie es versäumten, die Revolte eine Revolte zu nennen und die Autorität des Staates gegen sie einzusetzen. Wie immer es um die effektive Macht bestellt sein mochte, die aufzubieten sie imstande gewesen wären, der bloße Appell an diese Macht, die verfassungsmäßige Regierung zu schützen, wäre ein Zeichen des Selbstbehauptungswillens der Republik gewesen. Und zwar eines, dessen psychologische Folgen vielleicht wichtiger hätten werden können als der unmittelbare Effekt. Pflimlins Taktieren war der Anfang vom

Ende, weil es nichts als das Eingeständnis der Machtlosigkeit der Regierung war. Diese Machtlosigkeit beruht nicht nur auf der bekannten Unpopularität des „Systems" bei der Armee (deren Mehrheit ohnehin in Algerien steht), sondern auch auf dem Verzicht Pflimlins auf die letzte wirkliche Macht, die blieb, um die Republik zu verteidigen. Der Ministerpräsident hatte bereits bei seiner Investitur erklärt, er werde die kommunistischen Stimmen nicht anerkennen. In der Stunde der äußersten Gefährdung der Republik selbst begab er sich damit freiwillig der Möglichkeit, von der Mitte bis zur Linken ein Notbündnis zu bilden, das der Unterstützung der großen Gewerkschaftsorganisationen zum Schutz der Republik hätte gewiß sein können. Pierre Pflimlin hatte nur noch diesen Trumpf. Er spielte ihn nicht, sondern gab lieber die Republik kampflos den Drohungen Algiers preis. Die Schwäche der Regierung wurde offenbar, als die Flucht Soustelles und sein provokatorisches Auftreten in Algier die Weiterungen und Hintergründe des Putsches aufzeigte. Es kamen unverhüllte Forderungen nach einer Wohlstandsregierung unter General de Gaulle. Es kam der Abfall Korsikas, der zum Fanal wurde: denn nun ließ die Regierung keinen Zweifel mehr über ihre Ohnmacht. Ihre verbale Verurteilung dieses zweiten Putsches stand nicht nur in krassem Widerspruch zu ihrem Kompromiß mit dem ersten — sie blieb auch platonisch, da Pflimlin es offensichtlich nicht wagen konnte, Truppen gegen die aufständischen Korsen einzusetzen. Die de facto-Anerkennung des algerischen Aufstandes hatte alle unzuverlässigen Elemente in der Armee ermutigt. Die Faschisten wußten, daß ihre Stunde gekommen war, daß es nur der äußersten Drohung bedurfte, um das „System" zu stürzen, dessen Repräsentanten zur Verteidigung teils nicht mehr in der Lage, teils nicht mehr willens waren.

Das Spiel des Guy Mollet

In diesem Augenblick trat der Parteisekretär der Sozialisten, Guy Mollet, auf den Plan. Die Sozialistische Fraktion hatte angesichts der Revolte in Algier am Abend des 13. Mai den sofortigen Wiedereintritt in die Regierung beschlossen. Sie unternahm damit zunächst den Versuch einer Stärkung des Zentrums zur Rettung des Systems. Der neue erfahrene Innenminister Jules Moch bot einen beträchtlichen Polizeiapparat auf, um zumindest in Paris einem Putsch vorzubeugen. An der wirklichen Machtlage vermochten indes diese konsequenten Sicherheitsmaßnahmen nichts mehr zu ändern. Der Ruf nach General de Gaulle wirkte wie ein Bazillus ansteckend auch in den Reihen aufrichtiger Republikaner. Die Taktik Soustelles trug ihre Früchte. Denn unmöglich konnten die Extremisten in Algier es für zweckmäßig halten, General de Gaulle allzu offen als „ihren" Mann anzubieten. Vielmehr schufen sie bewußt eine Situation, in der die Angst vor dem Chaos und dem Bürgerkrieg auch zahlreiche Republikaner nach dem überparteilichen „Retter des Vaterlandes" rufen ließ. Die Erpressung nahm ihren Lauf: entweder de Gaulle oder Massu. Und der General hatte sich selbst unmißverständlich als Retter angeboten. Es war Guy Mollet, der sich in diesem Augenblick zum entschiedenen Vorkämpfer der Lösung de Gaulle erhob. Er tat es ganz offensichtlich, um die Republik mit der Wahl dieses „kleineren Übels" zu retten und dem angedrohten Putsch der Fallschirmtruppen vorzubeugen durch eine Kapitulation vor der Forderung Algiers. Und es war Mollets Ziel, dieser Lösung de Gaulle möglichst schnell parlamentarische Voraussetzungen zu schaffen, so daß die Kapitulation vor den Putschisten einen „legalen" Anstrich erhielt. Pflimlin schloß sich spätestens am Pfingstsonntag dieser Konzeption an. Man geht kaum fehl, wenn man annimmt, daß in der nächtlichen Begegnung des Premiers mit dem General die Weichen für die Übertragung der Macht an

diesen gestellt worden sind. Mollet und Pflimlin mochten hoffen, in irgendeiner Weise den General noch auf das von diesem offen verabscheute System zu verpflichten und davon abzuhalten, ausschließlich der Mann Algiers zu werden, indem sie ihm den Weg bereiteten. Mollet selbst beschwor die eigene Fraktion in diesem Sinne. Der Teilerfolg, den seine Bemühungen, die Drohungen Algiers und der Appell des Präsidenten Coty an die Nationalversammlung hatten, genügte, am 1. Juni General de Gaulle mit 329 gegen 224 Stimmen zum Ministerpräsidenten zu machen. 42 Sozialisten stimmten für de Gaulle, 49 gegen ihn. Wenige Tage vorher noch hatte die Fraktion emphatisch erklärt, sie werde „niemals" einer Kandidatur des Generals ihre Unterstützung leihen.

Das taktische Spiel des sozialistischen Parteisekretärs verhalf General de Gaulle an die Macht. Es war scheinbar ein Sieg in der Niederlage, den Mollet errungen hatte. Es war in Wahrheit die Kapitulation des französischen Sozialismus und damit der Vierten Republik vor der Rechten, die er besiegelt hatte.

Guy Mollet hat einmal den berühmt gewordenen Ausspruch getan, die französische Rechte sei „die dümmste der Welt". Nach dem 13. Mai und vollends nach dem 1. Juni 1958 ist es mehr denn je zweifelhaft, ob die taktischen Künste Guy Mollets es vermocht haben, diese Rechte politisch zu bändigen. Weit eher hat es den Anschein, als sei diese dümmste Rechte der Welt immer noch geschickt genug gewesen, den Parteisekretär und damit den französischen Sozialismus zu düpieren. Denn die vorentscheidenden Erfolge des neuen französischen Faschismus in diesen Wochen gehen nicht zuletzt auf das unendliche Finassieren des Sozialistenführers zurück, das seit langem die Stelle einer klaren und konstruktiven Konzeption vertrat. Die Voraussetzung dieses endlosen Spieles war die parlamentarische Schlüsselstellung der Sozialisten in einer Nationalversammlung, die im Zeichen immer neuer Partei-Spaltungen stand. Die Leidensgeschichte der 4. Republik, was die permanenten Regierungskrisen anbetrifft, braucht hier nicht noch einmal wiederholt zu werden. Die Taktik Guy Mollets war und blieb es immer, die Rechte auf seine relativ progressive Sozialpolitik zu verpflichten und dafür seinerseits der Rechten immer neue Konzessionen in der Algerien-Politik zu machen. Damit versuchte Mollet einerseits innenpolitisch die Popularität der Sozialisten gegen den starken kommunistischen Trend in der Arbeiterschaft zu retten, also der Kommunistischen Partei als sozialpolitischer Konkurrent entgegenzutreten. Und auf der anderen Seite glaubte er durch seine strikte Weigerung jeder Zusammenarbeit mit den Kommunisten die Rechte mäßigen, d. h. vor einem Ausschlagen des Pendels im präfaschistischen Sinne bewahren zu können. Die Konzessionen in der Algerien-Politik waren eine Konzession an den Nationalismus dieser Rechten und ihrer Hintermänner in der Großwirtschaft, die angesichts der Sahara-Projekte zum natürlichen Verbündeten der Colons geworden waren. Guy Mollet wurde bald das Opfer dieser zweideutigen Politik. Denn wenn er Algier gegenüber nachgiebiger war, als staatspolitisch sich verantworten ließ (von sozialistischen Prinzipien zu schweigen) — so doch immer noch nicht nachgiebig genug. Er hatte Algier den kleinen Finger gereicht, und Algier forderte die ganze Hand. Bei seinem Besuch in Algier wurde der damalige Ministerpräsident Mollet Anfang 1956 mit einem Tomatenhagel empfangen. Das Ergebnis dieser erfolgreichen Einschüchterung war es, daß jahrelang jeder Versuch einer relativ liberalen Lösung des Schlüsselproblems Frankreichs unterblieb. Alle Gesetzentwürfe wurden immer neu verwässert — gemäß Guy Mollets Konzessions-Taktik. Die Armee aber, die den Kampf gegen die algerische Befreiungsbewegung zu führen hatte, sah sich nicht imstande, diesen Kampf wirklich wirksam durchzufechten. Es kam soweit, daß der sozialistische Algerienminister Robert Lacoste zum Inbegriff der Unnachgiebigkeit

gegenüber den algerischen Freiheitskämpfern wurde. Als am 13. Mai die Colons gemeinsam mit den Fallschirmtruppen putschten, geschah es im Zeichen des Slogans „Lacoste muß Algerien-Minister bleiben".

Das System der Inkonsequenzen wurde zum Anfang vom Ende des „Systems". Denn der bloße Taktiker Guy Mollet saß zwischen allen Stühlen, als der Gefangene der Rechten. Er selbst hatte diese Gefangenschaft gewählt, als er in völliger Fehleinschätzung der Tragweite der Probleme glaubte, um seiner Sozialpolitik willen, eines relativen politischen Problems wegen also, immer neue Zugeständnisse an die Rechte auf dem entscheidenden Kampffeld der französischen Staatspolitik machen zu können. Nicht zuletzt die Angst vor den Kommunisten und die Ablehnung jeder auch nur vorübergehenden Kampfgemeinschaft mit ihnen lag diesem Lavieren zugrunde. Mollet wurde die Bundesgenossen nicht mehr los, die er sich gewählt hatte und die ihn nun immer neu erpreßten, derweil er selbst von ihnen einen Preis erhielt, der ihn nur noch mehr an die Rechte band... Der Colon-Nationalismus bespie noch die Regierung Mollet, die ihm wahrlich dienstbar genug geworden war.

Die Machtprobe

Die Rechte im Palais Bourbon wußte ihren Triumph auszukosten. Sie konnte es ungeachtet der ersten Demonstration republikanischer Einigkeit bei der Investitur Pflimlins bald um so mehr tun, als sie nunmehr wußte, wie die reale Machtlage war. In dem Augenblick, da die inkonsequente Algerienpolitik aller von Mollet gemanagten Regierungen zu dem Zweckbündnis von Algerien-Armee und Colons geführt hatte, konnte sich die Rechte überdies schnell ihres sozialistischen Steigbügelhalters entledigen. Der Mollet hatte seine Schuldigkeit getan — nun konnte, nein, nun sollte er gehen. Nun war er selbst ein Teil des „Systems", dem die Rechte gemeinsam mit den Putschisten den Todesstoß geben zu können glaubte. Nichts stand hinter Guy Mollet. In dieser Stunde des Angriffs der vereinigten Rechten auf die Republik stand nur noch parlamentarische Taktik gegen außerparlamentarische Macht. Das Ergebnis war abzusehen. Und Guy Mollet, für den die Kommunisten seit Jahr und Tag eine parlamentarische quantitè negligeable gewesen waren, tat ein Letztes, den ruhm- und würdelosen Untergang der Republik zu besiegeln, dessen Voraussetzungen er mitgeschaffen hatte. Denn er entäußerte sich auch noch der allerletzten realen Macht, mit der zusammen er der militanten Rechten noch hätte entgegentreten können. Seit seinem Gespräch mit de Gaulle war Pflimlin bemüht, den General zur Macht zu bringen, um den Bürgerkrieg zu vermeiden. Noch am Abend des 27. Mai spielte er dennoch in der Nationalversammlung sein Als-ob-Spiel weiter, indem er eine entschiedene Stellungnahme forderte: „Pflimlin oder de Gaulle". Und mit 408 gegen 165 Stimmen erhielt der Ministerpräsident noch einmal ein überwältigendes Vertrauensvotum. Wenige Stunden später, in der Nacht, trat er gleichwohl zurück. Er begründete diese Demission mit dem Austritt der drei Minister der Unabhängigen aus seiner Regierung. Aber er gab offen zu verstehen, daß das nur ein Vorwand sei. Und ebenso war es ein Vorwand, wenn Pflimlin abermals die Stimmen der Kommunisten nicht anerkannte und sich also zum Rücktritt gezwungen erklärte, weil er keine Zweidrittelmehrheit mehr habe. Das alles war nur noch Vordergrund. Pflimlin wollte zurücktreten, unter allen Umständen, um de Gaulle Platz zu machen. Er war sicher, daß im anderen Falle das Militär mit Gewalt die Einsetzung de Gaulles bewerkstelligen oder gar den General Massu zum Diktator der Republik erheben würde.

An diesen Tagen, dem Dienstag vor Pflimlins Rücktritt und dem Mittwoch, der der dramatischen Nacht im Palais Bourbon folgte, geschah etwas, das für

die Regierung der Republik beschämend war. Denn es machte offenbar, in welchem Maße die Mollet und Pflimlin auch die letzten Kräfte preisgegeben hatten, die noch bereit waren zur Rettung der Republik. Am 27. Mai kam es zu zahlreichen Warnstreiks, die zwar in Paris und in der Provinz nicht überall sehr starken Anhang fanden, aber immerhin in den entscheidenden Gebieten des Nordens, in den Kohlengruben des Pas de Calais, zu einer Arbeitsniederlegung von rund 70 Prozent der Arbeiter führten. Diesen Warnstreiks aber folgte am Mittwoch, dem 28. Mai, in Paris eine imposante Demonstration von rund 250 000 Menschen, die gegen die Putschisten von Algier und gegen de Gaulle protestierten. Man sah an der Spitze des Zuges Mendès-France und Mitterand als prominente Vertreter des linksbürgerlichen Lagers, Pineau und den ausgeschlossenen Andrè Philip als Repräsentanten der Sozialisten, Duclos und andere kommunistische Führer, ferner u. a. den alten Edouard Daladier. Übereinstimmend berichteten am nächsten Tage alle ausländischen Blätter von dem gewaltigen Eindruck, den dieser Aufmarsch gemacht habe, der ohne Zwischenfälle, in völliger Ruhe und Ordnung verlief und die Entschlossenheit zur Verteidigung der Republik bekundete. Es war die „Volksfront", die hier marschierte — außerhalb des Parlaments, nachdem die Mehrheit der sozialistischen Führer und längst schon die der Radikalsozialisten sich dieser Waffe in der Nationalversammlung selbst aus panischer Angst vor den Kommunisten begeben hatte. Nach dem Rücktritt Pflimlins wurde bereits von einer Kandidatur Mitterands (Widerstandsdemokraten) gesprochen, so wenig Aussichten diese im Parlament haben mochte. In diesem Augenblick entschied der Präsident der Republik die Auseinandersetzung durch sein dramatisches Votum zugunsten einer Regierung de Gaulle. Coty beschwor die Parteien, sich auf de Gaulle zu einigen, weil sonst der Bürgerkrieg unvermeidlich werden würde. Die Alternative „Volksfront" wurde nicht einmal diskutiert. Coty und Guy Mollet wußten in dieser Stunde sehr wohl, daß eine Volksfrontregierung tatsächlich eine sofortige Gegenaktion der Putschisten heraufbeschworen hätte. Sie waren nicht bereit, es zum Kampf kommen zu lassen. Das mochte im Augenblick begreiflich sein. Aber es war auf Seiten Guy Mollets nun nur das Endergebnis seiner Politik mit der Rechten, der zuliebe er die Kommunisten als nicht-existent betrachtet hatte und im Angesicht von deren Drohung er nun diese Ignorierung von 142 kommunistischen Stimmen besiegelte. Er hatte es verschmäht, auch sie in sein raffiniertes taktisches Spiel einzubeziehen und damit die Voraussetzungen für eine wirklich sozialistische Innen- und Außenpolitik zu schaffen. Er hatte bewußt das Schwert nicht geschmiedet, mit dem allein er sich der Erpressung der Rechten hätte erwehren können, zu der diese Rechte in dem Augenblick bereit war, da sie sich mit den putschierenden Militärs einig und also mächtig wußte. Es nimmt nicht wunder, daß Guy Mollet die Karte Volksfront nun auch in der letzten Stunde der 4. Republik nicht mehr spielte. Die Gegner auf der Rechten wußten es. Sie konnten des panischen Anti-Kommunismus der französischen Sozialisten sicher und damit der Ohnmacht der Linken, der Bastion der Republik, gewiß sein. Nur die einige Arbeiterschaft hätte die Macht gehabt, ein Gegengewicht gegen die aufrührerische Armee zu sein. Und nur eine solche republikanische Macht-Demonstration wäre geeignet gewesen, auch alle diejenigen wieder zu Verteidigern der Republik zu machen, die von deren Kapitulation in Raten entmutigt worden waren. Gilt das für die letzte Stunde der 4. Republik, so muß gesagt werden, daß bei allen prä- oder semifaschistischen Neigungen in Algier, auf der Rechten in Paris und in der französischen Armee die bloße Möglichkeit einer starken, von den Gewerkschaften unterstützten Volksfront eine Warnung gewesen wäre.

In dem Augenblick aber, da die vereinten Feinde der Republik sicher waren, niemals mit einer solchen Macht rechnen zu müssen, und da die Reaktionen Pflimlins und Mollets auf den 13. Mai die Nachgiebigkeit und Schwäche dieser Politiker der Mitte, die Politiker ohne reale Macht geworden waren, zeigte, sahen sie ihre Bäume in den Himmel wachsen.

Wer ist faschistisch?

Der Machtantritt des Generals de Gaulle ist mitnichten der Endsieg des französischen Faschismus. Aber er ist eine erste Vorentscheidung zu dessen Gunsten. Wir haben die Rolle Guy Mollets hier besonders betont, weil dieser sozialistische Politiker wie kein anderer mittelbar oder unmittelbar dazu beigetragen hat, daß der Republik, da sie nun einmal die Volksfront verschmähte, nur noch die „Lösung" des Gaulle übrigblieb, wollte sie sich davor retten, von den Algerien-Putschisten und ihrem Anhang hinweggefegt zu werden. Die Frage bleibt, was mit de Gaulle gekommen ist und was nach de Gaulle kommen wird. Allein daß auf diese beiden Fragen heute eine Antwort unmöglich ist, macht deutlich, wie ungewiß das Schicksal Frankreichs ist. Das große persönliche Prestige des Generals prädestinierte diesen dazu, als Retter in der Krise aufzutreten. Die Mittelparteien, die für de Gaulle gestimmt haben, verstehen darunter nunmehr die Rettung der Reste des „Systems" vor den radikalen Absichten der Wohlfahrtsausschüsse Algiers. Der General selbst ist nicht der Typus des faschistischen Diktators. Es existiert außerdem vorerst in Frankreich selbst keine faschistische Massenbewegung, wie vor 1933 in Deutschland. Die Voraussetzung der Machtergreifung Hitlers war nicht zuletzt die ökonomische Krise, die ihm vor 1933 Hunderttausende von Anhängern aus dem Kleinbürgertum und dem Mittelstand zuführte, die sozial entwurzelt waren und doch jede sozialistische Lösung der Krise — die sie in gesellschaftliche Gemeinschaft mit der Arbeiterschaft gebracht hätte — verschmähten. Sowohl diese akute sozialpolitische Voraussetzung wie die ihr entsprechende Massenorganisation fehlen vorläufig in Frankreich. Daran ändert die schleichende Inflation nichts, die immerhin von einer relativen Vollbeschäftigung neutralisiert wird. Die sozial am schlechtesten gestellten Schichten aber, vor allem das Bergarbeiterproletariat, sind das Reservoir des Kommunismus. Der deklassierte Mittelstand, der Hitlers Anhängerschaft ausmachte, ist nicht vorhanden. Wohl aber die weitverbreitete Angst vor Sozialismus und Kommunismus im Kleinbürgertum und vollends bei der politisch überaus mächtigen Großbourgeoisie in Paris und Algier. Für Frankreich selbst wird man nur eine kleine Gruppe offen faschistischer Extremisten ansetzen dürfen. Aber in dem Augenblick, da diese Minderheit durch die Vorgänge in Algier und Korsika Auftrieb erhalten hat und eine Verteidigung der Republik allein noch durch eine Volksfront möglich ist, scheuen sich offensichtlich weite Schichten des französischen Bürgertums nicht, vor der Bürgerkriegs-Drohung zugunsten der Faschisten zu kapitulieren — wenn damit nur jene Volksfront verhindert werden kann. Und diese Kapitulationsbereitschaft auf Grund des bloßen Antikommunismus einerseits, der reinen Interessentenpolitik andererseits bedroht die Freiheit Frankreichs. Gewiß erhoffen zahlreiche Franzosen von de Gaulle, daß er nun die Republik vor den Faschisten rettet, nachdem diese ihn gegen die Republik aufgeboten haben. Aber wie weit diese Hoffnungen eine Erfüllung finden werden, steht dahin. Denn es bleibt der Eiterherd in Algerien. Und hier kann nur von einer großen faschistischen Bewegung gesprochen werden, die es verstanden hat, wenigstens vom 13. Mai bis zum 1. Juni 1958 die Armee auf ihre Parolen zu verpflichten. Es sind die Interessen der französischen Großgrundbesitzer, die diese Bewegung vertritt. Und die nationalistische Euphorie, in der Algier seit

dem 13. Mai lebt, ist offensichtlich nicht zuletzt provoziert worden, um diese Interessentenpolitik zu vernebeln. Hunderttausende von Algier-Franzosen sind selbst die Opfer des Grundbesitzer-Nationalismus geworden, indem sie sich haben einreden lassen, ihr Intersse sei mit dem jener identisch. Diese Keimzellen des Faschismus sind die akute Gefahr für die Republik. Denn so unentschlossen, ja offenbar gleichgültig die Mehrheit der Franzosen im Mutterland gegenüber den Vorgängen in Paris ist — so entschlossen ist diese Fronde, dort ihre Politik durchzusetzen. Das „Algerie francaise" ist unmißverständlich. Und es ist verbunden mit dem ungestillten Haß auf das „System", das im Verdacht steht, an eine liberale Algerien-Lösung auch nur gedacht zu haben... Dasselbe gilt von Korsika, obwohl dort kein Kolonialproblem gegeben ist. Aber beispielsweise der Korrespondent des Manchester Guardian hat berichtet, daß man ihm dort triumphierend gesagt habe, nun sei es zu Ende mit der „Politik der Juden und Vagabunden" und daß man allgemein erwarte, der General de Gaulle werde bald die kommunistische Partei in Frankreich verbieten.

Rassenhaß, fanatischer Nationalismus und fanatischer Antikommunismus sind auch hier vereint. Das Kleinbürgertum in Frankreich ist der Staatspolitik nahezu entfremdet. Es ist einzig noch an „Ruhe und Ordnung", an der Sicherung seines Privatinteresses interessiert. Es haßt das „System" nicht, sondern es steht ihm gleichgültig gegenüber, solange nicht dieses Interesse positiv oder negativ tangiert wird. In dieses Vakuum hineinzustoßen, eine Republik ohne Republikaner zu entmachten, Republikaner ohne Republik zu überwältigen — ist auch schon eine faschistische Minderheit stark genug. Diese Minderheit ist heute da. Sie ist selbst militant. Sie dürstet nach Erfolg. Und sie weiß bis heute zumindest im Haß gegen das System sich verbündet mit der Armee, die ebenfalls nach einem Siege verlangt. Das Grundproblem Frankreichs bleibt, ob der General de Gaulle diese Partnerschaft auflösen, ob er die Armee wieder der, zumindest „seiner" Republik verpflichten, ob er mit ihrer Hilfe eine liberale Algerienlösung durchsetzen kann — und ob es ihm gelingt, für diese Lösung auch eine Mehrheit von Algerien zu gewinnen. Der Krieg in Algerien geht weiter. Die Befreiungsfront fordert die volle Unabhängigkeit — nicht die Integration, die de Gaulle verspricht. Vielleicht kommt der General de Gaulle wenigstens fünf Jahre zu spät. Vielleicht werden ihn die Kräfte, die ihn riefen, eines Tages beiseiteschieben, wenn er ihre Politik nicht ausgeführt, sondern einen Kompromiß zwischen Algier und dem „System" versucht hat. Vielleicht werden eines Tages die Pflimlin und Mollet den General gegen Algier verteidigen oder zu verteidigen suchen. Das alles ist offen. De Gaulle ist nur auf Grund seines Namens zur Macht gekommen — niemand kennt sein Programm, niemand seine wahren Absichten. Und es mag sein, daß der General selbst noch gar keine eindeutige Konzeption hat. Frankreichs Schicksal ist unentschieden wie je. Nur ein neuer Faktor ist in das Spiel gekommen. Und andere Faktoren sind vorerst ausgeschieden. Das Parlament ist in die Ferien gegangen, nachdem es dem General für 6 Monate alle Vollmachten überantwortet hat. Es steht außer Zweifel, daß der General den Parteiführern — also den Männern des „Systems" — gewisse Konzessionen gemacht hat, um sie zur Zustimmung zur Investitur zu bewegen. Pflimlin und Mollet selbst feiern ihre politische Auferstehung — als Staatsminister de Gaulles. Aber schon hat Algier unmißverständlich erklärt, es sei enttäuscht über diesen Kompromiß, den es höchstens taktisch gerechtfertigt sieht, nicht aber grundsätzlich anerkannt. So bleibt alles ungewiß. Der Faschismus hat Frankreich noch nicht erobert. Aber er hat den Fuß in die Tür gesetzt. Und noch immer ist die Frage — w e r wird verhindern, daß er in absehbarer Zeit die Tür aufreißt und hindurchschreitet?

Wehret den Anfängen...

Das Ende der 4. Republik war so sehr ein „Kompromiß", der eine Kapitulation überdeckt, wie ihr ganzes Leben. Von allen anderen, vor allem den Machtfragen abgesehen, bleibt es unsicher, ob die Verfassungreform de Gaulles das Übel heilen oder nur am Symptom herumdoktern wird. Die Selbstzerstörung des parlamentarischen Systems begann bereits in der 3. Republik, mit den Aufsplitterungen der beiden großen Mittelparteien, die die Eckpfeiler der 3. Republik waren, der Sozialisten und der Radikal-Sozialisten, in verschiedene antagonistische Gruppen. 1936 bis 1938 hatte die vereinigte Linke noch erfolgreich mit der Volksfrontpolitik operiert und den Rechtsextremismus, der schon damals bedrohlich sein Haupt erhob, in die Schranken gewiesen. In der 4. Republik begann sehr bald nach der Befreiung Frankreichs die grundsätzliche, im gemeinsamen Widerstand gegen die deutsche Besatzung und den Petain-Faschismus begründete Einigkeit der Parteien dem reinen und blinden Interessenten-Denken der verschiedenen wirtschaftlichen Gruppen zu weichen, die von den Parteien repräsentiert wurden und oftmals innerhalb einer einzigen Partei sich bekämpften. Die Radikalsozialisten verloren in Edouard Herriot ihren grand old man, die letzte Klammer zwischen ihren antagonistischen Gruppen. Die Angst vor der Linken einerseits, die Einschüchterung durch die nationalistische Rechte anderseits führte dazu, daß nur noch die kleine Gruppe um Mendès-France bereit war, konstruktive Politik zu machen und sich den realen staatspolitischen Problemen Frankreichs zu stellen. — Von der Rolle der Sozialisten unter Guy Mollet haben wir gesprochen. Ihr heilloses taktisches Experimentieren schloß die Preisgabe jeder konsequenten Politik ein, von sozialistischer Politik nicht zu reden. Die äußerste Linke aber galt gewissermaßen als nicht-existent. Man tat sich etwas auf seinen modischen Antikommunismus zugute. Rund 25 Prozent der französischen Wähler blieben den Kommunisten treu. Aber all das vermochte Guy Mollets „sozialistische" Politik nicht zu beeinflussen, mit der er zum Totengräber der Republik werden sollte. Die innere Schwäche der seit Jahrzehnten kleinbürgerlichen Sozialistischen Partei tat das ihre, den Parteiführer zum Gefangenen der Rechte zu machen. Denn mußte nicht diese aufgeweichte Sozialistische Partei fürchten, vom sozialistischen Elan der Kommunisten in einer Volksfront überrundet zu werden? Es gehört die krankhafte Phantasie notorischer Anti-Sozialisten dazu, in einem Volks-Front-Frankreich gewissermaßen schon eine Volksdemokratie Frankreich zu sehen. Um so eher hätte die republikanische Mitte sich bei der Verteidigung der Republik wenigstens in dieser Notlage der Kommunisten bedienen können, als nicht die mindeste Chance eines rein kommunistischen „Staatsstreichs" bestand, — da die Kommunisten genau gewußt hätten, daß dann die Armee gegen sie auf den Plan getreten wäre. So hatte Guy Mollet — der große Taktiker — die Chance, durch eine Volksfront die Republik vor der Rechten zu retten, ohne sie den Kommunisten auszuliefern. Aber er lieferte sie stattdessen „legal" der offen revoltierenden Rechten aus — getrieben von der Angst vor dem Kommunismus.

Für die Bundesrepublik ergeben sich daraus wichtige Lehren. Daß zwischen der politischen und der partei-politischen Situation in Frankreich und in Westdeutschland ganz wesentliche Unterschiede bestehen, braucht nicht erst betont zu werden. Aber es bleibt die entscheidende Erkenntnis: wehret den Anfängen. Auch in Deutschland ist der Faschismus nicht tot. Auch in Deutschland ist das reine Privatinteresse innerhalb und außerhalb der Parteien mehr und mehr zur ausschließlichen Triebkraft politischen Handelns geworden. Auch in Deutschland ist jenseits dieses Privatinteresses die Gleichgültigkeit gegenüber dem öffent-

lichen Leben erschreckend. Auch in Deutschland gibt es ein großbürgerliches Machtstreben und einen Selbstbehauptungswillen, der zu Macht und Einfluß gelangten Schichten, der nicht unbedingt davor zurückzuschrecken braucht, im geeigneten Augenblick Mittel anzuwenden, den Sozialismus und die Gegner der Atombewaffnung abzuwürgen. Und schließlich: auch in Deutschland haben die Parteien des Großbürgertums die Angst vor dem Kommunismus als das probateste Mittel gewählt, sich des Zulaufs der Massen immer wieder zu versichern. Der Haß gegen den Kommunismus wird immer neu geschürt und mit ihm der gegen den „Marxismus", sprich Sozialismus. Die Russen-Psychose dient dazu, die westdeutsche Atomrüstung psychologisch vorzubereiten. Im Namen des Antikommunismus bemächtigt sich die Bundesregierung der neuzeitlichen Vernichtungswaffen und provoziert damit offen die Sowjetunion. Etliche Schritte auf dem Weg des antikommunistischen Abenteuers sind bereits wieder zurückgelegt. Und bei diesen Aktionen sind gerade die ehemaligen Anhänger Adolf Hitlers das Reservoir, aus dem die Bundesregierung ihre antikommunistischen Kader rekrutiert. Eine Charakteristik führender Männer der CDU erübrigt sich, die selbst mit ungestilltem Ehrgeiz die Rolle von Einpeitschern im Kalten Kriege spielen.

Dies alles ist in diesen Blättern oft genug behandelt worden. Entscheidend ist, welche Konsequenzen die Gegner dieser militant-autoritären Aufrüstungspolitik aus den Ereignissen in Frankreich ziehen, vor allem aus dem Fiasko des Guy Mollet. Es zeigt sich, wie gefährlich die mindeste Konzession des Sozialismus an die Rechte ist, vollends dann, wenn die Sozialistische Partei sich gleichzeitig des Rückhaltes begibt, den sie in den politisch wachen Massen der Arbeiterschaft hat. Die französischen Sozialisten haben weitgehend die Arbeiterschaft den Kommunisten überlassen — und es dann doch abgelehnt, mit diesen Repräsentanten der Arbeiterschaft parlamentarisch und außerparlamentarisch zusammenzuarbeiten. So sind sie der Rechten erlegen. Der deutschen Sozialdemokratie zur Mahnung. Nur äußerste Wachsamkeit schützt die deutsche Demokratie vor den Praktiken gewisser Bonner Kreise, die Schritt um Schritt die Bundesrepublik in ein autoritäres Staatswesen zu verwandeln bemüht sind. Dieser Faschismus-in-kleinen-Raten spekuliert auf die Arglosigkeit der Gegenkräfte. Nur Macht vermag es, Macht in die Schranken zu fordern, die in so unbedenklichen Händen wie in denen von Strauß und Jaeger ist. Die Notgemeinschaft „Kampf dem Atomtod" wird durch den Putsch von Algier zu unermüdlicher Aktivität und zum Zusammengehen mit allen entschiedenen Atomwaffen-Gegnern verpflichtet: ehe es auch in Deutschland einmal mehr zu spät ist und die deutschen Mollets die Republik dem Gegner ausliefern. Wehret den Anfängen, wehret den Kompromissen.

Kurt Hirsch

Wohin segelt die Bundesmarine?

Die antirepublikanischen U-Boote der Weimarer Republik

Die in der politischen Publizistik oft zitierte Rede Himmlers, die dieser am 3. August 1944 vor den Gauleitern in Posen hielt, stand naturgemäß unter dem Eindruck des Attentats vom 20. Juli und war als politische Abrechnung mit den im Sinne der Nationalsozialisten „reaktionären Kreisen der Wehrmacht" gedacht. Gegenüber dem nicht verläßlichen Offizierskorps der Wehrmacht erwähnte Himmler lobend die schon in der Weimarer Republik zum Ausdruck gebrachte antirepublikanische Einstellung der Marine und führte hierzu wörtlich aus: „Während die Marine aus dem Zusammenbruch und der Meuterei des Jahres 1917—18 gelernt hatte und ihre neue Waffe, so klein sie war, auf den Freikorpsleuten und nur auf Freikorpsleute aufbaute und deshalb gesund war..."

Gesund im Sinne Himmlers ist gleichbedeutend mit einer ebenso antidemokratischen als nationalsozialistischen Einstellung. Rückschauend auf das Geschehen während der Zeit der Weimarer Republik besteht durchaus kein Anlaß, Himmlers Feststellungen zu bezweifeln. Hier muß vor allem daran erinnert werden, daß der seinerzeitige Kapp-Putsch durch die von der damaligen Reichsregierung reichlich spät angeordnete Auflösung der beiden Marine-Brigaden Ehrhardt und Loewenfeld — die sich als antidemokratische Kampfgruppen in Döberitz etabliert hatten — ausgelöst wurde.

Die Angehörigen der „Brigade Ehrhardt" trugen schon damals als Zeichen ihrer rechtsradikalen Gesinnung das Hakenkreuz. Dieser Freikorpsorganisation unter Führung des Kapitän Ehrhardt kam im Kampfe gegen die Weimarer Republik besondere Bedeutung zu. Aus ihr entwickelte sich die berüchtigte Fememordorganisation „Consul" und aus der letztgenannten die Geheimorganisation „Germanenorden". — Diesem illegalen Orden oblag es, die beschlossenen Fememorde organisatorisch vorzubereiten und durchzuführen.

Es ist nicht von ungefähr, daß von den beiden Mördern Walter Rathenaus einer, und zwar Erwin Kern, Oberleutnant z. See a. D. war; daß der katholische Politiker Erzberger das Opfer der Marineoffiziere Schulz und Tillessen wurde; daß der Chef des ersten SA-Oberkommandos der Marineleutnant Klintzsch war; daß die Funktion des ersten Organisationsleiters der SA Kapitänleutnant a. D. Alfred Hoffmann — ehemaliger Stabschef der Marinebrigade Ehrhardt — bekleidete. Sie alle können als Vorläufer des ebenfalls von der Marine kommenden SS-Führer Heydrich gelten, und mit Recht wurde in der nationalsozialistischen Literatur und auch in der Schulliteratur des Dritten Reiches die republikfeindliche Tätigkeit der Marine mit ebensoviel Sorgfalt als auch Liebe erwähnt. Hier einige Beispiele:

„Reichswehr und Frontkämpfer als ‚Zeitfreiwillige' und die Brigade Ehrhardt retteten in blutigen — mit wilder Entschlossenheit geführten Straßenschlachten das Reich vor dem Chaos des Bolschewismus..." (1)

„Hoch klingt das Lied vom braven Mann. In aller Munde ein Name — Kapitän Ehrhardt!... Ich habe den Kapitän im Reichsgerichtsgefängnis zu Leipzig in der Beethovenstraße gesehen. Eigentlich wiedergesehen. Ich war ebenfalls dort auf Veranlassung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik eingelocht, obgleich ich erst 20 Jahre alt war. Ich weiß noch genau — es war ein wunderschöner Maimorgen — als ich zum regelmäßigen Spaziergang auf den Hof geführt wurde und dort bereits einen Gefangenen antraf... Ich brauchte

mir den Mann nicht lange anzusehen. Es war Ehrhardt... Für uns Studenten war der Kapitän nicht nur der Inbegriff von soldatischer Treue und Ehre, sondern zugleich der Typus und das Vorbild des soldatischen Draufgängers, in dem sich unsere junge Begeisterung und unser junger Zorn neu orientieren und formieren konnte... Es gab nur einen Kapitän Ehrhardt." (2)

Man macht sich also mit der Feststellung, daß die Marine in der Weimarer Republik als eines der stärksten antirepublikanischen U-Boote tätig war, durchaus keiner Übertreibung schuldig. Es kann als dokumentarisch belegbare Tatsache gelten, daß die meisten in der Zeit nach 1918 begangenen Fememorde im Zusammenhang mit der Brigade Ehrhardt standen.

Goebbels erwähnt in seinem Tagebuch ebenfalls lobend die Marine: „Die Marine ist fabelhaft in Form. Alle, Offiziere und Mannschaften, ganz für uns. Man liest den ‚Völkischen Beobachter' und den ‚Angriff'. Von der ‚Schlesien' kommt ein Offizier und lädt uns zum Abendessen ein. Dabei wird eifrig disputiert. Die Leutnants sind fabelhafte schlanke Jungen, wahre Bilder von soldatischen Männern. Und alle treten sie für uns ein. Armes System! Ich unterhalte mich lange und stehe auf jede Frage Rede und Antwort. Die Marine ist richtig. Ein paar Offiziere fahren in Zivil mit in die Versammlungen... Längst ist die Nacht über das Meer hereingefallen. Draußen liegt die ‚Schleswig-Holstein'. Man sieht ganz undeutlich ihre Umrisse. Einige Offiziere sitzen im Kurhaus. Wir unterhalten uns lange mit ihnen und stellen wieder fest: Die Marine ist richtig." (3)

Im Dritten Reich erwies sich das Offizierkorps der Marine von allen drei Wehrmachtsteilen im Sinne der NSDAP als besonders zuverlässig, und es ist kaum als Zufall zu werten, daß von den Männern des 20. Juli kein einziger der Marine angehörte und daß Hitler Großadmiral Dönitz als besonders verläßlichen Nationalsozialisten zu seinem Nachfolger ernannte.

Marinevereine und Marinetreffen nach 1945

Als es noch lange nicht so modern und selbstverständlich war, wie dies heute der Fall ist, fanden sich die Angehörigen der ehemaligen Marine nach 1945 in Organisationen zusammen. Dementsprechend gab es im Jahre 1954 — laut dem „Deutschen Soldatenkalender" — schon 29 verschiedene Organisationen ehemaliger Angehöriger der Marine. Es liegt in der Natur des sich selbst zurechtgezimmerten Aufgabenbereiches solcher Vereinigungen, daß sie von Zeit zu Zeit größere Veranstaltungen und Demonstrationen durchführen.

Im Juni 1953 fand in Wilhelmshaven das erste „Wiedersehenstreffen" des Marinebundes statt. Nach dem Bericht des „SPD-Pressedienstes" nahmen an dieser Kundgebung „ehemalige Jugendführer radikaler Organisationen" teil und außerdem war auch die „Stahlhelm-Größe Wilhelmshavens" anwesend. Vor einiger Zeit fand in Kiel ein „Wiedersehen der 15 000 alten Seefahrer" statt.

Während man noch vor einigen Jahren als Ursache solcher Zusammenkünfte die Nachforschung nach vermißten Kameraden angab, bemüht man sich gegenwärtig gar nicht mehr um solche humanitären Begründungen für diese. Bei dem oben erwähnten Treffen handelte es sich um eindeutig politische Sympathiekundgebungen für Großadmiral a. D. Dönitz. Im übrigen hielt es der Marinebund — es ist die Dachorganisation der verschiedenen Marine-Vereinigungen — für richtig, im Mai 1956 Großadmiral a. D. Raeder zum Ehrenmitglied zu ernennen.

Die ebenso bedenkliche wie politische Bedeutung dieser Marine-Vereinigungen liegt aber gegenwärtig vor allem darin, daß ihre Repräsentanten in führender

Stelle in der Bundesmarine tätig sind und daß sie dort auch den politischen Kurs der bundesrepublikanischen Marine angeben.

„Bürger in Uniform" in der Bundesmarine?

Flottillenadmiral und Chef der Abteilung „Organisation und Ausbildung" in der Bundesmarine ist Heinrich Gerlach. In einer Denkschrift vertrat er im Mai 1951 u. a. die folgenden Auffassungen:

„Der Deutsche denkt und fühlt soldatisch. Er ordnet sich leicht und willig einer soldatischen Gemeinschaft ein und ist bereit, seinem Vorgesetzten volles Vertrauen zu schenken und ihm, wenn es sein muß, blindlings zu folgen. Auf diese Seite des deutschen Wesens setze ich meine besten Hoffnungen... Wenn wir aus diesen Erfahrungen Nutzen ziehen wollen, ist es zunächst einmal notwendig, den Nationalsozialismus und das ganze Geschehen um das Dritte Reich als ein Stück unserer deutschen Geschichte anzuerkennen. Ich mache gar keinen Hehl daraus, daß für mich nicht alles, was aus der Zeit des Dritten Reiches herrührt, darum verwerflicher Irrtum ist... Es ist doch keineswegs so, daß die Entwicklung zum totalen Staat nur auf das Konto dieses einen Mannes zu setzen wäre. Es ist vielmehr umgekehrt: Er war der Exponent einer Entwicklung, für welche die Zeit reif war. Das NS-Gedankengut war tatsächlich ja auch nichts Neues. Adolf Hitler setzte nur in politische Wirklichkeit um, was andere vor ihm gedacht und zum Teil schon trefflich formuliert hatten. Der Nationalsozialismus wurzelt durchaus in der europäischen und speziell der deutschen Geschichte der vorhergehenden dreißig bis fünfzig Jahre. Auch war die praktische Durchführung durchaus nicht nur unzulänglich. Bei allen Fehlern, die gemacht wurden, war doch vieles so vorbildlich, so sehr den Bedingungen der Zeit wie dem Charakter des Volkes angemessen, daß man es nur als gute Erfahrung mit in die Zukunft nehmen kann. Damit will ich natürlich die Mängel dieses Regimes nicht verkleinern. Auch über diese muß man sich klar sein, wenn man, auf den Erfahrungen der Vergangenheit fußend, das Neue bauen will. Alle diese Mängel haben meines Erachtens ihre entscheidende Ursache darin, daß Adolf Hitler sich leider nicht auf die alte Führungsschicht unseres Volkes stützte, sondern auf die Masse der kleinen Leute. Man stelle sich einmal vor: Die ersten tausend Anhänger eines Parteiführers vom Format eines Hitler überwiegend aus den Kreisen des guten alten Bürgertums, der Kirche, des Offizierskorps! Ich bin überzeugt, mit einer solchen ‚Partei' und diesen ‚alten Kämpfern' hätte unsere Geschichte einen völlig anderen Verlauf genommen..." Unseres Wissens hat sich einer der höchsten Marineoffiziere von dieser seiner im Jahre 1951 geäußerten Auffassung bisher nicht distanziert.

Als kommissarischer Leiter der Marine-Abteilungen im Bundesverteidigungsministerium fungierte Kapitän Karl-Adolf Zenker. Kapitän Zenker bekannte sich im Januar 1956 in einer Ansprache vor den Angehörigen der Marine-Lehrkompanie in Wilhelmshaven leidenschaftlich zu den Großadmiralen Raeder und Dönitz. Wörtlich erklärte er:

„Jeder von uns alten Marineleuten, die unter der Führung der beiden Großadmirale Dienst getan haben, weiß, daß die Marine sauber, anständig und ehrenhaft geführt worden ist und daß kein Makel an der Person unserer ehemaligen Oberbefehlshaber haftet. Das will ich heute hier vor Ihnen offen aussprechen. Die Großadmirale tragen ihr Schicksal daher stellvertretend für uns alle... Es hat sich für mich und alle meine Mitarbeiter in Bonn zuerst und ausschließlich die Frage erhoben, ob wir unsere Arbeit aufnehmen dürfen, so lange unsere ehemaligen Oberbefehlshaber in Haft gehalten werden. Nur unter dem deutschen Gesichtspunkt der lebensnotwendigen Aufgabe der Verteidigung der gemein-

samen Freiheit kann man vertreten, daß wir uns über das Schicksal unserer alten Kameraden hinweggesetzt haben, nachdem in der Mehrzahl der Fälle sich deren Lage inzwischen durch ihre Freilassung gebessert hat. In der Kenntnis des Charakters unserer alten Oberbefehlshaber, die immer die Pflichterfüllung und die Aufgabe vor die Person gestellt haben, war ich mir sicher, daß auch sie diese Haltung billigen würden. Ich habe die Freude gehabt, daß Großadmiral Raeder mir diese Einstellung nach seiner Freilassung bestätigt hat."

Das heißt, der damals höchste bundesrepublikanische Marineoffizier verteidigte die politisch belasteten Großadmirale Hitlers und holte sich von Raeder die Erlaubnis, in der Bundesmarine zu dienen. — Von jenem Raeder, der anläßlich einer Gedenkfeier für Hindenburg und Ludendorff in den ersten Jahren des Dritten Reiches erklärte:

„Das deutsche Volk hat den aus dem Geiste des deutschen Frontsoldaten geborenen Nationalsozialismus zu seiner Weltanschauung gemacht und folgt den Symbolen seiner Wiedergeburt mit ebenso heißer Liebe wie fanatischer Leidenschaft. Es hat den Nationalsozialismus erlebt und nicht, wie so viele hilflose Kritiker draußen glauben, erlitten. Darum die klare und schonungslose Kampfansage an den Bolschewismus und an das internationale Judentum, deren völkervernichtendes Treiben wir zur Genüge am eigenen Volkskörper zu spüren bekommen haben."

Nach Ansicht von Herrn Kapitän Zenker sollte Großadmiral Dönitz wohl als Vorbild für die neue Bundesmarine gelten. — Jener Admiral Dönitz, der am 12. Mai 1944 erklärte:

„Was wäre aus unserer Heimat heute, wenn der Führer uns nicht im Nationalsozialismus geeint hätte! Zerrissen in Parteien, durchsetzt von dem auflösenden Gift des Judentums und diesem zugänglich, da die Abwehr unserer jetzigen kompromißlosen Weltanschauung fehlte, wären wir längst der Belastung dieses Krieges erlegen und der erbarmungslosen Vernichtung unserer Gegner ausgesetzt worden."

Es ist dies jener Großadmiral Dönitz, der einen Tag nach dem 20. Juli 1944 die folgende Proklamation erließ:

„Männer der Kriegsmarine! Heiliger Zorn und maßlose Wut erfüllt uns über den verbrecherischen Anschlag, der unserem geliebten Führer das Leben kosten sollte. Die Vorsehung hat es anders gewollt, sie hat den Führer beschirmt und beschützt und damit unser deutsches Vaterland in seinem Schicksalskampf nicht verlassen.

Eine wahnsinnige kleine Generalsclique, die mit unserem tapferen Heere nichts gemein hat, hat in feiger Treulosigkeit diesen Mord angezettelt, gemeinsten Verrat an dem Führer und dem deutschen Volk begehend. Denn diese Schurken sind nicht nur die Handlanger unserer Feinde, denen sie in charakterloser, feiger und falscher Klugheit dienen. In Wirklichkeit ist ihre Dummheit grenzenlos ...

Wir werden diesen Verrätern das Handwerk legen. Die Kriegsmarine steht getreu ihrem Eid in bewährter Treue zum Führer, bedingungslos in ihr Einsatz- und Kampfbereitschaft. Sie nimmt nur von mir, dem Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, und ihren eigenen militärischen Führern Befehle entgegen, um jede Irreführung durch gefälschte Weisungen unmöglich zu machen. Sie wird rücksichtslos jeden vernichten, der sich als Verräter entpuppt. Es lebe unser Führer Adolf Hitler!"

Es ist dies jener Großadmiral Dönitz, der in einem Geheimbefehl am 7. April 1945 ausführte:

„Wir Soldaten der Kriegsmarine wissen, wie wir zu handeln haben. Unsere

militärische Pflicht, die wir unbeirrt erfüllen, was auch links und rechts... geschehen mag... Ein Hundsfott, wer nicht so handelt, man muß ihn aufhängen und ihm ein Schild umbinden: ‚Hier hängt ein Verräter, der aus niedriger Feigheit dazu beigetragen hat, daß deutsche Frauen und Kinder sterben, statt als Mann sie zu schützen..."

Es ist dies jener Großadmiral Dönitz, der in einem als „Geheim" bezeichneten Erlaß am 11. April 1945 schrieb:

„Ich wende mich gegen die urteilslosen und kurzsichtigen Schwächlinge, die etwa sagen:: ‚Hätten wir doch den Nationalsozialismus nicht bekommen, dann hätte sich das alles nicht ereignet.' Hätten wir den Nationalsozialismus nicht bekommen, dann hätten wir bereits in den zwanziger Jahren in Deutschland Kommunismus... Ohne die Aufrüstung, die der Führer uns gebracht hat, wäre Deutschland von den Russen überrollt worden..."

Es ist dies jener Großadmiral Dönitz, der am 1. Mai 1945 das folgende, von Trauer und Ehrfurcht für Hitler triefende Manifest an das deutsche Volk erließ:

„Deutsche Männer und Frauen, Soldaten der deutschen Wehrmacht! Unser Führer Adolf Hitler ist gefallen. In tiefster Trauer und Ehrfurcht verneigt sich das deutsche Volk...

Am Ende dieses seines Kampfes und seines unbeirrbaren, geraden Lebensweges steht sein Heldentod in der Hauptstadt des Deutschen Reiches. Sein Leben war ein einziger Dienst für Deutschland, sein Einsatz im Kampf gegen die bolschewistische Sturmflut half darüber hinaus Europa und der gesamten Kulturwelt. Der Führer hat mich zu seinem Nachfolger bestimmt. Im Bewußtsein der Verantwortung übernehme ich die Führung des deutschen Volkes in dieser schweren Stunde. Meine erste Aufgabe ist es, deutsche Menschen vor der Vernichtung durch den vordrängenden bolschewistischen Feind zu retten... Soweit und solange die Erreichung dieses Zieles durch die Briten und Amerikaner behindert wird, werden wir uns auch gegen sie weiter verteidigen und weiterkämpfen..."

Das politische Bild dieses Falles erfährt dahingehend seine Ergänzung, daß „die Regierung Dönitz" von rechtsradikalen Kreisen auch heute noch als rechtmäßig anerkannt wird, und daß für Zenker extrem nationalistische Blätter wie „Der Stahlhelm" und „Die Deutsche Soldaten-Zeitung" eifrigst ihre braunen Lanzen gebrochen haben.

Im April 1956 wurde im deutschen Bundestag vier Stunden über die Rede Zenkers diskutiert, und die Ablehnung, die diese erfuhr, war beklagenswerterweise lange nicht so eindeutig und so einhellig, wie dies im Interesse einer demokratischen Entwicklung zu wünschen wäre.

Nach der schon erwähnten Rede wurde Zenker für würdig befunden, dem Nato-Oberkommandierenden Atlantik, Admiral W r i g h t, anläßlich seines Besuches in der Bundesrepublik als Begleitoffizier beigegeben zu werden. Die Bundestagsdebatte hatte zur Folge, daß anstelle Zenkers Vizeadmiral Ruge trat, und Kapitän Zenker wurde „mit der Bearbeitung von Ausbildungsfragen" im Marinekommando beschäftigt.

Im März 1957 avancierte Kapitän Zenker zum Befehlshaber für die europäischen Seestreitkräfte der Atlantikpaktstaaten. Er wird dem Oberkommando der Atlantik-Seestreitkräfte für Mitteleuropa in Fontainebleau unterstehen und die Bezeichnung „Befehlshaber Seestreitkräfte Nordsee" tragen.

V i z e a d m i r a l R u g e u n d d e r z w e i t e W e l t k r i e g

Zum Nachfolger von Kapitän Zenker wurde, wie erwähnt, Vizeadmiral Ruge bestimmt. Dieser gegenwärtig höchste Offizier der Marine erklärte den Ausbruch

des zweiten Weltkrieges im „Deutschen Soldaten-Kalender 1954" mit folgenden Worten:

„Der zweite Weltkrieg wurzelt in Versailles. Dort zwang man Deutschland ein unhaltbares Diktat auf, statt wirklichen Frieden zu schaffen. So wurde Versailles mit seinen politischen und wirtschaftlichen Folgen Grundlage für den Aufstieg Hitlers. Für den Frieden gewählt, griff dieser zum Schwert, um seine Ziele zu erreichen. In der Sudetenkrise 1938 wurde Europa an den Rand des Krieges gebracht. Der Einmarsch in die Rest-Tschechei, die Kündigung des Londoner Flottenvertrages und des polnischen Nichtangriffspaktes warnte die Welt. England verbündete sich mit Polen. Im Glauben, es durch Abschluß des Zweckvertrages mit dem bisher bitter bekämpften S t a l i n genügend geschreckt zu haben, ließ Hitler nach kurzem Zögern am 1. 9. 1939 um 0.45 Uhr deutsche Truppen in Polen einrücken ..."

Daß Hitler „Für den Frieden gewählt" wurde, darf ebenso als Offenbarung Vizeadmiral Ruges gelten wie die Behauptung, die Ursache des „zweiten Weltkrieges wurzelt in Versailles".

Diese und ähnliche Auffassungen liest man des öfteren in rechtsradikalen Blättern, aber aus der Feder eines hohen Offiziers der Bundesmarine müssen sie ebenso befremden wie die Tatsache, daß Vizeadmiral Ruge Mitarbeiter der politisch äußerst problematischen extrem rechtsstehenden „Deutschen Soldaten-Zeitung" ist. In diesem Blatt verteidigt er z. B. die Notwendigkeit der Machtergreifung Hitlers mit folgenden Worten: „Sind die Arbeitslosigkeit und der drohende Kommunismus der beginnenden 30er Jahre schon vergessen? Um gegen diese etwas zu tun, wurde Hitler geholt ..." (5)

Nicht nur in politischer, sondern auch in militärischer Hinsicht ist Vizeadmiral Ruge sehr forsch. So sieht er z. B. die Hauptbedeutung der bundesdeutschen Marine darin: „... daß sie durch ihre Erfahrung der beste Bürge für das Offensein der Ostsee-Eingänge ist. Erst wenn sichergestellt ist, daß die Ostsee jederzeit für Flotten, die von außen kommen, zugänglich ist, wirkt der Druck der großen Seemächte in die Ostsee hinein auf die 1000 km sowjetisch besetzte Küste, die fast auf ihrer ganzen Länge zum Landen gut geeignet ist."

In der Zeit der internationalen Abrüstungsbemühungen — im April 1956 — gab Vizeadmiral Ruge zwei Erklärungen ab — von denen eine im Bulletin der Bundesregierung abgedruckt wurde —, die in folgenden Feststellungen gipfelten: „Außenpolitische Sicherheit hängt von einer Reihe von Faktoren ab, deren oberster die Macht ist, gewöhnlich ausgedrückt in militärischer Rüstung und Schlagkraft." In der Bulletin-Erklärung hieß es des weiteren, für die „Anhänger des dialektischen Materialismus", also für die Sowjetunion, sei „Macht der einzige Faktor, den sie als Gewähr für die Sicherheit kennen und anerkennen".

Am gleichen Tage äußerte sich Ruge in den „Bonner Heften" zur Frage „Wozu brauchen wir die Marine?" folgendermaßen: „Die deutschen Marine-Wespen in der Ostsee", das sei, was der atlantischen Rüstung noch fehle. Es müßte die Aufgabe der westdeutschen Marine sein, zu verhindern, daß die große Sowjetflotte in der Ostsee „die Front in Schleswig-Holstein oder Dänemark abkneifen" könnte. Zur strategischen Situation stellte Ruge fest, daß „der Balkon Europa ein riesiger Brückenkopf ist, der die weite See als Rollbahn" habe. Je mehr sich die atlantische Politik auf solche Brückenköpfe stützen könnte, „um so bescheidener ist die Lage der Russen".

In Bonner politischen Kreisen hatten diese Äußerungen peinliches Aufsehen hervorgerufen, weil sie gerade zur Zeit der aktivierten Abrüstungsbemühungen gemacht wurden. In Regierungskreisen sah man sich zu der Feststellung ver-

anlaßt, daß Offiziere des Bundesverteidigungsministeriums bei öffentlichen Erklärungen sich einer größeren Zurückhaltung befleißigen sollten.

Ebenfalls in Bonn wurde im Zusammenhang mit den Äußerungen Vizeadmiral Ruges von der Notwendigkeit gesprochen, sobald wie möglich den Lehrgang A — in dem die höheren Offiziere über ihr politisches Verhalten im Staate zu informieren seien — abzuhalten.

Gehört nicht schon sehr viel Optimismus dazu, zu glauben, daß der Besuch des Lehrganges A etwa bei Offizieren wie bei Vizeadmiral Ruge dazu beitragen werde, daß er es in Zukunft unterlassen möge, jenes militärische und politische ABC zum Ausdruck zu bringen, das uns nur zu sehr an eine durchaus nicht sehr ruhmreiche militärische und politische Vergangenheit erinnert?

Wie der „Deutsche Marinebund" bestrebt ist, die Politik des Verteidigungsministeriums zu beeinflussen, ist aus der Rede des Homburger Landesverbandsvorsitzenden dieser Organisation, F a b e r, die dieser im Juni 1957 anläßlich eines Marinetreffens in Düsseldorf hielt, zu ersehen. Er erklärte unter anderem:

„Meine Kameraden! Wir haben in den letzten Jahren unser Ziel, das Eintreten für die Wiederherstellung der deutschen Seegeltung, fast völlig vernachlässigt. Es fehlt bei uns am Fundament. Es genügt nicht, wenn die Kameraden recht häufig Marinebälle veranstalten. Ich vermisse, daß die jungen Soldaten der Bundesmarine bei uns eintreten, damit sie von uns das ideelle Rüstzeug erhalten. Kamerad Ruge im Verteidigungsministeriums muß von uns die gleiche Unterstützung bekommen, wie sie Kamerad Raeder beim Aufbau der Kriegsmarine von den alten Offizieren der Reichsmarine bekam." (6)

Wie stark der Einfluß der Marinevereinigung in der heutigen Bundesmarine ist, sei an dem Beispiel des ehemaligen U-Boot-Kommandanten Fregattenkapitän Otto K r e t s c h m e r demonstriert. Der Genannte war Präsident des deutschen Marinebundes, und unter seiner Präsidentschaft wurde Raeder die Ehrenmitgliedschaft dieses Verbandes verliehen. Es hat sich bei der Verleihung um eine ebenso eindeutige wie bewußte politische Demonstration gehandelt. Damals erklärte Kretschmer: „Raeder ist unser Kamerad" — und zwangsläufig war in dieser Kameradschaft das schon erwähnte nationalsozialistische Bekenntnis des Großadmirals a. D. mit eingeschlossen. Während des Nürnberger Prozesses erklärte Raeder, daß diese am 12. März 1938 gehaltene Ansprache seine Überzeugung gewesen sei, da er es sonst „nicht gesagt" hätte.

D o b b e r s t e i n m u ß t e g e h e n

Im Juni 1956 schrieb die neonazistische Zeitschrift „Nation Europa":

„Ein gewisser D o b b e r s t e i n, Leer, Ostfriesland, ehemaliger Offizier der deutschen Kriegsmarine, hat es für ehrenhaft und zweckdienlich gehalten, sich in einem an B l a n k gerichteten Schreiben gegen den in Spandau zu Unrecht eingekerkerten Großadmiral zu wenden — und so die Eignung für die neue Wehrmacht überzeugend nachzuweisen. Die Rechnung ging nicht auf: Dobberstein ist aus den Streitkräften entlassen worden."

Diese rechtsradikale Zeitung kann über den Fall Doberstein berechtigt Genugtuung empfinden. Der Genannte war gegen Ende des Krieges im Stabe des damaligen Großadmirals Dönitz tätig und wurde bereits 1952 vom damaligen Amt Blank aufgefordert, beim Aufbau des EVG-Truppenkontingentes mitzuarbeiten. Im Januar 1956 entschloß sich Dobberstein zum Wiedereintritt in die Offizierslaufbahn und wurde Leiter der „Vorbereitungsstelle für bodenständige Aufgaben der Marine Nordsee" und avancierte später zum Leiter des „Marine-Abschnittskommandos Nordsee". Erstaunlicherweise blieb er nur 2½ Monate im Dienst des Bundesverteidigungsministeriums. Dann verfügte Minister Blank,

Dobberstein werde nicht endgültig in die Bundesmarine übernommen werden, und damit war er praktisch entlassen.

Mitte Mai wurde bekannt, daß sich Dobberstein des „Verbrechens" schuldig gemacht hatte, seiner Dienststelle in Bonn — mit Durchschlägen an den Bundesverteidigungsminister und den Bundeskanzler — eine ausführliche Stellungnahme zu der schon erwähnten Wilhelmshavener Rede des Kapitäns Zenker geschickt zu haben. In diesem Brief schrieb Dobberstein u. a.:

„... Ihnen ist bekannt, daß ich seit Jahren die schwersten Bedenken hatte, wieder in die Marine einzutreten. Diese Bedenken hatten ihren Ursprung aus meiner Tätigkeit in den höchsten Operationsstäben der Marine in Paris und Berlin 1944/45. Dort kam ich auch mit dem Großadmiral Dönitz in Berührung, welcher die Sachlichkeit verächtlich machte und in der hoffnungslosen Situation des deutschen Volkes im Prinzip einen unsachlichen Fanatismus auch von der militärischen Führung forderte. Ich bringe diese Bedenken nach sehr reiflicher Überlegung nun auch an die höchsten Instanzen, weil mich ihre unsachliche Behandlung meines persönlichen Briefes vom 18. 2. 1956 erneut an die Aera Dönitz, die ich verabscheue und unserer deutschen Jugend nicht wünsche, erinnert. Die sich im Marine-Offizierskorps breitmachende — ich kann es nicht anders nennen — Vergötterung eines Dönitz halte ich für den Aufbau der Streitkräfte für hinderlich ..."

Eine große Hamburger Wochenzeitung kommentierte die Affaire Dobberstein mit folgenden Worten:

„Was diesem Fall Gewicht verleiht, ist nämlich die Wahrscheinlichkeit, daß der entlassene Offizier aus politischem Impuls — und zwar dem eines überzeugten Demokraten — gehandelt hat und daß er dafür nicht nur seine Entlassung in Kauf nehmen mußte, sondern auch das Aburteil vieler seiner Kameraden, die ihm vorwerfen, er habe gegen den Korpsgeist verstoßen."

Um was es geht

Es geht nicht darum, über die soldatischen Tugenden und Fähigkeiten der Großadmirale Raeder und Dönitz zu richten und zu urteilen. Es geht aber sehr wohl darum, daß ihre militärischen Fähigkeiten von ihren politischen Proklamationen und Reden nicht zu trennen sind und daß sich diese beiden Herren bis heute von diesen politischen Äußerungen in keiner Weise distanziert haben. Es geht des weiteren sehr wohl darum, daß Dönitz — ohne daß er sich bis zum heutigen Tage dagegen gewandt hätte — von rechtsradikalen Kreisen auch gegenwärtig noch als der legale Nachfolger Hitlers und als der einzige rechtmäßige Regierungschef Deutschlands betrachtet wird. Dies alles ist den führenden Offizieren der Bundesmarine sehr wohl und sehr gut bekannt. Sollte es nicht bedrücken und bedenklich stimmen, daß sie sich dessen ungeachtet nach wie vor zu Dönitz und Raeder und damit zu ihnen als Hitlers Gefolgsleuten bekennen?

Scheint unter diesen Umständen, und wenn wir uns dazu noch an die politische Rolle des Offizierskorps der Marine während der Aera der Weimarer Republik erinnern, die sorgenvolle Frage nach der politischen Richtung, in der die neue Bundesmarine segelt, nicht mehr als berechtigt zu sein?

Quellenangaben

1. „Volk und Führer" — Deutsche Geschichte für Schulen. Ausgabe für Oberschulen und Gymnasien. Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt/Main. — 2. „Kampf" — Lebensdokument deutscher Jugend von 1914—1934. Philipp Reclam jun., Verlag Leipzig. — 3. Dr. Joseph Goebbels: „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei". Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf., München. — 4. SPD-Pressedienst vom 5. Juni 1953. — 5. Deutsche Soldaten-Zeitung, 15. Mai 1954. — 6. Süddeutsche Zeitung, 12. Juni 1957.

Prof. Gerhard Gollwitzer

Globales Hiroshima oder globale Entspannung

Hiroshima wurde uns als Modellfall vorexerziert. Wie es dabei zuging und was noch heute daraus folgt, das kann jeder erfahren, der es erfahren will. Noch 1957 starben in Hiroshima 185 Menschen an den Folgen, 12 Jahre danach! Japanische Wissenschaftler haben festgestellt, daß noch 70 000 Opfer (Erkrankungen, Todesfälle, Mißgeburten) zu erwarten sind! Welch ein lächerlicher und leichtsinniger Trost fiel dem CDU-Abgeordneten Jaeger in der April-Bundestagsdebatte ein, als er beschwichtigend sagte, wir wollen ja „nur kleinere Atombomben anschaffen"!

Atomwaffen sprechen aller Menschlichkeit Hohn. Eine Regierung, die sie herstellen läßt oder ankauft, hat das Recht verwirkt, für Menschenwürde und Menschenachtung zu sprechen, andere ihrer Verletzung anzuklagen und sich als Verteidiger der Menschenrechte aufzuspielen. Wer eine solche Verteidigung mit diesen Mitteln in Betracht zieht, hat schon verraten, was er verteidigen will.

Mittlerweile aber haben wir es bis zur H-Bombe und Kobaltbombe gebracht. „Die British Atomic Scientist's Association hat errechnet, daß die Bikini-Versuche wahrscheinlich 50 000 Krebsfälle zeitigen werden. Wieviele von Geburt an geistig Minderwertige auf ihr Konto kommen, läßt sich heute nicht einmal vermuten. Wer einen Menschen krebskrank macht oder etwas tut, wodurch ein Kind als Idiot geboren wird, der ist ein Ungeheuer. Wer aber 50 000 in der gleichen Weise schädigt, der ist ein Patriot!" (Bertrand Russell in „Die Kultur", 6. Jahrgang, Nr. 106.)

Noch vor den englischen Versuchen schrieb Prof. Pauling: „Meinen Schätzungen nach werden die bisherigen Versuchsexplosionen den Tod von etwa 1 Million Menschen infolge von Knochenkrebs, Leukämie und anderen Krankheiten zur Folge haben. Dazu die Mißgeburten von etwa 200 000 Kindern." Man lullt uns ein mit dem Gerede von „sauberen Bomben". Der Direktor des Chemischen Instituts der Universität Mainz, Prof. Straßmann, bezeichnete das als „blanken Unsinn", Kernspaltung bleibe Kernspaltung und die entstehenden Spaltprodukte könnten nicht dazu gebracht werden, „sich in Wohlgefallen aufzulösen" (Bonn 21. 4. 1958 AP). Ein Kenner der Materie, der „Vater der Atombombe", Oppenheimer, erklärte deshalb, er glaube angesichts der heutigen Entwicklung an eine apoklyptische Gefahr für die Menschheit. Wer in die Atomgeheimnisse eingeweiht sei und die Wahrheit über die Atomwaffenlager in den USA und in der Sowjetunion kenne, der könne nur entsetzt sein (Paris 22. 4. dpa).

Und wie steht es mit dem Schutz vor diesen Gefahren? Nachdem der Bundeskanzler den 18 Göttingern eine Rüge wegen verbotenen Dazwischenredens erteilt hatte, erzählte er ihnen — diesen ersten Fachleuten! —, es scheine, daß sie noch nicht im Besitz der Ergebnisse von Versuchen in den USA zum Schutz vor der furchtbaren Waffen seien: „Ich hätte Ihnen die Ergebnisse gern mitgeteilt!" Und wir hätten sie allzugern vernommen! Aber wir warten leider schon ein halbes Jahr vergeblich darauf. Was aber sagt ein wirklicher Kenner, der amerikanische Bombenkonstrukteur Teller, den Senatoren in Washington? Sie sollten sich an den Bau riesiger Luftschutzbunker machen, deren erste Etappe in den USA etwa 20 Milliarden kosten würde, wenn wenigstens ein Teil der Bevölkerung überleben solle. Sein regierungstreuer deutscher Kollege Pascual Jordan hat uns die Sache schon ganz reizend ausgemalt: „Wenn der Atomkrieg noch fünf Jahre vermieden werden kann, so wird die Menschheit längst darauf eingerichtet

sein, ohne Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten einmal 5 Jahre unter der Erde zu bleiben, bis der Atomgestank draußen abgeklungen ist ... Die Menschen werden einige Jahre des Ausgehverbots gut überstehen, sofern bis dahin die unterirdischen Städte fertig sind, welche die einzig mögliche Stadtform der Zukunft sind" („Der gescheiterte Aufstand", V. Klostermann, Frankfurt, 2. Aufl., 1957). Viel Vergnügen!

Genug von diesem Irrsinn! Es gibt keinen Schutz, zum mindestens keinen für uns — höchstens vielleicht für die Herren, die den nächsten Krieg vorbereiten, anzetteln oder wenigstens nicht mit allen Mitteln verhindern.

Wenn man das Wort „Atomwaffen" in den Mund nimmt, muß man dies alles und noch viel, viel mehr wissen. Aber wir kennen ja den Einwand gegen alle Aufklärungsversuche: Wer aufklärt, der erzeugt Atompanik, der züchtet Angstkomplexe, der ist ein „falscher Prophet"! Wäre es nicht Aufgabe einer verantwortungsbewußten Regierung, uns über die drohenden Gefahren aufzuklären, statt zu vertuschen und zu verniedlichen? Wer aber züchtet in Wahrheit seit Jahren einen Angstkomplex und baut seine ganze Politik darauf auf? Wer anders als die CDU und ihre Regierung? Seit 1950 greifen die Russen morgen an, seit 1950 denkt man in Bonn wie ein von einer Schlange hypnotisierter Frosch nichts anderes als: Jetzt regt sie sich, jetzt schiebt sie sich heran, jetzt ... Dabei hat diese Schlange doch allerlei anderes zu tun und hat ganz andere Möglichkeiten, uns zu fressen, die für sie selbst gefahrloser sind und gegen die wir uns nicht rüsten: die geistigen und politischen, denen nur geistig und politisch zu begegnen ist: politisch durch eine endliche wirkliche Demokratisierung unserer Demokratie und durch Lösung der sozialen Probleme, geistig durch Volksbildung und Jugenderziehung. Aber dafür haben wir leider keine 52 Milliarden, sondern nur Bettelsuppen übrig.

Man möchte manchmal dem Satan Goebbels wünschen, er hätte den heutigen Aufgang seiner Drachensaat noch miterleben dürfen. Was er den Deutschen eingetrommelt hat, den Anti-Ost-Kreuzzungswillen, das hat sich prächtig entfaltet. Seine Rolle haben jetzt die „christlichen" Parteien übernommen. Da wird wieder die Welt eingeteilt in Weiß und Schwarz, Gut und Bös, Christ und Antichrist. Gottlob gehört man selbst sicherlich zum guten, gottwohlgefälligen, unschuldigen Teil. Genau wie Goebbels einst redet man den braven hiesigen Leuten ein, die da drüben seien gar keine richtigen Menschen, sondern Halbmenschen, Untermenschen, Ungeziefer, für deren Liquidierung jedes Mittel recht und vom lieben Gott erlaubt sei. Was Truman 1945 nach Abwurf der Bombe auf Hiroshima sagte, das war der Inhalt des stillen Gebets beim Abschluß der Nato-Konferenz im letzten Herbst in Paris: „Wir haben die Atomkraft entdeckt, entwickelt und in dieser Bombe angewandt in Übereinstimmung mit dem Willen und mit den Plänen Gottes".

Hier sei ein Streiflicht auf die Haltung der Kirchen eingefügt. Die christlich-theologische Einteilung „Gerechter Krieg — ungerechter Krieg", „Verteidigungskrieg — Angriffskrieg" ist längst überholt, weil bei einem künftigen Krieg kein Soldat mehr wird entscheiden können, um welchen Fall es sich nun handelt. Zudem ist sie hinfällig geworden, weil die Kirchen selbst ihre eigene Theologie nicht ernst genommen haben: sie hätten sonst ihren Gläubigen untersagen müssen, in so eindeutigen Angriffskriegen wie Hitlers Eroberungsfeldzügen und im englisch-französischen Suezüberfall mitzukämpfen. Endlich ist diese Einteilung veraltet, weil jeder zukünftige Krieg Zerstörungskrieg sein wird. Bisher haben wir von den Kirchen nur allgemeine, für den einzelnen Bischof, Pfarrer und Gläubigen nicht verbindliche Erklärungen gehört. Deklamationen

helfen aber nicht weiter, sondern nur persönliches Engagement. Die 18 Göttinger haben das in ihren Aufruf einbeschlossen, darum war er so wirksam. Wie lange noch müssen wir warten auf einen Aufruf der christlichen Kirchenleitungen, der nicht abstrakt lautet: „Wir sind gegen ...", sondern: „Wir ächten den Krieg, weil wir uns für Formen der politischen Auseinandersetzungen einsetzen, die unserem Wesen und der heutigen Zeit angemessener sind. Unsere Devise lautet nicht mehr ‚Gott mit uns', sondern ‚Wir mit Gott'!" Solange sie sich nicht dazu durchringen, schaufeln sie weiter am Grab ihrer Glaubwürdigkeit.

Mit Kampf gegen ... mit Anti ..., mit der Negation allein ist es nirgendwo und niemals im Leben getan. Das Verbot der Atomwaffen allein genügt nicht. Für etwas, für wirkliche Werte müssen wir uns einsetzen. Wie heißt dieses neue Positive nach Hiroshima? Es heißt: Der Friede muß gewagt und erarbeitet werden. Durch supermilitaristische Sicherung wird er mehr gefährdet als gesichert. Es heißt: Unterstützung der Entspannung, wie sie z. B. in den Vorschlägen von Kennan, Gaitskell, Rapacki, in den 5 Punkten Nehrus und der Bandungkonferenz, in der russischen Einstellung der Kernwaffenversuche aufdämmert oder in Eisenhowers Vorschlag, man solle einmal die Gedanken der Geisteswissenschaftler und Friedensfreunde in aller Welt hören. Es heißt: Zeitgemäße Politik im Zeitalter der einen Menschheit, in dem internationale Spannungen nicht mehr durch Kriege zu lösen sind, in dem jede militärisch ausgerichtete Politik sinnlos und verderblich geworden ist. Nicht „Si vis pacem, para bellum" darf heute wie jahrtausendelang die Losung lauten, sondern „Si vis non bellum, para pacem!"

Jeder kommende Krieg würde für uns auch ein Bürgerkrieg sein — und ein Bürgerkrieg war selbst für abgebrühte Generäle stets zum mindesten unbehaglich. Die Kriegsdienstverweigerer sind heute die wahren Revolutionäre und die ersten Bürger der Zukunft. Sie — und nicht der „Vater der Wasserstoffbombe" Teller, der den amerikanischen Senatoren kürzlich darlegte, „worauf sie ihre Anstrengungen zu konzentrieren hätten: auf die Kriegsführung durch Klimabeeinflussung, die schon in einigen Jahren möglich sein werde, so daß Rußland Eiswinde über Amerika und Amerika Dürren über Rußland entsenden könne, und natürlich auf den Bau von Weltraumstationen, Atom-U-Booten und Basen zur Atomkriegführung" (Stuttgarter Zeitung Nr. 283/1957). Und was taten die Senatoren? Sie sperrten ihn nicht ins Irrenhaus, sondern gaben ihm das Geld des Volkes und ehren ihn als Retter in der Not!

Bundespräsident Heuß sagte in seiner Silvesterbotschaft: „Das oft zitierte Wort des großen Clausewitz, daß ‚der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln' sei, ist in seinem inneren Sinn zerbrochen, seit es den politisch manipulierbaren Krieg offensichtlich gar nicht mehr gibt: der Krieg wird durch die ihm heute innewohnende Vernichtungsmacht geradezu als Bankerotterklärung der Politik erscheinen müssen."

Nun erwidert man uns: Das ist doch unreal, die Menschen sind keine Engel, es wird immer Konflikte geben. Das sicher! Aber die uns auferlegte Frage ist, wie man in der heutigen, veränderten Welt Konflikte lösen kann! Wir stehen vor einem Scheideweg. Die einen fahren in den altgewohnten Gleisen weiter, ohne von der Veränderung der Welt Notiz zu nehmen: im Wettrüsten, im kalten Krieg, in der Vergiftung der internationalen Atmosphäre, im Teufelskreis des Mißtrauens und Hasses, in der Steigerung, ja Züchtung der Angstkomplexe, in der Anschwärzung unseres Nachbarn, der nun einmal unser Nachbar ist und der nun einmal 17 Millionen Deutsche in seiner Hand hat, als „Weltfeind Nr. 1", „Todfeind", „Aggressor", „untauglicher Vertragspartner", „das Böse an sich". Der intime Parteifreund des Bundeskanzlers, der Großbankier Pferdmenges,

sagte 1950, also vor der Koreakrise: „Ich sehe keine andere Lösung als Atombomben auf Moskau" („Welt ohne Krieg", 7. Jahrgang, Nr. 2, Würzburg).

Der indische Ministerpräsident Pandit Nehru macht sich andere Gedanken: „Es hat mich oft eigenartig berührt, daß die Welt über einen so großen Vorrat an gutem Willen verfügt und daß es trotzdem so viele Konflikte gibt ... Und ich frage mich: Wenn soviel guter Wille nicht nur im einfachen Volk, sondern auch in seinen Führern lebt, warum ist es nicht möglich, daß er sich vereinigt und zu einem Schatz an gutem Willen der ganzen Welt zusammenfließt? ... Der Friede kann allein durch Mittel des Friedens bewahrt werden. Ein Frieden, der sich auf Drohungen gründet, ist unstabil, besonders wenn die bedrohte Partei nicht schwach ist. Der Friede kann nicht in einer Atmosphäre der ständigen Kriegsvorbereitungen gedeihen. Auch ich leugne nicht die Macht der Waffen, aber ich glaube an die Existenz anderer und sehr wichtiger Kräfte, die nicht durch militärische Methoden wirken. Die internationale Haltung ist bisher viel zu sehr von der militärischen Betrachtungsweise beeinflußt worden. So denkt eine Armee, und das ist ihre Aufgabe. Aber der Politiker sollte die Dinge in einem größeren Zusammenhang sehen. Der Mensch zählt noch immer, trotz der Atombombe, und der Mensch ist schließlich das Zünglein an der Waage.

Gerade das Hineinziehen der Welt in zwei feindliche Lager beschleunigt den Konflikt, der damit vermieden werden soll. Es entwickelt sich eine Atmosphäre der Furcht, Furcht aber verfinstert den Geist der Menschen und führt ihn in die falsche Richtung. Es ist unsere Aufgabe, die Furcht zu vermindern und eines Tages endgültig zu zerstreuen. Das wird nicht möglich sein, wenn die Welt dauernd Partei ergreift und vom Kriege spricht. Gerade dadurch wird der Krieg zur Wirklichkeit."

Ein solcher Weg in die Zukunft erfordert freilich Mut, Gottvertrauen, Phantasie und wirklich „richtige Erkenntnisse". An seinem Anfang steht die Abkehr vom überholten militaristischen Spiel mit dem Feuer, steht ein neues Konzept für das künftige Zusammenleben der einen Menschheit trotz verschiedener Weltanschauungen und verschiedener politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ideen. Das neue Motto heißt: Miteinander, nicht Gegeneinander, Ergänzung, nicht Feindschaft der Völkergruppen. An seinem Anfang steht der unbeugsame Wille, Konflikte friedlich durch zähe Verhandlungen zu lösen, wozu eine einzige Verfassung auf der Erde, die indische, ihren Außenminister verpflichtet. An seinem Anfang steht auch die Einsicht, daß es heute noch, man höre und staune, Dinge gibt, die allen nützen und die man nicht ablehnen darf, weil sie auch dem Osten nützen.

So schnell und einfach allerdings, wie es unsere Gegner in Bonn gern von uns verlangen, sind die verwickelten Weltprobleme friedlich leider nicht zu lösen. Komplett und alle weitere Mühe sparend ist eine engültige Lösung nicht auf den Tisch des hohen Hauses zu legen. Das ist in der Politik nicht anders als in der Ehe, in der Familie, im Betrieb. Worauf es aber entscheidend ankommt, ist allein der unbedingte Wille, nur diesen friedlichen Weg zu gehen, ohne sich durch Rückschläge von ihm abbringen zu lassen. Wir müssen uns „zusammenraufen", nicht „auseinandersetzen", sonst werden wir uns auseinandersprengen und vernichten.

Der Bundeskanzler sagte im April im Bundestag: „Wir leben in einer grausamen Welt und in einem schrecklichen Zeitalter. Ich wünschte mir von ganzem Herzen, daß wir schon in einem Zeitalter der Entspannung wären." Die Aufrichtigkeit dieses Wunsches müßte durch Taten bewiesen werden! Es steht einem deutschen Bundeskanzler der Nachkriegszeit schlecht an, zu lamentieren über die „Grausamkeit der Welt" und die „Schrecklichkeit des Zeitalters", nachdem wir unser gerüttelt Maß dazu beigetragen haben und nun von neuem

beitragen wollen. Statt die Entspannung zu vergrößern und den kalten Krieg zu schüren, hätten gerade wir Beiträge zur Entspannung liefern oder wenigstens aufgreifen müssen, hätten wir mithelfen sollen, das erwünschte „Zeitalter der Entspannung" heraufzuführen. Es ist ein fundamentaler Unterschied zwischen einem Gerüstetsein und Vorbereitetsein auf Gefahren und einem Verhalten, das diese Gefahr erhöht.

Ist der Weg der Verständigung eine Illusion? Er ist viele Male mit Erfolg gegangen worden: Die Schweizer Kantone haben einst das Kriegsbeil begraben und sich zur Eidgenossenschaft zusammengeschlossen. Katholiken und Protestanten haben nach blutigen Kämpfen eingesehen, daß Glaubensunterschiede nicht durch gegenseitiges Töten aus der Welt zu schaffen sind. — Wer würde heute noch wagen, einen Glaubenskrieg zwischen den Konfessionen zu entfachen? Noch in meiner Jugend hörte ich auf den Straßen singen: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen!" — heute wäre ein Krieg mit Frankreich selbst für einen alten Deutschnationalen eine absurde Vorstellung. Wer einwendet, die heutige Frage unterscheide sich grundsätzlich von diesen früheren, denn damals seien ja auf beiden Seiten faire, vertragsfähige Partner gewesen, dem sei empfohlen, nachzulesen, was diese Partner voneinander gehalten haben. Was er da finden wird, ist zum Verwechseln ähnlich den heutigen Beschuldigungen auf beiden Seiten.

Dr. Basil Mathiopoulos

Afrika steht auf!

Die Unabhängigkeitsbestrebungen des Schwarzen Erdteils auf der Konferenz in Accra

Das Ergebnis des zweiten Weltkriegs war ein schreckliches Chaos, ein moralischer und materieller Ruin. In den 13 Jahren nach Kriegsende konnten sich Entwicklungen realisieren und Ideen reifen, die in den vergangenen Jahrhunderten wohl viele Kriege und jahrzehntelange geistige Auseinandersetzungen gebraucht hätten. Die Gestalt der Welt ist eine andere geworden. Neue Ideologien wurden verkündet, neue Systeme begründet, gebeugte Nacken haben sich aufgerichtet, neue Staaten entstanden, die Farben der Erdkarte haben eine andere Tönung erhalten. Der Kalte Krieg und das eifersüchtige Bemühen der beiden großen Gegenpole um die Erhaltung des Gleichgewichts der Kräfte hinderte den Menschen nicht, nach den Sternen zu greifen. Nicht die Sputniks und Explorer als solche sind das weltbewegende Ereignis, sondern daß der menschliche Geist über die Grenzen seiner Erdsphäre ins All hinausstößt und sich kompetent fühlt für Dinge, die bisher jenseits seiner Erkenntnis lagen.

Bei allen Neuerungen und Bestrebungen hat sich auf dem politischen Sektor eines klar herauskristallisiert: Das alte Europa spielt nicht mehr die Hauptrolle auf der weltpolitischen Bühne. Der Wahnsinn seiner Staatsmänner führte zu einem gegenseitigen Aufreiben der Kräfte in zwei Weltkriegen. Es verschwindet langsam aber stetig immer mehr hinter den Kulissen, wenn man es auch offiziell

nicht zugeben will. Wie die Spartaner im fünften vorchristlichen Jahrhundert die persischen Heere nach Hellas riefen, um Attika zu unterwerfen und in ihrer Engstirnigkeit nicht sahen, daß sie damit ihre eigenen Totengräber wurden, so riefen die Europäer Hilfe vom amerikanischen und asiatischen Kontinent, um die Lösung innerer Auseinandersetzungen zu beschleunigen, und machten sich dadurch zu Satelliten dieser Kontinente.

Das Ende des politischen Aufstiegs Europas bedeutet im beweglichen Rhythmus der Weltgeschichte nur eine Episode. Im fluktuierenden Kräftespiel der historischen Entwicklung scheint es ein Gesetz, daß das Schwergewicht der Kräfte zwischen dem Morgen- und Abendland hin und her pendelt. Die Zukunft gehört der farbigen Welt. 1,4 Milliarden Asiaten und 300 Millionen Afrikaner werden das neue Kapitel der Menschheit bestimmen. Die Konferenz in Bandung 1955 offenbarte in aller Deutlichkeit, daß die dynamischen Kräfte dieser Völker sich nicht mehr länger zurückdämmen lassen. Nichts kann mehr ihren ungestümen Eintritt in die Arena des Weltgeschehens und die Inanspruchnahme ihrer Rechte aufhalten oder verwehren. Ein Zurück in das Zeitalter der Domestiquen und der Einschätzung als zweitklassige Menschen wird es nicht mehr geben.

Von Bandung bis Accra

Beschäftigen wir uns mit den letzten wichtigen Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent: Am Ende des zweiten Weltkrieges gab es nur drei selbständige afrikanische Staaten: Äthiopien, Ägypten und Liberien. Im letzten Jahrzehnt konnten noch weitere fünf ihre Unabhängigkeit erlangen: Libyen, Marokko, Tunesien, Sudan und Ghana. Ihnen werden 1960 Nigerien und Somaliland folgen. Die Freiheit Algeriens, die am 28. April auf der Konferenz von Tanger von Tunesien und Marokko gefordert wurde, ist nicht mehr aufzuhalten.

Weittragende Beschlüsse für die Zukunft des schwarzen Erdteils wurden in Accra, der Hauptstadt Ghanas, auf einer Konferenz Mitte April von den Vertretern der acht selbständigen Staaten gefaßt. Es wurde eine Zentrale geschaffen, die alle Freiheitsbestrebungen der schwarzen Welt leitet, den nötigen Rückhalt gibt und von der alle Impulse für eine pan-afrikanische Zukunft ausgehen werden. Es wurde ein Gremium gegründet, das unabhängig von den Auseinandersetzungen zwischen Ost und West einen selbständigen Weg für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der farbigen Völker sucht. Accra zeigte in aller Deutlichkeit, daß auch in Afrika die Zeit der Kolonisation vor dem Ende steht. Zwar stehen noch Gebiete dieses Erdteils unter der Herrschaft Englands, Frankreichs, Belgiens, Portugals und Spaniens. Aber das afrikanische Selbstbewußtsein läßt sich nicht mehr länger an die Wand drücken. Accra war geradezu ein Meilenstein, eine gloriose Manifestation des Willens zur Freiheit. Dr. Kwame Nkrumah, der Regierungschef Ghanas, präzisierte das Herzensanliegen aller Afrikaner mit den Worten: „... es ist die Pflicht der unabhängigen Staaten Afrikas, die gänzliche Befreiung des Kontinents zu beschleunigen und selbst die letzte Bastion des Kolonialismus zu zerstören." Das mag zwar für manche Ohren unangenehm klingen, andererseits ist jedoch zu erwarten, daß sich das Verhältnis der afrikanischen Völker zum europäischen Festland dadurch mit der Zeit wandeln wird. Die bisherige Beibehaltung der kolonialistischen Afrikapolitik seitens Englands und Frankreichs hatte bei den Afrikanern nicht nur heftige Ressentiments gegen diese Staaten ausgelöst, sondern dadurch wurde von vornherein jede euro-afrikanische Annäherung im Keime erstickt. Ja, die anti-europäischen Affekte wurden sogar auf Länder übertragen, die

keine Kolonien haben wollen, z. B. Italien und das einst so beliebte Deutschland. Peter Grubbe hat kürzlich ausführlich in der „Welt" auf diese alarmierende Entwicklung hingewiesen. Auf die Gefährdung des Weißen, auf das Schwinden des westlichen Faktors in Afrika wies überzeugend der amerikanische Afrikaexperte John Gunther in seinem Buch „Inside Africa" hin. Während einer dreijährigen Reise kreuz und quer durch den afrikanischen Kontinent hatte er die vielschichtige Problematik dieses Erdteils studiert und kam zu dem Schluß, daß Afrika bereits zum größten Teil für den Westen verloren sei. Dies gelte selbst für jene Länder, die augenblicklich noch unter der Vormundschaft eines europäischen Staates stehen, nicht zuletzt wegen des kommunistischen Einflusses, dessen Akzent situationsgerecht auf der Parole „Antikolonialismus" liegt.

Die acht Teilnehmerstaaten kamen in Accra zu sehr wichtigen Beschlüssen: 1. Die afrikanischen Staaten sollen sich nicht in die Auseinandersetzungen der Großmächte verwickeln lassen, sondern eine Politik der Bündnislosigkeit verfolgen. 2. Sie verurteilen alle Formen des Kolonialismus und der Rassendiskriminierung. 3. Es wurde auch vor einer neuen Art Imperialismus gewarnt, der seine Pläne nicht nur durch militärische Machtmittel verwirklichen wolle, sondern der zur Erreichung seiner Absichten wirtschaftliche und ideologische Druckmittel benutze und durch Infiltration und geheime Agitationen die bestehende Ordnung zersetze. 4. Sie wandten sich an die Großmächte mit der Forderung, alle Atombombenversuche einzustellen und die gegenseitigen Streitigkeiten beizulegen. 5. Sie richteten einen scharfen Protest gegen die gerüchtweise verbreitete Absicht der Franzosen, in der Sahara Atombombenversuche durchzuführen. 6. Auf Vorschlag des Delegationsführers der „Vereinigten arabischen Republik", Außenminister Fauzsi, erklärten sich alle Anwesenden solidarisch mit den Freiheitskämpfern in Algerien und betonten, daß es auf der Welt nie Frieden geben wird, solange ein Kolonialismus wie in Algerien möglich sei. 7. Sie erklärten sich bereit, die palästinensischen Araber bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen. 8. Sie bekundeten ihre Übereinstimmung und ihr Vertrauen auf die Grundsätze der Charta der UNO. 9. Sie forderten die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes an alle noch unter Fremdherrschaft lebenden Völker. Unter anderem wurde der Zypernkonflikt als ein Charakteristikum für die Einstellung gewisser Regierungen bezeichnet. 10. Die auf der Konferenz zu Bandung gefaßten Beschlüsse wurden erneuert und befestigt. 11. Als ein Mittel zur Erreichung der Selbständigkeit der afrikanischen Welt wurde die allseitige Auswertung der überreichen Bodenschätze genannt. Es sei daher angebracht, von den Vereinten Nationen und anderen Weltwirtschaftsfaktoren Kredite anzunehmen, um den industriellen Aufbau der einzelnen Länder zu beschleunigen. Die Vertreter in Accra waren sich durchaus der ungeheueren Möglichkeiten bewußt, die in der afrikanischen Erde schlummern. Dies läßt sich durch eine kurze Skizzierung des afrikanischen Anteils an der Weltproduktion auf verschiedenen Gebieten veranschaulichen: Gold: 58,9 Prozent; Diamanten: 98,4 Prozent; Kobalt: 80,1 Prozent; Phosphate: 35,5 Prozent; Chromerz: 30,8 Prozent; Manganerz: 29,4 Prozent; Kupfer: 18,2 Prozent, und 15 Prozent an Zinn, Platin und Antimon.

Aus Vertretern sämtlicher Teilnehmerstaaten wurde ein gemeinsames Komitee gegründet, das die Belange der selbständigen afrikanischen Staaten vor der UNO wahren wird und das die Aufgabe hat, die Außenpolitik der jeweiligen Länder und die ausländischen Wirtschaftshilfen zu koordinieren. Dabei soll es unabhängig von westlichen oder östlichen Ambitionen handeln.

Einen besonders aktuellen Akzent erhielt die Konferenz in Accra durch die Anwesenheit M'Hammed Yazids, der die algerische „Front der nationalen Befreiung" (FLN) als Beobachter repräsentierte. Yazid forderte vom Kongreß wirksame Unterstützung zur Erreichung der algerischen Befreiung und Unabhängigkeit.

Algerische Exilregierung in Kairo?

Die Weltöffentlichkeit hatte sich kaum mit den Themen von Accra vertraut gemacht, da wurde bereits ein neuer Vorstoß für die Freiheit eines anderen afrikanischen Landes in Aktion gesetzt, nämlich die Konferenz in Tanger zwischen Vertretern Algeriens, Marokkos und Tunesiens. Zur Debatte stand die Gründung einer nordafrikanischen Föderation mit Einschluß Algeriens nach seiner Befreiung. Die „Vereinigte arabische Republik" und Lybien hatten Beobachter entsandt.

Die richtige Atmosphäre für eine solche Konferenz war schon Anfang April geschaffen worden, als man in Kairo des Jahrestages der Besetzung Algeriens durch französische Truppen 1830 durch große Kundgebungen gedacht hatte. In den Schulen und an den Universitäten wurden Vorträge über Algerien gehalten. Geldsammlungen wurden veranstaltet. Die Gewerkschaften kassierten z. B. von jedem Arbeiter einen Stundenlohn, und Präsident Nasser stellte ein Monatsgehalt zu diesem Zweck zur Verfügung. In den Feierstunden und in Presse und Rundfunk wurde wiederholt erklärt, daß es sich bei den Auseinandersetzungen in Algerien nicht um interne Streitigkeiten zwischen diesem Land und den Franzosen handele, sondern um eine Auseinandersetzung der arabischen Welt mit dem Imperialismus, dessen Repräsentant Frankreich sei.

In Tanger wurde ganz korrekt von der Bildung einer algerischen Exilregierung gesprochen, die voraussichtlich schon in Kürze in Kairo ihren Sitz aufschlagen wird. Sie wird von Vertretern der „algerischen Befreiungsfront" (FLN) gebildet, die sich nach bisherigen Informationen bereit erklären werden, mit Paris über die Zukunft Algeriens zu verhandeln. Interessant ist, daß sowohl König Mohammed V. von Marokko als auch der tunesische Staatschef Habib Bourguiba die Einberufung der Konferenz begrüßten und Vertreter der Regierungsparteien ihrer Länder nach Tanger schickten. Die tunesischen Delegierten mahnten ihre algerischen Kollegen, das französische Angebot freier Wahlen unter internationaler Kontrolle anzunehmen, falls die UNO alle Garantien für eine gerechte Durchführung und für die Respektierung des Ergebnisses übernehmen werde.

Ein anderer Punkt der Tagesordnung in Tanger war der Abzug sämtlicher französischen Streitkräfte aus Tunesien und Marokko. Wie in Accra, wurde auch in Tanger eine gemeinsame Aktion und gegenseitige Beratung vordringlich in der Algerienfrage beschlossen, besonders in Hinsicht auf die angekündigte Gründung der Exilregierung. Welche Rückwirkungen die Konferenz in Tanger auf die internationale Diplomatie hat und noch haben wird, geht aus der Erklärung des amerikanischen Außenministers Dulles hervor, der sagte, er sei sich bewußt, daß eine Regelung der Alerienfrage sehr notwendig sei. Jedoch mache er den einschränkenden Zusatz, daß die lebenswichtigen Interessen Frankreichs in Nordafrika gewahrt werden müßten.

Wie die westliche Welt auf die aufgezeigten Entwicklungen in Afrika reagiert und stets reagieren sollte, zeigte sich einige Tage nach Abschluß der Konferenz, als der nigerische Finanzminister Festus Okoti-Esoh in Washington ein Anleiheabkommen mit der Weltbank unterzeichnete, das in der Höhe von 28 Millionen Dollar zum Aufbau der nigerischen Eisenbahn bestimmt ist.

Von den gleichen Motiven sind die Freiheitsbestrebungen getragen, die zur gleichen Zeit außerhalb der Konferenz von Accra laut wurden: in Algerien und auf Zypern.

Abgesehen von den unmißverständlichen Forderungen der Freiheitskämpfer, haben die Entwicklungen in Frankreich und die Machtübernahme De Gaulles den Streit um Algerien wieder in den Vordergrund des Weltinteresses gerückt. Schon Ende April bereitete die „algerische Befreiungsfront" FLN die Gründung einer algerischen Exilregierung mit dem Sitz in Kairo vor. Der Versuch De Gaulles nach der Machtübernahme, die Algerier durch die Ankündigung von allgemeinen Wahlen mit gleichem Stimmrecht und den Status Algeriens als selbständiges Departement innerhalb der französischen Union zu beruhigen, mißlang, denn nach wie vor beharren diese auf ihrer Forderung nach vollständiger Unabhängigkeit. Das Trostpflästerchen einer halben Lösung, wie sie Paris anstrebt, würde also keineswegs den Frieden in Nordafrika wieder herstellen.

Zypern, das heiße Eisen im östlichen Mittelmeer

Während sich die Lage in Afrika meist zugunsten der unterdrückten Völker entwickelte, warten die Bewohner Zyperns seit vier Jahren vergeblich auf eine Beilegung des Konfliktes und die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts. Nicht die Reibereien zwischen der türkischen Minderheit (17 %) und der griechischen Bevölkerung sind der Hemmschuh für den Frieden, sondern uneingestandene koloniale Interessen Londons, das nach dem Grundsatz „Divide et impera" sich als Machtfaktor im Mittleren Osten behaupten möchte. Als Initiatoren der Ausschreitungen der türkischen Minderheit, die in diesen Tagen erneut vorkamen, sind nach den Ausführungen des ehemaligen australischen Außenministers Evatt vor Pressevertretern auf Zypern die britischen Kolonialbehörden der Insel zu betrachten, die unter allen Umständen die Welt überzeugen wollen, daß ein Abzug der englischen Truppen einen griechisch-türkischen Krieg verursachen würde.

Das Foreign Office versucht seine Stellung zu behaupten, indem es die Zyprioten mit dem Plan einer „Selbstregierung" abfertigt, gleichzeitig aber das geforderte Selbstbestimmungsrecht verweigert unter dem Hinweis, dies würde zur Teilung der Insel führen, die andererseits von den Türken unnachgiebig verlangt wird. Die griechische Widerstandsbewegung EOKA würde eine Beibehaltung des Kolonialregimes nicht dulden. Die türkischen Ausschreitungen haben die griechische Regierung inzwischen veranlaßt, sich an den ständigen Rat der NATO in Paris zu wenden, und der griechische Delegierte betonte, daß die Briten nicht mehr in der Lage seien, Frieden und Ordnung auf der Insel wiederherzustellen. Das gleiche wurde in einem Schreiben an den Generalsekretär der UNO, Dag Hammarskjöld, vertreten, in dem die UNO aufgefordert wurde, die Initiative zu ergreifen. Der Ständige Delegierte Griechenlands bei der UNO hat in einem Brief an den Präsidenten des Weltsicherheitsrates die Türken als das Gefahrenmoment im östlichen Mittelmeer bezeichnet, und die Athener Regierung hat sich den Schritt vorbehalten, die Zypernfrage vor den Weltsicherheitsrat zu bringen. Allgemein wird der Wunsch ausgesprochen, die UNO solle wie im Fall Libanon eine Delegation nach Zypern schicken, die als übernationale Instanz den Streitfall beilegen würde.

Im Schnittpunkt der Ereignisse: Nasser

Aus dem Zentrum der vielgestaltigen Bestrebungen des erwachenden Afrika wächst immer deutlicher die Persönlichkeit eines Mannes hervor, dessen Einfluß mitentscheidend für die kommenden Entwicklungen in Afrika sein wird:

Präsident Nasser. Er hat in den letzten Monaten wiederholt bewiesen, daß er nicht nur der Repräsentant des arabischen Nationalismus ist, sondern auf der politischen Weltbühne die Interessen des schwarzen Erdteils vertritt. Er konnte in fünf Jahren seinem Land Erfolge schenken, die die Monarchie in 150 Jahren nicht erreicht hatte. Nach dem erfolgreichen Durchkämpfen der Suezkrise konnte er in zwei Jahren seine Macht und sein Prestige festigen. Nach der Errichtung der „Vereinigten arabischen Republik" durch den Zusammenschluß Ägyptens mit Yemen und Syrien ist sein Ziel die Schaffung einer panarabischen Vereinigung, verbunden mit der Gründung einer Föderation mit den benachbarten afrikanischen Ländern, selbstverständlich unter seinem Einfluß und unter seiner Führung. Er ist sich bewußt, daß eine solche Politik nur Erfolg haben wird, wenn er sich von jeder westlichen und östlichen Beeinflussung bewahren kann. Nasser hatte es in den beiden letzten Jahren wegen der Auseinandersetzungen mit England einerseits und Frankreich andererseits bestimmt nicht leicht, sein politisches Schifflein im rechten Kurs zu halten, und im Augenblick hat es den Anschein, als sei die ägyptische Außenpolitik kreml-freundlich orientiert. Nassers Lehrmeister in dieser verzwickten Lage könnte Tito gewesen sein. Wie diesem, ist es auch ihm gelungen, eine befriedigende politische Ausgleichskomponente zu finden. Auf die Ankündigung Nassers, er werde der ehemaligen Suezgesellschaft für die wegen der Verstaatlichung entstandenen Verluste eine Entschädigung zahlen, antwortete die Weltbank mit der Bereitschaft, die Finanzierung des Ausbaus des Suezkanals zu übernehmen. Mit diesem Erfolg in der Tasche, trat Nasser seine Reise nach Moskau an. Mit gestärktem Selbstbewußtsein führte er wichtige Besprechungen und konnte auch über die Gewährung eines Aufbaukredits für die Industrialisierung seines Staates verhandeln, der ihm ohne politische Bedingungen in der Höhe von 750 Millionen Rubel gewährt wurde. Der Plan Nassers ist offensichtlich, die beiden Gegenpole in gegenseitige Rivalität zugunsten der arabischen Welt einzuspannen. Während Nasser noch in Moskau weilte, unterzeichnete sein Finanzminister in Bonn am 7. Mai ein Wirtschaftsabkommen mit der Bundesrepublik, nach dem diese 400 Millionen DM als Kredite für die Industrialisierung der Vereinigten arabischen Republik zur Verfügung stellen wird.

Die sowjetische Rubeloffensive hat im arabischen und afrikanischen Raum großzügige Ausmaße angenommen. Eine der Folgen war die Einladung der Sowjetunion zur afro-asiatischen Konferenz in Kairo Ende letzten Jahres. Dies war um so auffallender, als Moskau zur gleichen Konferenz in Bandung 1955 keine Einladung erhalten hatte. Es fragt sich nunmehr, ob Washington lediglich als Zuschauer diese Geschehnisse registrieren wird, oder ob es in gleichem Maße eine Dollaroffensive starten wird.

Die Tagung in Accra, die Entwicklungen in Algerien und auf Zypern haben bewiesen, daß die Völker erwacht sind und zielbewußt und unnachgiebig ihren Weg gehen werden. Die noch existierenden kolonialen Formen sind ein rudimentärer Bestandteil überholter Zeiten. Wer die Freundschaft dieser Völker gewinnen und einen wahren Beitrag zur Förderung der Menschheit leisten will, der soll, sei er nun westlich oder östlich orientiert, unter wirtschaftlichen Aspekten und unter Anerkennung der politischen Realitäten diesen hoffnungsvollen Staaten unter die Arme greifen, denn das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen!

Dr. Gerhard Caemmerer

Die Auseinandersetzung über das Hamburgische Gesetz betreffend die Volksbefragung

I.

1. Die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg beschloß ein Gesetz betreffend die Volksbefragung über Atomwaffen, das am 9. Mai 1958 verkündet wurde (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt S. 141). Hiernach sollten die Wahlberechtigten am 8. Juni 1958 folgende Fragen beantworten:

a) Sind Sie für eine Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen?

b) Sind Sie für eine Lagerung von Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik?

c) Sind Sie für die Errichtung von Abschußbasen für Atomraketen im Gebiet der Bundesrepublik?

Eine ähnliche Volksbefragung auf gesetzlicher Grundlage ist in Bremen sowie in Hessen vorgesehen, nachdem der Deutsche Bundestag am 25. März 1958 die Anträge der Oppositionsparteien abgelehnt hatte, die Bundesregierung zu ersuchen, auf die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten und anzustreben, daß in keinem Teil Deutschlands Atomwaffen gelagert oder Atomwaffenanlagen errichtet werden.

Am 16. Mai beantragte die Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, das Hamburgische Gesetz betreffend die Volksbefragung über Atomwaffen für nichtig zu erklären, nachdem sie bereits am 12. Mai 1958 beantragt hatte, die Ausführung des Gesetzes nach § 32 Bundesverfassungsgerichtsgesetz bis zur Entscheidung in der Hauptsache auszusetzen.

Dieser Antrag auf eine einstweilige Anordnung wurde von der Bundesregierung wegen des nahen Termines für die Volksbefragung in Hamburg gestellt, da sich absehen ließ, daß das Bundesverfassungsgericht wahrscheinlich vor dem vorgesehenen Termin über die Hauptsache noch nicht entschieden haben werde. Es wurde sogar beantragt, die einstweilige Anordnung ohne mündliche Verhandlung zu erlassen.

2. Das Bundesverfassungsgericht entschloß sich jedoch, eine mündliche Verhandlung über die beantragte einstweilige Anordnung durchzuführen und verkündete nach dieser vorangegangenen mündlichen Verhandlung am 27. Mai 1958 — den Anträgen der Bundesregierung insoweit folgend — durch Urteil, daß die Durchführung der auf 8. Juni 1958 anberaumten Volksbefragung bis zur Entscheidung über die Vereinbarkeit dieses Gesetzes mit dem Grundgesetz ausgesetzt wird.

Hat auch das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung betont, daß die einstweilige Anordnung keinen endgültigen und irreparablen Zustand für Hamburg schaffe und insbesondere — auch im Effekt — die Entscheidung in der Hauptsache nicht vorwegnehme, so stellt sich doch die Frage, ob dies auch im politischen Bereich gilt. Das Bundesverfassungsgericht scheint dies zu verneinen, denn in der Entscheidung kommt zum Ausdruck, daß „nicht zu befürchten" sei, daß eine Verschiebung der Volksbefragung ihren Ausgang beeinflussen wird. Hier bestehen jedoch erhebliche Bedenken, denn sicherlich kann ein verfassungsgerichtliches Verfahren nicht ohne Rückwirkung auf die Stimmberechtigten bleiben, die jedenfalls nicht in gleicher Weise unbefangen ihre Stimme abgeben werden, wenn die Volksbefragung auf Grund eines Urteiles des Bundesverfassungsgerichtes stattfinden kann, das sich mit dem Für und Wider einer solchen

Volksbefragung auseinandergesetzt hat und notwendig dazu führen muß, primär politische Leitgedanken zu verrechtlichen. Hier handelt es sich bekanntlich um ein Phänomen, welches auch in anderem Zusammenhang den Entscheidungen eines obersten Verfassungsgerichtes anhaftet.

II.

Im Hauptverfahren über die Verfassungsmäßigkeit des Hamburgischen Gesetzes stehen sich folgende Auffassungen gegenüber:

1. Die Bundesregierung hält das Gesetz für verfassungswidrig, weil schon aus der Fragestellung des Hamburgischen Gesetzes der Sache nach Verteidigungsfragen und — da gerade Verteidigungsfragen nur im Zusammenhang mit den insoweit verbündeten Staaten der freien Welt abgeschlossenen Verträgen gesehen werden könnten — auswärtige Angelegenheiten betroffen werden. Verteidigung und auswärtige Angelegenheiten gehörten aber nach Art. 73 Ziff. 1 Grundgesetz zur ausschließlichen Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes, so daß eine gesetzgeberische Tätigkeit der Länder ohne bundesgesetzliche Ermächtigung ausgeschlossen sei (Art. 71 GG). Andererseits ergäbe sich auch aus dem Rechtscharakter der den Gegenstand der Befragung bildenden Maßnahmen — Ausrüstung der Bundeswehr, Lagerung von Atomwaffen und Errichtung von Abschußbasen für Atomraketen im Bundesgebiet, — daß es sich hier grundsätzlich um Angelegenheiten der Bundesexekutive handele.

Im übrigen wird das Institut einer Volksbefragung als mit dem Prinzip der repräsentativen Demokratie unvereinbar angesehen. Obgleich die befragte Volksmeinung keine unmittelbare Rechtswirkung zeitigen könne, würde doch der Wille des Volkes, mit dem Apparat des Staates von allen wahlberechtigten Bürgern erfragt, nicht nur politisch-moralisch wirken, sondern plebiszitäre Folgen haben, zumindest auf dem Umwege der Unterrichtung der Landesregierung für ihre Haltung im Bundesrat. Die plebiszitäre Ausübung der Staatsgewalt durch das Volk sei im Grundgesetz (abgesehen von den Wahlen) bewußt auf die Fälle der Art. 29 und 118 — nämlich Neugliederung des Bundesgebietes — beschränkt worden. Auch insoweit die Länderverfassungen in größerem Maße als der Bund Einrichtungen der unmittelbaren, also plebiszitären Demokratie eingeführt hätten, handle es sich ebenfalls um eine abschließende Regelung, die keine entsprechende Anwendung auf andere Angelegenheiten dulde.

2. Demgegenüber begründet die Freie und Hansestadt Hamburg die Verfassungsmäßigkeit ihres Gesetzes betreffend die Volksbefragung über Atomwaffen wie folgt:

Das Gesetz erschöpfe sich darin, daß die Abstimmungsergebnisse ähnlich wie Wahlergebnisse zusammengestellt und dem Senat zwecks weiterer Auswertung übermittelt würden. Es könne daher nicht mit dem Institut des echten Plebiszits gleichgestellt werden, solle vielmehr lediglich Auskunft über die Einstellung der hamburgischen Bevölkerung zu den Fragen der Atomrüstung geben. Diese Fragen seien jetzt auf Landesebene aktuell geworden, nachdem der Bundeskanzler noch auf dem CDU-Parteitag am 13. Mai 1957 in Hamburg und in der St.-Pauli-Markthalle am 6. September 1957 zugesichert habe, daß die Frage der Atombewaffnung der Bundeswehr erst in mehr als zwei Jahren akut würde. Obgleich der Senat bei seinen Entscheidungen auf Bundesebene in der Atomwaffenfrage allein seine und der Bürgerschaftsmehrheit Auffassung zugrunde legen könne, wolle er doch gerade aus demokratischem Verantwortungsgefühl auch die derzeitige Auffassung der hamburgischen Bevölkerung in dieser Lebensfrage des deutschen Volkes unmittelbar ermitteln.

Da das Gesetz die Bewaffnung der Bundeswehr nicht verbindlich regeln könne, werde in die ausschließliche Gesetzgebung des Bundes überhaupt nicht eingegriffen. Rechtlich stehe die Volksbefragung vielmehr auf einer Linie mit auch schon früher vorgenommenen Enqueten, Volkszählungen und anderen statistischen Erhebungen. Da es sich also lediglich um einen Unterfall der statistischen Erhebung für Landeszwecke handle, insoweit aber die Gesetzgebung nach Art. 70 GG grundsätzlich den Ländern zustehe, werde die Zuständigkeit des Bundes aus Art. 73 Nr. 11 GG (Statistik für Bundeszwecke) nicht in Frage gestellt. Das Landesvolk von Hamburg werde als solches, nicht aber als Teil des Bundesvolkes befragt.

Die Auffassung der hamburgischen Bevölkerung zur Frage der Atomrüstung solle auch archivarisch festgehalten werden und der Nachwelt überliefert werden. Die hamburgische Landesregierung müsse es für sich in Anspruch nehmen, die Meinung der Bevölkerung zu ermitteln, um sie für ihre Willensbildung als Mitglied des Bundesrats gebührend zu berücksichtigen. Diese Willensbildung auf der Landesebene müsse aber von der eigentlichen Mitwirkung des Landes auf Bundesebene, d. h. Willensbetätigung im Bundesrat durch Abstimmung, unterschieden werden. Aber selbst die interne Willensbildung der Landesregierung sei völlig unabhängig von der Mitwirkung der Bevölkerung, so daß dem Ergebnis einer Volksbefragung auch als Element der Vorbereitung einer Stimmabgabe im Bundesrat eine verbindliche Wirkung nicht zukomme. Da durch das hamburgische Gesetz über eine Volksbefragung die Grundsätze des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates, die gem. Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GG auch für die verfassungsmäßige Ordnung auf der Landesebene gelten, nicht verletzt würden, könne die Zulässigkeit einer landesrechtlich angeordneten Volksbefragung nur nach der Landesverfassung beurteilt werden und folglich nur vom hamburgischen Verfassungsgericht entschieden werden.

III.

Bei diesem Streitstand des Hauptverfahrens hat der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichtes unter Vorsitz des Stellvertreters des Präsidenten, Dr. K a t z, die beantragte einstweilige Anordnung erlassen und dies u. a. damit begründet, daß vor dem Termin am 8. Juni 1958 eine Entscheidung in der Hauptsache noch nicht getroffen werden konnte, weil dem Gericht die zur gewissenhaften und umfassenden Prüfung erheblicher Rechtsfragen erforderliche Zeit fehle, und es gerade in einem solchen Fall nicht angängig wäre, den Erlaß einer einstweiligen Anordnung von etwas Ungewissem, von einer summarischen Abschätzung der Erfolgschancen in der Hauptsache abhängig zu machen. Denn es müsse grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß, wenn verfassungsrechtliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundesverfassungsorganen oder zwischen dem Bund und einem Land sich zu einem Streit vor dem Bundesverfassungsgericht verdichten, der Ausgang des Hauptverfahrens so sehr „offen" sei, daß von einer „Unhaltbarkeit" der einen oder anderen Rechtsauffassung nicht die Rede sein könne, und zwar auch in der Frage der Justiziabilität. Nur wenn die Entscheidung über die Hauptsache ganz offensichtlich nicht in die Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichtes fiele, oder wenn die in der Hauptsache begehrte Feststellung unzulässig oder offensichtlich unbegründet sei, dürfe eine einstweilige Anordnung nicht ergehen. Da nach § 32 Abs. 1 Bundesverfassungsgerichtsgesetz eine einstweilige Anordnung zur weiteren Voraussetzung hat, daß sie zur Abwehr schwererer Nachteile, zur Verhinderung drohender Gewalt oder aus einem anderen wichtigen Grunde zum allgemeinen Wohl dringend geboten ist, mußte sich das Gericht auch mit diesen Fragen auseinandersetzen. Einen drohenden schweren

Nachteil für das gemeine Wohl sieht das Gericht in der Tatsache, daß eine Volksbefragung auf Grund eines Gesetzes, dessen Rechtsgültigkeit in der Öffentlichkeit hart umstritten und dessen Verfassungsmäßigkeit Gegenstand eines beim Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahrens ist, die Befragten möglicherweise verwirren und das Ergebnis der Volksbefragung verfälschen könne. So müsse damit gerechnet werden, daß im politischen Kampf um die Stimme der Abstimmungsberechtigten das Argument der Verfassungsmäßigkeit oder Verfassungswidrigkeit ebenso wie etwa ungerechtfertigte Schlußfolgerungen aus einer Ablehnung der beantragten einstweiligen Anordnung eine nicht unerhebliche Rolle spielen könnten. Von derartigen Erwägungen müsse die Auseinandersetzung frei gehalten werden. Auch mit dem Ansehen des Bundesverfassungsgerichtes, dem das Grundgesetz den Schutz der Verfassung in einer Weise anvertraut habe, daß es bei verfassungsrechtlichen Meinungsverschiedenheiten rechtzeitig und wirkungsvoll einschreiten könne, sei es unverträglich, wenn seine endgültige Entscheidung an einer vollendeten Tatsache nichts mehr zu ändern vermöchte. Sei nämlich die Volksbefragung in Hamburg erst einmal durchgeführt, so könne eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes daran nichts mehr ändern. Das Gesetz, das die Grundlage für eine einmalige, nicht wiederholbare Maßnahme abgeben soll, hätte damit seinen Zweck erfüllt und könnte auch nicht mehr durch eine — möglicherweise im Sinne des Antrages der Bundesregierung ergehende Entscheidung des Gerichts rückgängig gemacht werden, denn dann habe vielmehr die Abstimmung ihr politisches Gewicht sofort zur vollen Geltung gebracht.

Demgegenüber schaffe die einstweilige Anordnung keinen endgültigen Zustand für Hamburg, sondern bringe allenfalls eine zeitlich begrenzte Verschiebung der Volksbefragung mit sich, falls das Bundesverfassungsgericht entscheiden sollte, daß ihrer Durchführung verfassungsrechtliche Hindernisse nicht entgegenstehen.

IV.

1. Man muß es bedauern, daß der Rechtsstreit vor dem Bundesverfassungsgericht — offenbar sowohl von seiten der Bundesregierung als auch der Freien und Hansestadt Hamburg — so verhalten geführt wird, daß von der Sache selbst, nämlich den von den Stimmberechtigten zu beantwortenden schicksalhaften Fragen und ihrem Anlaß, wenig zu vernehmen ist. Denn es scheint nur um die abstrakte Auslegung des Begriffes „Volksbefragung", „repräsentative Demokratie" und andere verfassungsrechtliche Begriffe an sich zu gehen.

Was nützt beispielsweise die Konvention zum Schutz der Menschenrechte, die auch in der Bundesrepublik unmittelbar geltendes innerstaatliches Recht ist, was nützt das dort verbriefte Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, wenn dem Bürger in der Stunde der Entscheidung versagt ist, seine Meinung in nicht überhörbarer Weise zu äußern, zu äußern gegenüber denjenigen, die nach der Verfassung berufen sind, die endgültige Entscheidung selbst zu treffen! Bei so unmittelbaren individuellen Rechten, wie sie in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte verbrieft werden, kann dem Bürger nicht zugemutet werden, mit seiner Meinungsäußerung solange zuzuwarten, bis wieder Wahlen zum Bundestag oder zu den Länderparlamenten anstehen. Er muß diese Meinung vielmehr gerade in einem verfassungsrechtlichen System, welches grundsätzlich plebiszitäre Elemente mit unmittelbar entscheidender Wirkung nicht kennt, jederzeit äußern können. Um eine solche Äußerung in demokratischer Form zu ermöglichen, ist die einer Wahl ähnliche Abstimmung durch geheime Stimmabgabe das geeignete Mittel.

2. Die Bundesregierung stützt sich in ihrem Sachvortrag des Hauptverfahrens u. a. auch auf das Rechtsgutachten des Bundesministeriums des Innern und der Justiz zur Frage der Verfassungsmäßigkeit von Volksbefragungen. In diesem Gutachten wird namentlich die Stellungnahme des Abgeordneten Dr. Katz — also des heutigen Vorsitzenden des zur Entscheidung in der Hauptsache berufenen 2. Senates des BVG — im parlamentarischen Rat zum Herrenchiemsee-Entwurf des Grundgesetzes herausgestellt. Der Abgeordnete Katz hatte seinerzeit in der Einschaltung eines Volksentscheides zur Annahme des Grundgesetzes die Gefahr einer völlig risikolosen Propaganda der negativen Kräfte, die nur der Sammlung dieser Kräfte dienen könnte, ohne ihnen auch nur den geringsten Schaden zu bringen, gesehen. Gegen einen Antrag der Zentrumsfraktion, dem Volk das Recht zu geben, ganz allgemein in den entscheidenden Fragen durch Volksabstimmung seine Meinung kundzutun, wandte der Abgeordnete Katz seinerzeit ein, daß in der repräsentativen Demokratie die Gesetzgebung normalerweise durch die Parlamente durchgeführt und ein Volksentscheid über ein Gesetz nicht herbeigeführt werden solle, denn es sei unpraktisch, in den jetzigen aufgeregten Zeiten derartige Zweifelsfragen zum Gegenstand großer Debatten zu machen. In einer repräsentativen Demokratie würden die Abgeordneten dazu gewählt, um die Entscheidungen zu treffen und durchzukämpfen.

Sieht auch das Bundesverfassungsgerichtsgesetz (§§ 18, 19 BVGG) in den denkbaren Interessen des Richters am Ausgang des Verfahrens auf Grund seiner Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder aus einem ähnlichen allgemeinen Gesichtspunkt oder in der Mitwirkung im Gesetzgebungsverfahren keine Gründe, die zu einer Ausschließung von der Ausübung des Richteramtes oder auch nur Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit führen zu können, so muß es doch zu Bedenken Anlaß geben, daß überhaupt der Versuch unternommen werden kann, einen Richter des obersten Verfassungsgerichtes in eine Konfliktsituation — wenn auch nur scheinbar — zu früheren eigenen Äußerungen im Gesetzgebungsverfahren zu stellen, die unter Umständen auf die wünschbare freie Beratung und Entscheidung des Senates von Einfluß ist.

3. Dies um so mehr, als die damalige Meinung des Abgeordneten Katz ein ganz anderes Gebiet betraf:

Dort ging es um den Streit, ob an Stelle des Parlamentes in gewissen Fällen das Volk in der Lage sein soll, sich durch unmittelbare Abstimmung ein Gesetz zu geben oder nicht zu geben.

Hier kann die Volksbefragung in den Ländern auch von den Ländern anerkanntermaßen diesen Erfolg gar nicht haben. Es handelt sich wirklich nur um eine Meinungsbefragung einer das Leben und die Existenz eines jeden Mitbürgers betreffenden Frage. Die Länderregierungen wollen in ihrem Bereich hören, wie das Volk über eine Maßnahme denkt. Die Meinungsbefragung mag ausgehen wie sie will — eine unmittelbare gesetzliche Folge kann sie nicht haben. Sie kann deshalb in die Zuständigkeit des Bundes in keiner Weise eingreifen. Eine solche Volksbefragung stand damals — als das Grundgesetz beraten wurde — überhaupt nicht zur Debatte, und was der Abgeordnete Katz damals äußerte, betraf also etwas ganz anderes. Dennoch ist es bezeichnend für die Argumentation der Bundesregierung, daß sie versucht, den jetzigen stellvertretenden Präsidenten des Verfassungsgerichtes scheinbar auf seine politische Meinung in der Angelegenheit festzulegen.

V.

Es ist doch auch in diesem Verfahren auffallend, welche Furcht die Bundesregierung vor diesen Volksbefragungen hat. Da sie ganz sicher die Gesetzgebung des Bundes nicht beeinflussen können — auch die Politik unmittelbar nicht —

könnte es der Bundesregierung doch nur recht sein, zu hören, wie das Volk in seiner Mehrheit diese Frage beurteilt. Denn schließlich fällt ja die Entscheidung von der Bundesregierung, die im wesentlichen von einer einzigen Partei getragen wird.

Inwieweit also Parteidisziplin und Fraktionszwang die Abstimmung im Parlament beeinflussen, mag dahingestellt bleiben. Damit, daß die Mehrheit des Parlamentes sich für die Lösung, wie die Bundesregierung sie vorschlägt, entschieden hat, ist gar nicht gesagt, wie die Wählermassen eintscheiden würden. Das aber soll gerade — wenigstens teilweise — erkundet werden.

Warum hat die Bundesregierung vor dieser Erkundung so offensichtliche Furcht und Angst? Das ist die Frage, die man stellen muß. Sie zu beantworten, ist eine Kleinigkeit:

Die Bundesregierung fürchtet, daß die Mehrheit des Volkes diese Politik nicht billigt — auch die Mehrheit der Wähler der CDU. Und wenn das auch kein juristisches Faktum wäre: es wäre ein politisches. Eine Bundesregierung aber, die im Einklang mit der Überzeugung der meisten unserer Mitbürger sein will, würde sie — auch wenn sie ihre eigene Entscheidung nicht billigen würde — begrüßen. Freilich: die bedenklich sich entwickelnde „Einheit von Partei und Staat" würde dadurch ebenso offen gelegt wie andererseits der Zwiespalt zwischen einem großen Teil der CDU-Wähler und den CDU-Abgeordneten.

Das mit juristischen Konstruktionen und Spitzfindigkeiten zu verhindern, ist der Sinn des Klageverfahrens der Bundesregierung. Möge die vorläufige Entscheidung kein Anfang für den schließlichen Erfolg der Bundesregierung auf dem Wege sein, die freie Meinungsermittlung des Volkes zu verhindern!

Dr. Hermann Etzel

Politisches Planetarium

Ende eines Traumes — Der Westen und die farbige Welt — Dilemma der US-Politik

Die Vereinigten Staaten sind die Nutznießer einer zweimaligen Selbstzerfleischung Europas. Nur durch diese erreichte ihre internationale Stellung in meteorenhaftem Aufstieg eine Höhe, die sie, im vermeintlichen Alleinbesitz der Atombombe, die Übernahme der Weltführung erhoffen ließ. Der enorme Traum ist verflogen, ihre strahlende Weltgeltung hat eine ernste Einbuße erlitten und wird von dem riesigen Machtschatten des Ostens verdunkelt. Heute müssen sie eine unter russisch-chinesischer Initiative und Führung heraufziehende koexistentielle Zusammenarbeit Gesamteuropas, Asiens und Afrikas befürchten. Voll Unruhe erleben sie den stürmischen Fortgang des nationalistischen Erwachens der farbigen Völker und deren das kapitalistische System wahrscheinlich nicht zulassenden Eillauf zu Technik, Industrialisierung, geologischer Erschließung, höherem Lebensstandard und sozialer Umwälzung. Mit Sorge verfolgen sie die wachsende Abneigung und Gegnerschaft Lateinamerikas gegen den Yankeeismus, die auch bei Nixons Werbebesuch so derb und unverblümt

zutagegetreten sind. Ihre ursprünglichen Hoffnungen, in die durch die kolonialistische Liquidation freiwerdenden Räume machtpolitisch eindringen zu können, zerrinnen. Der von ihnen erfundene, unter kostspieligen, gefährlich inflatierenden Aufwendungen geführte Kalte Krieg hat sich abgenützt und erschöpft und eine dem erwarteten Ergebnis entgegengesetzte Wirkung gehabt. Die Völker sind seiner und der überwiegend militärpolitisch gerichteten Blockbildung überdrüssig.

Die gegen den Osten aufgebaute, auf Atlantik-, Bagdad- und Manilapakt, SAC-Bomberkommando, Eisenhowerdoktrin und Sechste Flotte gegründete Einkreisungsfront zerbröckelt unter dem Druck des wissenschaftlich-technischen Vorsprungs des Ostens, seiner unaufhaltsamen wirtschaftlichen Expansion, der Atomangst und Friedenssehnsucht der Weltöffentlichkeit, der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten von Natostaaten und der Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze zwischen ihnen. In Algerien, Tunis, Marokko und der Sahara intrigiert Washington mit London gegen Frankreich. Im Vorderen Orient mußte es sich gegen das Suezabenteuer seiner Verbündeten wenden. Jetzt umbuhlen Amerika und England den in Moskau umjubelten Präsidenten der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Nasser, förderten sie eine für Ägypten vorteilhafte Regelung der Abfindung der Kanalgesellschafter, gaben die ägyptischen Guthaben frei, veranlaßten die Weltbank zur Hergabe eines namhaften Kredits zur Erweiterung und Vertiefung des Kanals und wünschen Nasser zu Besuch. Wenn die Sowjetunion die arabischen Staaten in ihrem Befreiungskampf offen unterstützt, so ist der Westen bereit, dies heimlich zu tun, denn das Öl und der Kreuzungspunkt des Weltverkehrs am Roten Meer und bei Kuwait sind arabisch.

Zwar scheint das Arabertum in seinem Verhältnis zum Osten oder Westen noch gespalten, gehört Irak dem nicht nur von der Kairogruppe und Saudarabien bekämpften Bagdadpakt an und haben Jordanien und der islamisch-maronitische Libanon sowie anfangs auch Saudarabien die Eisenhowerdoktrin angenommen. Aber der scheinbar westliche Standort einzelner dieser Länder entspricht nicht dem Willen der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerungen. Selbst in dem zur Hälfte uniiert-katholischen Libanon ist das jüngst deutlich geworden. „Der arabische Nationalismus und die antiwestliche Gesinnung wirken im Nahen Osten über alle Grenzen hinweg. Gerade das macht die westlichen Bemühungen um den Bau eines Schutzwalls von Bündnissen so irreal. Eine Regierung, die ein Bündnis mit dem Westen eingeht, wird dadurch nur geschwächt. Sie setzt sich dem Vorwurf aus, die Kolonialisten zu unterstützen. Der Nationalismus ist die bei weitem stärkste Triebkraft im Nahen Osten" (News Chronicle am 16. Mai). In diesem Sinne besteht in der Tat ein arabischer Solidarismus, der sich 1945 zu politischer, wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit in der Arabischen Liga mit dem Generalsekretariat in Kairo zusammengefunden hat. Rivalitäten, Meinungsverschiedenheiten, Streitigkeiten und Zerwürfnisse in ihr beruhen auf persönlichen Gegensätzen, dynastisch-feudalen und großbürgerlichen eigensüchtigen Interessen und handfesten auswärtigen Einflüssen. Die Regierungen in Bagdad, Amman, Beirut und Er Riad gruppieren sich um Machtklüngel, sie stützen sich auf Fürstenhöfe, Clane ausbeuterischen Reichtums, Polizei und Bürokratie, nicht auf das Volk. Die Grundlage der im Erwachen des Nationalismus geborenen arabischen Solidarität vermögen auch sie nicht mehr in Frage zu stellen. Sie äußert sich einheitlich und rückhaltlos in der unversöhnlichen Gegnerschaft zu Israel, das friedlos in der arabischen Flut liegt, und in den Sympathien und Hilfsleistungen aller arabischen Länder für den Kampf der Befreiungsfront in Algerien, zu deren Gunsten die Arabische Liga kürzlich eine

Vervielfachung der finanziellen Unterstützung beschlossen hat. Die antiisraelische Propaganda der Arabischen Föderation, die aus Irak und dem mit Flüchtlingen aus dem ehemaligen Palästina überfüllten Jordanien besteht, ist oft noch schärfer als die der Vereinigten Arabischen Republik. Irak möchte, um Israel im Rücken zu fassen, sogar eine Armee am Jordan stationieren. Israel seinerseits will sich nicht in die Abhängigkeit von Amerika, dem Gegenspieler der Sowjetunion, zwingen lassen, denn die Aussicht, daß dieses einen Weltkrieg für Israel wagen würde, ist verschwindend gering. So ist die Lage der US-Politik im Vorderen Orient heillos verschrägt. Daher hat sie sich bisher von der ihr angesonnenen vollen Mitgliedschaft im Bagdadpakt ferngehalten, eine Garantie für die Grenzen Israels verweigert und sich dem Gedanken seiner Aufnahme in die Nato verschlossen. Aber verschlungene Berechnungen, zögernde Halbheiten und schlaue Kunstgriffe verfangen in dieser leidenschaftlich erregten Welt des Orients, die eine feste, konsequente Haltung und Förderung ihrer nationalistischen Ziele erwartet, nicht mehr. Die Lawine rollt weiter und wird Hadramaut, Oman, Aden und Kuwait ebenso erreichen wie das britische und das ehemals italienische, jetzt unter Treuhandverwaltung der Uno stehende Somaliland. Er Riad hat eine gute Witterung für kommende Dinge. Darum hat der durch seinen Besuch im Weißen Haus und die Annahme der Eisenhowerdoktrin bloßgestellte I b n S a u d sich nun zurückziehen und die Macht an einen dem Osten freundlicher gesinnten Verwandten abgeben müssen.

Nicht weniger zwiespältig ist die westdeutsche Politik gegenüber dem Arabertum. Durch die moralisch gewiß begründeten, aber ohne Vorbehalte für die Verwendungszwecke getätigten Entschädigungsleistungen an Israel hat sie nicht nur dessen wirtschaftlichen Aufbau finanziert, sondern vor allem seine Aufrüstung gegen die Araber ermöglicht, die deswegen heftige Vorwürfe erhoben. Vor wenigen Wochen mußte Bonn zugeben, daß Frankreich seit Anfang des Jahres 1957 von der Bundesrepublik nicht weniger als 1365 Millionen Mark in Form von Krediten, Stationierungskosten und Rüstungsaufträgen erhalten hat und mit 200 Millionen Dollar für den internationalen Investitionsfonds seiner überseeischen Gebiete rechnen kann. Damit trägt Westdeutschland, so lautet der Vorhalt der algerischen Befreiungskämpfer, finanziell zur Weiterführung des — aussichtslosen — mörderischen Algerienkrieges bei. Es wird abzuwarten sein, ob es der Bundesregierung gelungen ist, auf lange Sicht den Groll der Araber dadurch zu beschwichtigen, daß sie den Ägyptern jetzt ein langfristiges Darlehen von 600 Millionen Mark gewährte und den diplomatischen arabischen Vertretungen in Bonn die förmliche Zusicherung gab, daß zwischen der Bundesrepublik und Israel kein Abkommen über die Lieferung von Waffen und militärischen Ausrüstungen bestehe und nicht beabsichtigt sei, Israel Kredite zum Ankauf von Handelsschiffen zu geben, Vorauszahlungen auf Wiedergutmachungsraten zu leisten, die Aufnahme Israels in die Nato zu betreiben, seine Grenzen zu garantieren und diplomatische Beziehungen zu ihm aufzunehmen. Der Treppenwitz ist, daß der westdeutsche Kredit für Ägypten-Syrien nun bei anderen nahöstlichen Ländern Enttäuschung, Bitterkeit, Begehrlichkeit und überdies den Verdacht ausgelöst hat, in Wahrheit stehe Amerika hinter dem Geschäft.

Die Aussicht, daß die fünf Millionen Weißen die ihnen unter den zweihundertzwanzig Millionen Afrikanern verbliebenen Stellungen und Besitzungen werden unversehrt behaupten können, ist gering. Von Norden her dringen das Arabertum und die panislamische Bewegung gegen Zentralafrika vor. Von Osten kommen Inder und Chinesen. Das bislang noch gemäßigte Klima der Akkrakonferenz einschließlich Äthiopiens wird nicht unbeeinflußt von den stürmischen Bewegungen in der nördlichen Großwetterzone bleiben. Dort geraten die

angloamerikanischen Stützpunkte in eine heikle Lage. In Südafrika wird der von dem Burentum und bedauerlicherweise auch von der reformierten Kirche getragene Dammbau der Rassentrennung (Apartheid) keine endgültige Lösung gegen die anbrandende farbige Volksmasse bringen.

In Asien hat sich Amerika selbst ausgeschaltet. Abgesehen von dem durch Syngman Rhee terrorisierten Südkorea, dem trotz der Spaltung durch den Vatikan anerkannten Südvietnam, wo es die Franzosen immer mehr verdrängt, und dem chinesischen Taiwan (Formosa), wo es sich des höchst fragwürdigen, sterbenden Systems Tschiang Kai-scheks bedient, hat es dort keinen Einfluß mehr auf die Entwicklung. Die Vereinigung Vietnams und Koreas blockiert es durch die Verweigerung der früher von ihm zugesagten demokratischen gesamtkoreanischen und gesamtvietnamesischen Wahlen. Die barbarischen, für die Beendigung des Krieges mit Japan überflüssigen Bombardierungen von Hiroshima und Nagasaki — Rache für Pearl Harbour —, für deren erfolgreichen Verlauf ihre Militärgeistlichen beteten, haben den Vereinigten Staaten ebenso wie die Verwendung von Napalbomben im koreanischen Krieg sehr geschadet. Ein indischer Christenführer, der Metropolit Mar Juhanon, hat vor dem Weltkirchenrat erklärt, daß die asiatischen Länder jede versuchsweise Atomexplosion als Aggression ansehen. Millionen Menschen im Osten seien überzeugt, daß Hiroshima und Nagasaki zerstört worden seien, weil die Opfer nicht weiß waren. News Chronicle bezeichnete am 7. August 1957 das Mißtrauen der gegenwärtigen Generation der afrikanisch-asiatischen Politik als „ganz natürlich". Dadurch fühle sich aber der Westen in seinem Ringen um Sympathien von Marokko bis Indonesien behindert. Demgegenüber kann der überdies keineswegs überzeugende und eindeutige Ausgang der Wahlen in Japan nur einen schmalen, zeitweiligen Trost bieten. Die Anziehungskraft des asiatischen Kontinents, von dem die japanische Wirtschaft abhängt, wird übermächtig sein.

Die Organisation der Vereinten Nationen, in die immer mehr farbige Völker eintreten, ist nicht mehr das unbedingt willfährige Werkzeug der US-Politik. Sie wird es noch weniger sein, wenn Volkschina als neue Raketenmacht sich den ihm bisher von Washington verwehrten Zugang erzwingt. Der sich in beträchtlicher Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit äußernde wirtschaftliche Rückschlag, dem sich die Vereinigten Staaten gegenübersehen, mag man ihn sprachregelnd nur als Abschwächung, schöpferische Pause, Rezession oder, der Wahrheit näher, als Beginn einer durch Übersättigung, allzu umfangreiche Vorgriffe auf künftige Kaufkraft (Konsumfinanzierung) und das Absinken der internationalen Investitionstätigkeit verursachte Depression bezeichnen, wird durch den zur Schau getragenen gesundbeterischen Zweckoptimismus des Präsidenten nicht aus der Welt geschafft. Wenn die Stahlkapazität nur zur Hälfte ausgenützt ist, so sieht das ganz nach Depression aus. Eine echte konjunkturelle Erholung würde baldige Steuererleichterungen und große öffentliche Investitionen voraussetzen. Beides könnte nur durch eine wesentliche Erhöhung der Staatsschuld, also eine die innere Kaufkraft des Dollars weiter herabsetzende Maßnahme, und durch Kürzungen der Auslandshilfe erreicht werden, besonders dann, wenn die teuere Raketen- und Kernwaffenrüstung fortgesetzt oder sogar gesteigert werden soll. Die Verringerung der Haushaltsmittel für Auslandshilfe würde für die amerikanische Außenpolitik nachteilige Folgen haben, sie ist aber im Kongreß populär. So hat der außenpolitische Ausschuß des Senats jetzt die Hoffnung ausgedrückt, daß „die blühende Wirtschaft der Bundesrepublik" künftig eine Kürzung der von den Vereinigten Staaten für die Berlinhilfe vorgesehenen Beträge ermöglichen werde. Der Seitenhieb mit der blühenden Wirtschaft ist vielsagend; hier kündigen sich mögliche Verstimmungen und Versteifungen an.

Das Dilemma ist für Amerika schmerzlich. Seine Möglichkeiten zu wirtschaftlicher Auslandshilfe für unterentwickelte Länder erscheinen in einem Augenblick verkürzt, in dem fallende Rohstoff- und Lebensmittelpreise der Weltmärkte und die Lage des unter einem immer noch hohen Diskontsatz leidenden Londoner Kapitalmarkts den Entwicklungsländern nicht nur des Pfundblocks die Verwirklichung ihrer Investitionsprojekte erschweren. So hat Indien, um nur einige Beispiele zu nennen, seinen zweiten Fünfjahresplan zusammenstreichen müssen, Malaya kann wahrscheinlich sein Fünfjahresprogramm nicht zu Ende führen, die burmesische Regierung will die Industrialisierung einstweilen zurückstellen und Ghana befürchtet, den Aufbau einer Aluminiumindustrie am Voltastrom nicht ausführen zu können. Das alles, obwohl die zum Dominienstatus aufrückenden britischen Kolonien auf der Commonwealthkonferenz 1957 freie Hand behalten haben, ihre erheblichen, etwa 1,3 Milliarden Pfund betragenden Londoner Guthaben für eigene Investitionszwecke abzurufen. Solche Abrufe abzuwehren, war einer der Gründe der seinerzeitigen Erhöhung des Diskonts bis auf 7 v. H. Auf der Commonwealthkonferenz mußte den Dominien ausdrücklich anheimgestellt werden, sich das in England nicht verfügbare Kapital sonstwo, wenn es sein müsse, auch in der Sowjetunion zu beschaffen. So eröffnen sich günstige Aussichten für den Wettbewerb des Ostens. Denn auch die Machthaber und Führungsgruppen in den neuen Nationalstaaten müssen rennen, um dem drängenden Verlangen der ungeduldigen Massen nach Aufstieg und Fortschritt entgegenzukommen. Andererseits muß Washington damit rechnen, daß die gegenwärtige Regierung Diefenbaker in Ottawa die starke Abhängigkeit der kanadischen Wirtschaft von dem großen Nachbarn, der bereits über die Hälfte ihrer Industrie kontrolliert, lockern möchte. Der auf Absatz des kanadischen Weizens bedachte Ministerpräsident will nicht, daß sein Land zu einem Wirtschaftsdominium der Vereinigten Staaten wird, denen gegenüber es ein großes Handelspassivum hat. Er hat offen erklärt, daß er beabsichtige, 15 v. H. der kanadischen Bezüge aus den USA, das sind jährlich etwa 630 Millionen Dollar, nach Großbritannien umzulegen.

Vom Himmel her kommen neue beunruhigende Zeichen. Ein Supersputnik, der Vorläufer vermutlich noch größerer, vernichtete auch die letzte heimliche Hoffnung, die Sowjetunion könnte vielleicht doch nicht eine mächtige interkontinentale Rakete besitzen. Die Vereinigten Staaten werden den vor ihr sich auftürmenden harten Tatsachen Rechnung tragen müssen. Sie stehen in einem strengen, unerbittlichen Kreuzverhör der Geschichte. Die Erkenntnis mag für Leute von der Art des US-Außenministers qualvoll sein, sie ist aber unausweichlich. Es wird immer deutlicher, daß sich Washington den Folgerungen nicht mehr verschließen kann und will. Darum stimmte es west-östlichen Vorbesprechungen von Sachverständigen über die Einstellung der Atomexplosionen und die Überwachung der Einhaltung eines Abkommens darüber zu. Es ist nur zu hoffen, daß die Zwischenschaltung der Sachverständigen die vordringliche Hauptentscheidung einer zumindest vorläufigen Einstellung der Probeexplosionen durch die (bis jetzt) drei Atommächte nicht verzögert. Diese Hoffnung hat soeben durch den Rücktritt des Vorsitzenden der US-Atomenergiekommission, Admiral Strauß, eine Stütze erhalten. Eingeleitet wurden die Vereinbarungen über eine solche technische Vorkonferenz, bemerkenswert und bezeichnend genug, durch ein ausschließlich zweiseitiges Gespräch Rußland — Amerika, wennschon zur Vorkonferenz selbst dann wohl auch Großbritannien, Frankreich und Kanada auf westlicher, Polen, die Tschechoslowakei und China auf östlicher Seite und vielleicht auch Neutrale hinzugezogen werden dürften. Durch die Ereignisse in Frankreich wird die amerikanische Bereitschaft hier-

zu und zu einer Gipfelkonferenz weiter wachsen. Es ist anzunehmen, daß in dieser Entspannungsphase Washington die unzeitgemäße Fortsetzung der Kalte-Krieg-Taktik durch westdeutsche Kreise als lästig und störend empfindet. Das sollte Bonn nicht außer acht lassen, sonst wird es den Omnibus verpassen und sich von der Entwicklung überrollt sehen. Der einflußreiche Finanzier James Warburg griff vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senats die Deutschlandpolitik der USA scharf an und forderte die Verständigung mit der Sowjetunion, „statt sich auf die Weisheiten des greisen Bundeskanzlers zu verlassen". Nur der koexistentielle amerikanisch-sowjetische Ausgleich kann die Menschheit von den unerträglichen, gefährlichen Spannungszuständen und Rüstungswettläufen befreien und vor einer vernichtenden Katastrophe retten, nur durch ihn auch die Wirtschaft der Vereinigten Staaten vor einer tiefgreifenden Krise bewahrt werden. Die Zeit drängt, der US-Präsident weiß, daß er nicht einmal mehr zwei Jahre Zeit hat.

Nato und französischer Umbruch

Die Mitglieder des Atlantikpakts haben Plan um Plan aufgestellt. Aber nicht einmal die militärischen Ziele wurden erreicht, geschweige denn die wirtschaftlichen und politischen. Ihre Tagungen in Lissabon, Paris und Kopenhagen enthüllten es. Außer Dänemark und Norwegen widerstrebten jetzt auch Benelux-Belgien und das der Beringstraße benachbarte Kanada. Sie drängen auf Verstärkung und Beschleunigung der Entspannungspolitik. Wie der Osten, dem vor allem um die Abschirmung seiner Süd- und Westgrenze zu tun ist, den Bagdadpakt übersprang und die Eisenhowerdoktrin mattsetzte, so ist er im Begriff, die westeuropäischen Nato-Randgebiete durch ein ausgebautes U-Boot-System zu unterlaufen und seewärts abzusperren. Norstad dürfte sich keine Illusionen mehr machen, seine anfängliche jugendliche Zuversicht in Resignation umgeschlagen sein. Westliche Fachleute, zuletzt noch der Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte der Nato in Mitteleuropa, haben offen die übrigens längst allgemein bekannte Tatsache zugegeben, daß Europa im Falle eines mit herkömmlichen Waffen geführten Krieges den Sowjets gehören würde. „Wenn die Sowjetunion wirklich in vollem Umfange mit herkömmlichen Streitkräften angreift, besteht keine Hoffnung, sie daran zu hindern, bis an die Kanalküste, an den Golf von Biskaya und, soweit es ihnen paßt, vorzudringen", erklärte der Luftwaffenmann. James Warburg bezeichnete die Land- und taktischen Luftstreitkräfte der Nato als armselig. Die atlantischen Militärs sollen also einen reinen Atomkrieg planen, den sie nicht werden führen können, weil der strategische Raum in West- und Mitteleuropa in eine radioaktive Wüste verwandelt würde. Oder wäre das manchen Leuten gar nicht so unerwünscht, sofern nur Nuklearbomben nicht auf „Gottes eigenes Land" fallen? Aber solche unter Verschluß gehaltene Spekulationen sind ohne Grundlage. Nachgerade pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß auch das Gleichgewicht des nuklearen Schreckens mehr und mehr zuungunsten des Westens verlorenzugehen droht. Gleichwohl sprechen alle Anzeichen dafür, daß der Osten gerade jetzt, wo er in Führung zu gehen im Begriffe ist, seine Friedensbemühungen ernst meint. Er will offensichtlich keinen militärischen Konflikt, keine Katastrophe, die auch ihn schwer in Mitleidenschaft ziehen würde, weil sie nicht mehr die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, keine ultima ratio, nicht mehr nur Krieg, sondern totale Vernichtung wäre. Er will die anspornende, wettbewerbliche Koexistenz zwischen den kapitalistischen und sozialistischen Systemen, die Probe auf das Exempel, auf jeden Fall, wenn die Vereinigten Staaten sich sperren sollten, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem atlantischen Europa. Er hat es oft

genug verkündet. Die Erfahrung beweist, daß seine Grundsatzerklärungen nicht in Zweifel gezogen werden brauchen. Oder will ihm der Westen durch seine so unsagbar törichte, kurzsichtige Politik und seine miserable Propaganda auch weiterhin die Trümpfe zuspielen?

In einer solchen Lage erfolgte der dramatische, akute Ausbruch der staatlichen und nationalen Krise Frankreichs. Dieses Land, das für die Welt einstmals die Menschenrechte erkämpft und die Befreiung von dem Joch und der Unterdrükkung des Feudalismus erblutet hat, das nach dem letzten Krieg mit einer steigenden Geburtenziffer, einer außerordentlichen technischen Entwicklung und industriellen Ausweitung und dem Zugewinn des Saharaöls alle materiellen Voraussetzungen einer blühenden Wirtschaft, gefestigter innenpolitischer Verhältnisse und einer geachteten, einflußreichen Großmachtstellung besäße, mußte noch Mitte Mai den drohenden Vorwurf der Londoner Financial Times hinnehmen, daß seine Macht gesunken, sein Reichtum vergeudet, seine Ehre angetastet sei und der Westen, der durch die französischen Schwierigkeiten in seiner Gesamtheit betroffen werde, es sich nicht länger leisten könne, die französischen Politiker mit Krediten zu versorgen, die es ihnen gestatteten, tatkräftiges Handeln aufzuschieben und das Volk in angenehme Träume zu wiegen. Frankreich, seit dem zweiten Waffenstillstand im Walde von Compiègne und der Regierung in Vichy um sein Selbstgefühl und Selbstverständnis mit sich gebracht, in Dien Bien Phu militärisch und moralisch verwundet, in der Genfer Indochinakonferenz gedemütigt, in Nordafrika in ein mörderisches Gemetzel verstrickt und in Sakiet entehrt, ist das Opfer seiner Nato-, Afrika- und kleineuropäischen Integrationspolitik, das Opfer angloamerikanischer Interessen und das Opfer der politischen Praxis der meisten seiner Parteien geworden. Es wird seine Zukunft nur dann meistern können, wenn es sich auf seine moralischen Kräfte besinnt und auf seine eigenen materiellen Mittel stützt, wenn es darauf verzichtet, ständig aus fremder Tasche zu leben, und es vermeidet, sich von anderen ausnützen zu lassen. Alle seine Anstrengungen müßten vergeblich und seine machtvolle Rückkehr nach Europa aus der nordafrikanischen Verstrickung aussichtslos bleiben, wenn es ihm nicht gelänge, sein Verhältnis zu den farbigen Völkern und vor allem zu den Arabern in Nordafrika zu ordnen. Das aber erscheint durchaus fraglich. Mit den Methoden der Soustelle, Massu, Delbecque und Sérigny jedenfalls ginge es nicht; aber auch nicht mit der im luftleeren Raum zwischen den Wohlfahrtsausschüssen und der Legalität, der Armee und der Politik, der Kolonie und dem Mutterland schwebenden Zauberformel de Gaulles, daß es künftighin in Algerien nur noch Franzosen geben werde. Der hohenzollersche Wilhelm II. hat auch einmal in der Peripetie preußisch-deutscher Geschichte lapidar erklärt, er kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. Das Problem ist nicht mehr mit halben Maßnahmen, sondern nur noch radikal und total, durch eine von Frankreich unabhängige tunesisch-algerisch-marokkanische Föderation zu lösen. Frankreich ist der kranke Mann, der das atlantische Bündnis lähmt.

Der versuchte Wabenbau des westlichen Wespennetzes war schon an der eigenen Sprachenverwirrung gescheitert und unvollendet geblieben wie der Turmbau zu Babel. Nun haben die französischen Vorgänge ihn vollends bis zum Einsturz erschüttert und die Weltlage mit einem Schlage für den Westen verschlechtert. Der Öffentlichkeit verabreichte Beruhigungspillen De Gaulles bleiben ohne rechte Wirkung. Washington, bereits durch den Rücktritt des Kabinetts Gaillard um seine Hoffnungen auf ein amerikanisch-französisches Abkommen über die Errichtung von Abschußbasen und die Lagerung atomarer Sprengsätze gebracht, sieht die Gesamtstruktur der westlichen Verteidigung ernstlich

bedroht. Es steht vor der Notwendigkeit, die Grundlagen seiner Außenpolitik und seiner strategischen Maßnahmen zu überprüfen. Die Zukunft der Nato sei erschreckend, jammern rechtsrepublikanische Blätter in Amerika.

Frankreich wird, gleichviel, wohin mit oder ohne Tragödie, mit oder ohne Bürgerkrieg seine Staatskrise mündet, in eine unechte Diktatur, eine scheinparlamentarische Regierungsform oder eine Volksfrontregierung, nicht mehr das gleiche Land und die gleiche Macht sein wie bisher. Es hat ein neuer Abschnitt für Frankreich selbst, für Europa und die Weltpolitik begonnen. Es ist nicht nur ein Regierungswechsel, sondern der Auftritt eines anderen Regimes, ein Umbruch durch Staatsstreich. Das schicksalsträchtige Land, über dem nicht mehr der Geist Robert Schumans wehen wird, sollte durch Preisgabe des wurmstichigen kleineuropäischen Provinzialismus und durch Hinwendung zum gesamteuropäischen Gedanken dazu beitragen, daß das unheilvoll gespaltene, zerrissene und geschändete Europa sich wieder erkennt, zu Würde und Solidarität zurückfindet und sich von überseeischer Bevormundung und Kontrolle befreit. Die Entwicklungen sind in beschleunigter Bewegung, sie sind zwingend und laufen über den ganzen Erdball bis zum Bagdad- und Manilapakt. Sogar die gußeiserne Türkei muß sich mit dem östlichen Posten an der Adria, Albanien, rangieren, ein sehr bezeichnender Vorgang. Dem Wetterleuchten der griechischen Wahlen dürfte ein Unwetter bei den britischen Parlamentswahlen im kommenden oder übernächsten Jahr folgen. Labour würde im Siegesfalle mit neuen außenpolitischen Vorstellungen die Regierung antreten. Das Ausscheiden Eisenhowers wird tiefgreifende Wirkungen haben. Für eine nochmalige Kanzlerschaft Adenauers im Jahre 1961 bestehen keine realpolitischen Voraussetzungen mehr, selbst wenn noch biologische vorhanden wären.

Dr. h. c. Konrad Adenauer
Persönlichkeit, Methode, Zielsetzung und Fehlschläge

Die internationale und die deutsche Entwicklung hätte ohne die politische Erscheinung des ehemaligen Kölner Oberbürgermeisters wohl in nicht wenigen Beziehungen einen anderen Verlauf genommen. Die von ihm ausgegangene Wirkung ist ein Phänomen. Auch andere als seine engeren Gefolgsleute, Widerstrebende, hat er in seinen Bann oder sogar in sein Kielwasser gezogen. Gewiß lag es auch an der Konstellation, aber immerhin bleibt das Ganze erstaunlich. Eine spätere Phase wird es in einer Analyse der Person und des Charakters, der Gesamtheit der Zeitumstände, der Wandlung des Zeitgeistes, der Verschiebung der ethischen Maßstäbe, der Verkümmerung der Moral als bewegender Kraft und nach Entsiegelung heute noch verschlossener Akten zu ergründen und zu erklären haben. Vor dem Richterstuhl der Geschichte werden Tat und Werk des Mannes gewogen werden. Die zeitgenössische Politik kann nicht warten, bis es soweit ist. Sie muß nach dem urteilen, was vorliegt.

Das Grundgesetz verlieh dem Bundeskanzler innerhalb der Regierung und gegenüber dem Parlament eine starke, für die notwendige flüssige und geschmeidige Politik zu starke, starre Stellung. Seine intimen Beziehungen zu den westlichen Besatzungsmächten, die Verbindung von Kanzlerschaft und Parteivorsitz und seine in geschickter Benützung einer meist gefügigen Gefolgschaft sich äußernde Kunst der Menschenführung befestigten sie weiter. Ein beträchtlicher Geist, der Sinn für das Wesentliche und Einfache, unerschütterliche Ruhe, elegante, hochmütige Gelassenheit, berechnete Jovialität und spitzbübisch-jeckenhafte, gelegentlich auch in Kölner Mundart verfallende Ironie waren ihm wertvolle Hilfen. Sein begrenzter Wortschatz und seine gering entwickelte Sprachkunst befähigten und zwangen ihn zu schlichten Formulierungen, die „ankamen".

Der in seiner Rede oft mitschwingende Ton klagender Bekümmertheit und beschwörender Dringlichkeit rührten in einer seltsamen Weise ebensosehr an die Massenseele seiner Zuhörer wie die zahlreichen anakoluthischen Unterbrechungen seiner Satzgefüge. Sein Glaube an seine außenpolitische Berufung, sein autonomes Selbstbewußtsein und sein dogmatischer Hang verleiteten ihn andererseits immer wieder zu unduldsamer Ausschließlichkeit und diffamierenden Entweder-Oder-Thesen, etwa von der Art: „Wer nicht für den Europarat ist, ist gegen Europa. Wer nicht für den Schumanplan ist, ist ein Dummkopf oder ein Verräter. Schließlich gibt es nur die Frage, ob man einen deutschen oder einen russischen Wehrpaß haben will." Unbequemen Stellungnahmen oder Forderungen der Opposition trat er mit Hinweisen auf die angebliche Wirkung im Ausland entgegen, als ob jene gewollt oder ungewollt die Geschäfte eines mißgünstigen, feindlichen Auslands besorgte.

Gegen politische Gegner konnte er von schroffer, unversöhnlicher Härte sein. Er wollte ihnen, verhängnisvoll genug für die deutsche Zukunft, keinen Pardon und keine Chance geben. Die Sozialdemokratie wollte er, wenn möglich, spalten, jedenfalls politisch aushungern, sie in ein Abseits einschließen und die Einparteienherrschaft verewigen. So trieb er sie, die darauf leidenschaftlich reagierte, in die Radikalisierung und außerparlamentarische Aktion. Sie handelt in politischer Notwehr gegen den angesetzten Würgegriff. Voraussichtlich wird sie besonnen und verantwortungsbewußt die demokratische Bahn nicht verlassen. Das wird aber dann kaum das Verdienst Adenauers sein. Es ist vorauszusehen, daß er mit seinem Vorgehen auf längere Sicht keinen Erfolg haben wird. Seine hartnäckige Unnachgiebigkeit in der Frage der Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen ist unbegreiflich. Sie verursacht schwere innenpolitische Spannungen und eine Vergiftung des politischen Klimas. Die Politik des Bundeskanzlers einigt nicht, sondern entzweit das Volk in unheilvoller Weise. Demokratie und Parlamentarismus drohen sich unter dem Druck des Belagerungszustandes der einen Mehrheitspartei zu zersetzen und funktionsunfähig zu werden. In der enttäuschten und beunruhigten Bevölkerung werden Wunsch und Entschluß zu unmittelbarem Votum stärker. Meinungserforschungen und Volksbefragungen werden nicht nur über die atomare Bewaffnung und den Aufbau von Nikebasen, sondern auch über andere Anliegen gefordert, wie die Errichtung einer Bundesfinanzverwaltung und eines Bundeskultusministeriums, die Reprivatisierung der Howaldtwerft und des Volkswagenwerks sowie über die Wiedereinführung der Todesstrafe in schwersten Fällen. Druck erzeugt Gegendruck, und der Aktion folgt die Reaktion auf dem Fuße. Mit der routinemäßigen Ingangsetzung der Karlsruher Apparatur wird man, selbst wenn sie zu Willen wäre, der Entwicklung auf die Dauer nicht Herr werden können. Adenauer fürchtet offenbar die Volksmeinung und will ihren Äußerungen den Weg verlegen. Immerhin gibt es auch noch andere demokratische Möglichkeiten der Erforschung der politischen Ansicht der Bevölkerung, durch die die Wahlergebnisse vom 15. September vorigen Jahres nachgeprüft, klargestellt und korrigiert werden können, beispielsweise Landtagswahlen, Volksbegehren auf Landtagsauflösungen und Meinungsumfragen in den Gewerkschaften. Warum läßt er es auf eine unnötige Kraftprobe ankommen, da er doch damit rechnen muß, daß der deutsche Raum militärisch und politisch neutralisiert werden wird, er selbst nicht an einen Atomkrieg glaubt, wie er auf der neunten Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft erklärt hat, amerikanisch-russische Präliminarien über einen Stopp atomarer Explosionen im Gange sind und sich ein gaullistisches Frankreich der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands widersetzen wird? Um die waghalsige These zu beweisen, die Nuklearbombe sei ganz ungefährlich, so gefährlich sei sie, sollte der

Bundeskanzler nicht auch noch mit seinem Zündeln die Götter versuchen. Westeuropa könne weder mit deutscher Hilfe, noch ohne sie verteidigt werden, meinte James Warburg, als er sich vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senats für die Neutralisierung Deutschlands aussprach. Die entschlossenen Kämpfer gegen den Atomtod sollten nicht aufhören, mit Posaunenschall um Jericho zu ziehen, bis die Lehmmauern der Ammoniterstadt einstürzen.

Erbitterung hat die Unbedenklichkeit hervorgerufen, mit der Adenauer demokratische Oppositionelle in der Öffentlichkeit beleidigte. So übernahm er im Wahlkampf 1953 ohne vorherige Nachprüfung die erfundene Beschuldigung des Agenten Stephan, die Sozialdemokraten Scharley und Schroth hätten vom Staatssicherheitsdienst der DDR je zehntausend Mark angenommen. Die zehnte Strafkammer des Landgerichts Berlin-West bewertete diese gewissenlose Denunziation Stephans im Urteil gegen ihn als besonders schweres Vergehen mit zwei Jahren Zuchthaus. Der Bundeskanzler aber, der sie in die Öffentlichkeit gebracht hatte, blieb kouleurfähig. In diesen Zusammenhang paßt es auch, daß er die Durchführung der Verfahren gegen die „wegen leichtfertiger Anschuldigung und damit zugleich der üblen Nachrede" (Oberstaatsanwalt) in Strafverfolgung genommenen Diplomaten Hallstein, Blankenhorn, Maltzan und Allardt dadurch verzögerte, daß er als Außenminister die Akteneinsicht und die Aussagegenehmigung verweigerte. Dem vom Parteivorsitzenden nicht zu trennenden Staatsmann ziemt es nicht, in präzeptoraler Art dem politischen Gegner persönliche Zensuren und Qualifikationen zu erteilen. In seiner Jülicher Wahlrede zum Stuttgarter Parteitag der Sozialdemokratischen Partei fanden Ollenhauer und Knöringen „in allen Ehren" gerade noch Gnade vor seinen Augen. Dagegen versagte er Wehner, dem „radikalsten Sozialisten in Anführungszeichen" sein Plazet. Herrschaften seines Schlages dürften niemals zur Regierung gelangen. Derartige Wertungen und Diskriminierungen, deren spalterische Absicht überdies allzu deutlich ist, sind innenpolitisch tief zu bedauern. Sie werden gefährlich, wenn sie mit Beziehung auf Führer und Staatsmänner mächtiger Länder erfolgen, so beispielsweise Chruschtschow von Adenauer bescheinigt wird, daß er „von diesen Dingen, den Realitäten, nichts weiß und versteht". Noch weilte Mikojan auf westdeutschem Boden, da hielt es der Bundeskanzler im Nachlauf zu einem im übrigen weit klügeren und vorsichtigeren Artikel „Chruschtschow ist nicht Stalin" des Londoner Observer vom 30. März für angebracht, in einem Interview mit dem amerikanischen Verleger Hearst am 27. April eben diese These „Chruschtschow ist nicht Stalin" zu verkünden und zu behaupten, der sowjetische Staatsmann sei sich seiner Position nicht sicher. Das sei der Grund seiner Bemühungen um zweiseitige Besprechungen mit Eisenhower. Diese würden Chruschtschows Stellung sehr stärken. Darum sei er, Adenauer, gegen eine solche Fühlungnahme. Ihm liegt anscheinend nicht an sich entwickelnden Ausgleichsvorgängen, sofern sie Chruschtschow nützen. Wichtiger dünkt ihm, diesen entmachtet zu sehen, obschon er umgekehrt ein Interesse daran haben müßte, daß sich in der Sowjetunion die von Chruschtschow vertretene liberalisierende Richtung durchsetzt. Während nicht mehr verheimlicht werden kann, daß Eisenhower in ein besseres Verhältnis zu dem sowjetischen Staatsmann zu kommen sucht, legt sich der Kanzler eines schwachen Staates, unerlöst in dem Kalten Krieg verfangen, mit ihm an.

Die Neigung zu Illusionismus hat Adenauer wiederholt zu unwirklichem Wunschdenken und krassen Fehlprognosen verleitet und in die Verlegenheit gebracht, ein vorzeitiges politisches Hosianna jäh abbrechen zu müssen. Wie oft hat er ernste politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten und in deren Gefolge tiefgreifende Veränderungen für die Sowjetunion vorausgesagt! Am

6. August vorigen Jahres erklärte er in Bonn vor Vertriebenen, Flüchtlingen und Kriegssachgeschädigten, es sei bezeichnend, daß „Bulganin von Schukow abgelöst wird". Jedermann weiß, was wirklich geschehen ist. Aber Lächerlichkeit tötet nicht mehr. Solche Auslassungen werden nicht dadurch entschuldbarer, daß auch Mister Kennan bei seinen letztjährigen Vorträgen im britischen Rundfunk geweissagt hatte, die Macht Chruschtschows, der sich exponiert und isoliert habe, werde nicht von langer Dauer sein. Dieser Prophet mußte ja auch zugeben, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion alles das weit übertroffen habe, was er zehn Jahre zuvor in seinem anonym veröffentlichten containment-Artikel für möglich gehalten hatte. In dem Interview mit Hearst bot Adenauer auch wieder den reichlich verstaubten Ladenhüter an, den er sich von einem inzwischen verstorbenen Professor hatte andrehen lassen: „Die chinesische Volksrepublik wird die Achillesferse der Sowjetunion sein." Und er fügte die überraschende Schnulze an, die Sowjets würden recht glücklich sein, wenn sie an ihren westlichen Grenzen nichts zu befürchten hätten. Wieso das? Haben sie denn dort etwas zu besorgen und von wem? Dann droht also Rußland doch nicht jeden Tag in Kleineuropa einzumarschieren?

Die Politik des Bundeskanzlers lebte aus dem Kalten Krieg. Oft hat er Ausgleichstendenzen entgegengewirkt und Ansätze zur Entspannung gebremst. Die Bundesregierung habe ihre Auffassungen zur Geltung bringen können, hieß es dann. Besonders haben die Bonner Junktims dem Fortgang der Abrüstungsverhandlungen geschadet. Die sowjetische Note vom 10. März 1952 wurde unbeachtet gelassen, die Deutschlanderklärung vom 15. Januar 1955 bekämpft. Während die Knappen des CDU-Führers von Hunnen (Brentano), Banditen (Jäger) und dem potentiellen Gegner (Strauß) redeten, sprach der Boß selbst vom östlichen Erzfeind. Der Antikomplex ließ ihn nicht los. Darum zeichnete er immer wieder den Kinderschreck einer militärischen Drohung der Sowjetunion an die Wand. Dabei machte es ihm nichts aus, sich alsbald selbst widerlegen zu müssen. In der Wehrdebatte des 7. Febr. 1952 versuchte er die Abgeordneten mit der Behauptung zu beeindrucken, daß Rußland in der DDR dreißig Divisionen marschbereit zum Einzug nach Westdeutschland unterhalte, und am Tage darauf untermalte er die Behauptung mit der Verlesung verschiedener Textstellen aus seiner Denkschrift vom 29. August 1950, in denen er die östlichen Kriegsabsichten und unmittelbaren Kriegsvorbereitungen gegen den Westen in den düstersten Farben schilderte. Er entwarf das „Bild eines ausgesprochenen Offensivaufmarsches" der Russen. Bereits wenige Wochen nachher, am 3. April, erklärte er dann im Bundestag das blanke Gegenteil von dem, was er am 7. und 8. Februar behauptet hatte. Er sagte: „Ich glaube nicht an einen heißen Krieg. Ich bin der Auffassung, daß nicht einmal die sowjetischen Generäle Krieg wollen, und zwar deswegen nicht, weil jetzt schon der Westen so stark ist, daß Rußland keinen Krieg vom Zaune brechen wird. Es kommt ein weiteres hinzu. Rußland hat große innere Aufgaben zu erfüllen, zu denen es Kapital und Menschen braucht. Auch Rußland ist deshalb gar nicht in der Lage, ewig diese Rüstungen fortzusetzen." Kurz nach seiner Begegnung mit Mikojan vor zwei Monaten aber stellte er trotz entgegenstehender energischer Dementis Moskaus die unbewiesene Behauptung auf, in Polen, der Tschechoslowakei und der DDR seien sowjetische Abschußrampen für Mittelstreckenraketen aufgebaut. Die Sowjetunion sei „die" offensive Macht in der Welt. Sie habe in den genannten Ländern hundert Divisionen gegen vierundzwanzig Natodivisionen marschbereit. Wie es eben trifft.

„Adenauer ist zwar dynamisch, aber nicht voll unterrichtet und altmodisch."

Mit diesen Worten charakterisierte ihn der konservative Daily Telegraph Anfang Mai des vorigen Jahres. Wenig später, während seiner amerikanischen Wahlsommerreise, urteilte die New York Times so über ihn: „Er gilt als Mann von großen Prinzipien und begrenzter Erfahrung, eher als ein Politiker, der eine Wahl zu gewinnen, denn als ein Staatsmann, der die Welt zu retten hat." „Äußerungen des Bundeskanzlers über wirtschaftliche Dinge sind oft recht unglücklich und recht anfechtbar", klagte der geschäftsführende Vorstand der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft auf einer Mitgliederversammlung im Juni vergangenen Jahres.

In diesen Händen ist das deutsche Geschick mitbeschlossen. Eine selbstkritische, in stiller Kammer angestellte Rückschau auf die bisherigen Ergebnisse seiner Außenpolitik kann den Bundeskanzler kaum mit Genugtuung erfüllen. Es ist ein Katalog zahlreicher Fehlschläge. Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, dessen Ratifizierung durch den Bundestag er vorleistend durchgesetzt hatte und für den er sogar bereit gewesen war, die Saar hinzugeben, wurde ihm von der französischen Nationalversammlung versagt. Die von ihm Mitte März 1952 in Siegen als wichtigstes Ziel seiner Politik proklamierte Neuordnung Osteuropas ist eine Utopie geblieben. Seine Natopolitik und im besonderen seine westeuropäischen Integrationspläne schwanken wie ein Kartenhaus. Die Verwirklichung des britischen, von Bonn unterstützten Projekts der Errichtung einer Freihandelszone der Oeec-Länder, das im Maudlingausschuß bis zum 1. Juli unter Dach und Fach gebracht werden sollte, ist ferner denn je. Sie scheiterte schon bisher am protektionistischen Widerstand Frankreichs. Ohne sie aber würde der Gemeinsame Markt der sechs Messinamächte zu einer Gegenmaßnahme sechs anderer Oeec-Staaten, nämlich Englands, der drei skandinavischen Ländern, Österreich und der Schweiz, und zu einer Abwendung Englands von den kontinentalen Kleineuropäern führen, also eine weitere Spaltung Westeuropas bewirken können. Jetzt ist sogar die Eröffnung des Gemeinsamen Marktes unmittelbar in Frage gestellt, da die sehr ernste Wirtschafts- und Finanzlage Frankreichs, seine bedrohliche Devisenkrise, sein hohes Defizit in der Europäischen Zahlungsunion, seine fortschreitende Inflation und das wachsende Preisgefälle gegenüber den Partnern des Gemeinsamen Marktes zu einem einschneidenden Kurswechsel zwingen. Mit Hoffnungen auf weitere faule Überbrückungshilfen ist es nicht getan. Das Land steht vor einer Austerity-Periode. Statt zur Liberalisierung seines Handels zurückzukehren, dürfte es den schon vor einiger Zeit eingeleiteten Protektionismus auch gegenüber seinen Partnern nicht nur fortführen, sondern beträchtlich steigern und die Einfuhren drosseln, also umfassende, strenge Maßnahmen treffen, die nicht ohne Rückwirkung auf die Beschäftigungslage und die Praxis des Wohlfahrtsstaates bleiben und schwere soziale Erschütterungen hervorrufen könnten. Eine zehnjährige wirtschaftliche Ausdehnung würde beendet. Andererseits ist völlig unsicher, daß die Finanz- und Währungsnot durch einen solchen Dirigismus beseitigt werden kann, solange die schwärende Wunde des nordafrikanischen Krieges, an der auch das Sanierungsprogramm der Regierung Gaillard zerschellte, die besten Kräfte des Landes verzehrt.

In Erkenntnis der Lage hat sich die Schweiz für die Verlängerung der Europäischen Zahlungsunion um ein Jahr mit der Begründung ausgesprochen, daß heute noch nicht zu beurteilen sei, welche Ergebnisse die Integrationsbestrebungen bis zum Januar 1959 zeitigen werden. Darum ist auch die Beratung über die Bildung einer Freihandelszone unterbrochen und der Vorschlag gemacht worden, die Zollsenkung unter den Sechs des Gemeinsamen Marktes um ein Jahr hinauszuschieben. Die optimistische Stellungnahme des westdeutschen Bevollmächtig-

ten in der Brüsseler Ministerratskonferenz über die Aussichten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Freihandelszone findet in der Lage keinerlei Stütze. Unbegreiflich, daß sich die Bundesregierung aus bereits überholtem politischem Wunschdenken immer noch an solchen wirtschaftlichen Trugbildern festkrallt, obwohl sie erfahren hat, daß ihre freihändlerische Vorleistung von ihren „Freunden" durchaus nicht mit gleicher Münze quittiert wird. Wer spricht heute noch vom Straßburger Europarat, und was wird aus der Montanunion und Euratom?

Der Westen wäre entsetzt...

Die größte Niederlage hat Adenauers Politik in der Frage der deutschen Wiedervereinigung erlitten. In der Wehrdebatte des 8. Februar 1952 behauptete er, daß wir sie nur mit Hilfe der Westalliierten erreichen werden. Nichts ist von dieser Voraussage übriggeblieben. Der sowjetische Standpunkt ist nach so vielen Jahren des Kalten Krieges ehern: Vor das internationale Forum gehörten die Fragen des Friedensvertrags, der deutschen Ostgrenze und des militärpolitischen Status, nicht aber der Wiedervereinigung. Diese sei vielmehr ausschließlich Anliegen und Aufgabe der Deutschen selbst, die sich zunächst in staatenbündischer Zusammenarbeit finden müßten. Der Westen hat nichts dazu getan, ernsthaft auf eine Änderung dieser Haltung hinzuwirken, sondern sich darauf beschränkt, die stereotypen Platten abzuspielen. Kein Mensch nimmt dieses Geleier mehr ernst, das sich der amerikanische Außenminister sogar vor dem Berliner Abgeordnetenhaus geleistet hat; es ist unglaubwürdig. Viele westliche Stimmen haben eingestanden, daß die Wiedervereinigung gar nicht gewollt ist, viele sie ausdrücklich abgelehnt. Die westliche Politik hat sie durch die bewußte Stellung von Bedingungen, die ihrem Gegner nicht zumutbar waren, hintertrieben. „In London wie in Warschau und auch in den neutralistischen Ländern herrscht tiefe Furcht, daß ein mächtiges wiedervereinigtes Deutschland der Verbündete entweder der USA oder der UdSSR würde oder aber das Zünglein an der Waage im Gleichgewicht der Kräfte zwischen ihnen darstellen könnte. Das bewirkt in der Praxis, daß es schwer ist, einen Menschen zu finden, der die Wiedervereinigung nicht solange wie nur irgend möglich hinausschieben möchte", bekannte Walter Lippman am 11. April in der New York Herald Tribune. Und wenn neuerdings prominente amerikanische Demokraten wie der ehemalige Truman-Außenminister Acheson und der Senator Mansfield verlangen, daß ein vereinigtes Deutschland fest in ein integriertes Westeuropa einbezogen werden müsse, um „einer Wiederbelebung des Militarismus vorzubeugen", so wollen sie eben durch die Wiederaufnahme dieser Forderung die deutsche Einheit verhindern. Mansfield ließ dies auch durchblicken. Er ist der Ansicht, daß die Lösung der deutschen Frage nicht in der Wiedervereinigung „um jeden Preis und unter allen Umständen" liegt. Das sind die gleichen Demokraten, die unter Truman und unter bereitwilliger Mitwirkung des westdeutschen Bundeskanzlers die Aufrüstung der Bundesrepublik in der Nato betrieben und damit wesentlich dazu beigetragen haben, das deutsche Geschick so aussichtslos zu erschweren. Jetzt hat auch Dulles vor dem außenpolitischen Senatsausschuß es als unklug bezeichnet, die Wiedervereinigung um den Preis der Loslösung vom Westen zu erkaufen. Vielmehr müsse ein wiedervereinigtes Deutschland mit dem Westen durch die Nato, den gemeinsamen Markt und die anderen Integrationen verbunden werden. Das ist die noch in dem Londoner Weu-Entwurf enthalten gewesene, in den Pariser Verträgen dann aber beseitigte Bestimmung. Die westliche Unaufrichtigkeit hat zu solcher Verwirrung geführt, daß sich nunmehr sogar Adenauer von Dulles mißverstanden fühlt. In der Tat,

der Westen wäre entsetzt, wenn die volle Wiedervereinigung einträte, weil er fürchtet, daß der Kuckuck das Nest beherrschen oder sprengen und die anderen Nestinsassen herausbefördern würde.

Nicht einmal die karolingische Symbiose

Der Bundeskanzler Adenauer seinerseits hat alles unternommen, was zu einer solchen tragischen Entwicklung führen mußte: Sein Sicherheitsmemorandum vom 29. August 1950 für die New Yorker Außenministerkonferenz, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, Westeuropäische Union, Nato, wirtschaftliche Integration, Wehrpflicht, Abschußrampen und Kernwaffenlagerung auf westdeutschem Territorium, atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Und nun? Nicht einmal die karolingische Symbiose mit den Galliern, auf die er so große Hoffnung gesetzt und für die teuer zu zahlen er bereit war, ist ihm geglückt. Im Angesicht so vielen Mißgeschicks, so vieler Fehlrechnungen und Debetposten sollte ihm der Entschluß nicht schwer fallen, die Prokura niederzulegen. Natürlich wird er es nicht tun. Von einem Düsseldorfer Karnevalisten hat er sich am 29. Mai die Schallplatte „Der Alte bleibt" überreichen lassen, die im nordrhein-westfälischen Wahlkampf landauf landab gespielt werden soll. Makabrer Karneval.

In der Wehrdebatte des Bundestages am 8. Februar 1952 habe ich ausgeführt: „Es erweist sich, daß die Prämisse der Politik des Kanzlers eine Illusion ist. So ist seine ganze Konzeption im Begriffe zusammenzubrechen. Der Herr Bundeskanzler möge in eine grundlegende Revision seiner Politik eintreten und von seiner bisherigen Methode ablassen. Sein Kalkül entbehrt der festen Grundlage. Es ist spekulativ, es ist hypothetisch." Die Entwicklung in sechs Jahren hat diese Stellungnahme und Prognose bestätigt. Die Bundesbürger, des süßen Giftes aus der Wohlstandsflasche voll, sollten aus der bequemen, aber verderblichen politischen Domestizierung heraustreten und sich wieder auf die freie Wildbahn der Politik begeben. Sie sollten auf der Hut sein, daß nicht ein deutscher Sisyphus den Stein der Ewigen Wiederkehr des Gleichen wälzt, und sich seinem Wälzen mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenstellen.

Manfred Pahl-Rugenstein

Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen

Wahlen sind keine Volksbefragung

Am 6. Juli 1958 finden die Wahlen zum Landtag in Nordrhein-Westfalen statt. Es sind die ersten der fünf Länderwahlen dieses Jahres. Rund 10½ Millionen Einwohner haben das Recht, zur Wahlurne zu schreiten; das ist fast ein Drittel der Wahlberechtigten der Bundesrepublik. Durch die schwerwiegende politische Problematik, vor die der Wähler für sich und unser Volk gestellt ist, erhalten diese Wahlen ihr besonderes Gewicht. Die Ergebnisse dieses Tages werden ohne Zweifel von Einfluß auf die anderen Wahlen des Jahres und auf die Politik des Bundes sein.

Bei den Landeswahlen entscheidet der Wähler nicht über eine oder mehrere Einzelfragen des öffentlichen Lebens, sondern über einen ganzen Problemkomplex, der sowohl wirtschaftliche, soziale, kulturelle Fragen im Lande umfaßt als auch die Haltung des Landes zum Bund und schließlich die Stellungnahme zur westdeutschen Außenpolitik. Die Darlegungen der Kandidaten in solchem Wahlkampf sind in der Hauptsache programmatischer Natur, eingeordnet in die Tendenzen jener Organisationen und Parteien, die den Wahlkampf finanzieren und organisieren. Das Plebiszit des Wählers wird hierbei in vieler Weise zu einem Freibrief. Der eigentliche Wahlakt stellt den Wähler vor Konflikte, die er nicht eindeutig zu lösen vermag. Der katholische Lehrer im Münsterland ist gegen die Atomrüstung und für die Konfessionsschule; die Zollbeamtenfrau in Aachen ist gegen die atomare Aufrüstung und für christliche Grundsätze in der Politik, der Fabrikant in Solingen ist gegen die Atombewaffnung und für die Förderung der Unternehmerwirtschaft. Was werden sie wählen? In ihrer Wahlüberlegung spielt eben noch anderes eine Rolle als das Problem, das in direkter und konkreter Weise zum Inhalt einer Volksbefragung gemacht werden soll: die Atomausrüstung der Bundeswehr und die Errichtung von Raketenbasen und Atomwaffenlagern auf westdeutschem Boden. Man verurteile mit Recht jedes vordergründige politische Denken; es bleibt die Feststellung, daß man das Wahlergebnis nicht mit dem Resultat einer Volksbefragung gleichsetzen kann. Würden die Kräfte der Opposition ihre Propaganda fälschlich hierauf einstellen, so würden die CDU und ihr Kabinett mit Freuden das Ergebnis für sich auswerten, um die wirkliche Zahl der Gegner ihrer Atompolitik herabzufälschen.

Die bisher durchgeführten Befragungen und demoskopischen Untersuchungen haben klar erwiesen, daß über 85 % der Staatsbürger sich gegen die Bonner Atomrüstung aussprechen, darunter 71 % der CDU-Wähler vom 15. September 1957, auf die sich das Kabinett und die Mehrheit des Bundestages dauernd zu ihrer Rechtfertigung berufen. Eine Antwort der Wähler konnte bisher nur am 10. November 1957 in Hamburg erfolgen. Bei der Bürgerschaftswahl erhielt hier die SPD 53,9 % der Stimmen, während die CDU über 100 000 Stimmen verlor, die DP dazu nochmals 12 000. Obwohl damals die Methode der Bundesregierung, das Volk vor Rüstungsfakten zu stellen und in höchster Eile immer neue Tatsachen zu schaffen, um die Atombewaffnung zu verwirklichen, noch nicht so elementar erkennbar war, fiel in Hamburg eine klare Entscheidung, die ganz offenkundig eine Absage an die Atom-CDU enthält. Der Wähler erkannte, daß das Schicksal der Hansestadt Hamburg sich nicht vom Schicksal und der Zukunft unseres Volkes trennen läßt.

Der Bundesrat — ein demokratisches Kontrollorgan

Als am 21. Februr 1956 durch den Beschluß des Landtages von Nordrhein-Westfalen die Regierung Arnold durch die SPD-FDP-Zentrum-Regierung Steinhoff abgelöst wurde, besetzte das Land auch den Bundesrat, in dem es fünf Stimmen hat, mit neuen Vertretern. Die Bonner Koalition verlor dadurch die bisherige Zweidrittelmehrheit im Bundesrat, die es ihr ermöglichte, Grundgesetzänderungen, Rüstungs- und Finanzierungsgesetze und sonstige Zustimmungsgesetze und -verordnungen widerstandslos durch dieses Regulativ-Organ hindurchzuschleusen. Es ist bezeichnend für das in Bonn herrschende zentralistische und dirigistische Denken, daß der Kanzler und der frühere Ministerpräsident Arnold öffentlich von der Regierung Steinhoff sagen, sie „sabotiere über den Bundesrat die Politik der Bundesregierung". Diese Behauptung wird in Wahlanzeigen der Parteiblätter wiederholt. Diese unerhörte und kennzeich-

nende Bewertung des im Grundgesetz Art. 50 bis 53 und 84/85 verankerten Wirksamkeitsbestandes dieser Institution entlarvt die Methode des Kanzlers, statt offener und demokratischer Auseinandersetzung gerade auf dem Felde der so oft beschworenen parlamentarischen Demokratie skrupellos Mittel der Diffamierung und der Verdächtigung anzuwenden. Der Bundesrat gehört zum legalen Organismus unseres westdeutschen Teilstaates. Durch ihn wirken die Länder im Auftrag ihrer Wähler bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mit. In acht Jahren seines Bestehens bedurften von 955 Gesetzen 473 — und zwar die wichtigsten — seiner Zustimmung. Der Bundesrat versagte sie unter anderem beim „Maulkorb-Gesetz", zur Dauer der Wehrpflicht von 18 Monaten, zur Fortsetzung des „Notopfers Berlin" und zur Abwälzung der sachlichen „Luftschutz"-Aufwendungen auf Länder und Gemeinden. Am 29. Juni 1956 stellte er sich dem Versuch der Bundesregierung in den Weg, durch Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht durch Einschaltung eines Beirates die Richter für diese hohe Funktion durch eine einfache Mehrheit wählen zu lassen, d. h. die Opposition von der Mitwirkung zu diesen bedeutungsvollen Wahlen auszuschalten. Diesen Kabinettsplan hat damals der Vertreter Nordrhein-Westfalens im Bundesrat als verfassungswidrig und staatspolitisch bedenklich kritisiert.

Die Arbeit der Ländervertreter im Bundesrat ist keine „Sabotage", sondern geschieht in Ausübung eines politischen Auftrages der Bürger ihres Landes.

Leere Länderkassen — volle Rüstungskassen

Den Bundesländern werden durch die jetzige Aufschlüsselung der Einnahmen zwischen Bund und Ländern weitgehend die Mittel vorenthalten, um in dringend notwendigem Umfang die ihnen obliegenden Aufgaben auf den Gebieten der Kultur, der Förderung der Wissenschaften und des Schulwesens, der Hygiene, des Straßenbaues usw. endlich in Angriff nehmen zu können. Wollen wir es weiter hinnehmen, daß täglich 35 unserer Mitbürger den Verkehrstod erleiden, woran der Zustand unserer Straßen in Zusammenhang mit der Zweckentfremdung der hohen Auto- und Benzinsteuern nicht geringe Schuld trägt? Wollen wir weiter die berufliche und wissenschaftliche Ausbildung und die Förderung der Lehr- und Forschungsstätten so vernachlässigen, daß sich für die Zukunft trübe Aussichten für unseren Wettbewerb mit anderen Völkern und für die Sicherung unserer Existenz ergeben? Eine Milliarde jährlich für diese Zwecke ausgegeben, ist in Wahrheit eine glänzende Verteidigung unserer Freiheit und Wohlfahrt. Zehntausende von Klassenräumen und rund 7000 Turnhallen fehlen noch, deren Kosten auf rund 10 Milliarden DM veranschlagt werden. Ist dieses Äquivalent einer Jahresrüstung uns für unsere Jugend zu kostbar? Es fehlen Zehntausende von Krankenhausbetten nebst allen dazugehörigen Einrichtungen, um erkrankten Mitbürgern zu helfen und sie gesund zu pflegen. Und die Mittel hierzu „sind nicht vorhanden"?

Diese und andere Fragen finanzieller, sozialer und wirtschaftlicher Art spielen bei der Landtagswahl eine Rolle. Sie werden zur Beeinflussung der Wähler herangezogen und trennen oft — wie auch die Frage der Gemeinschafts- oder Konfessionsschule — die Geister. Hinter allem aber wächst mehr und mehr die Einsicht, daß die leere Rüstungspolitik ohne konstruktive und aktive eigene Politik der Verständigung und Entspannung uns in eine gefährliche oder gar tödliche Sackgasse hineintreibt. Deswegen sind die schwerwiegenden großen und entscheidenden politischen Probleme unseres Volkes auch aus diesem Wahlkampf nicht auszuklammern. Bezeichnete deshalb, seltsam genug für den Minister eines Bundesstaates, Dr. Schröder in einem Aufsatz zum Jahresanfang 1958 „die Länderwahlen als einen erheblichen Störungsfaktor der deutschen

Innenpolitik"? In CDU-Wahlanzeigen möchte man dieses Hauptproblem der Atomrüstung in die Wahlparole einer Partei umfälschen. Neben unterschwelligen Propaganda-Schlagworten („... denn sicher ist sicher") findet sich da der Satz: „Aber die SPD versucht, mit der Atomangst ein Geschäft zu machen — das Geschäft der Landtagswahl. Sie scheut sich dabei nicht, mit Massensuggestion und Massenterror kommunistische Methoden nachzuahmen." Was würden der Bundeskanzler und die Bundesregierung tun, wenn ihr in einer Zeitungsanzeige gesagt würde, sie scheue sich nicht, durch wirtschaftliche und moralische Nötigung und öffentliche falsche Verdächtigung gegenüber politischen Gegnern faschistische Methoden nachzuahmen?

Das Wahlziel der Opposition

Mit der Atombombe kann man nicht leben; insbesondere dann nicht, wenn das politische Klima in Europa und der Welt so heiß wird, daß es gefährlich an einen atomaren Selbstentzündungspunkt heranrückt. Einen Atomluftschutz für unser kleines Gebiet gibt es im Ernstfall nicht; es ist sinnlos zu glauben, einige hundert Millionen DM könnten ihn herbeizaubern. Die an Rhein und Ruhr zusammengeballte Wirtschaft und Schwerindustrie wäre ein Hauptziel atomarer Kampfeinwirkung im Konfliktfall. Es ist deshalb eines der Ziele der oppositionellen Kräfte in diesem Wahlkampf, zu verhindern, daß Raketenbasen und Atomwaffenlager in Nordrhein-Westfalen angelegt werden. In dieser Frage der Atomrüstung reicht heute das so oft zu politischer Magie mißbrauchte Wort von der „christlichen" Politik nicht mehr aus zur totalen Gleichschaltung der Gewissen. Christentum und Atombomben lassen sich niemals und durch keinerlei Manipulationen und Ausdeutungen auf einen Nenner bringen. Die eigentliche Entschärfung der Atombombe liegt nicht in der „kontrollierten Abrüstung", sondern in einer konstruktiven und dauerhaften friedlichen Neuordnung und Entspannung und Verständigung, in einer echten Friedensordnung des Miteinanderlebens, wie die Völker und insbesondere ihre Wirtschaft sie brauchen. Es gehört deshalb zum Wahlziel der Opposition, zu verhindern, daß der Griff nach der Macht in diesem Lande, um es zum Eckpfeiler einer Atomrüstungs- und Nato-Politik zu machen, der CDU und der von ihr getragenen Regierung mißlingt. Es geht um das quantitative Nein gegenüber der Bonner Unsicherheitspolitik. Es geht um das aus realer politischer Überlegung ebenso wie aus echtem christlichen Empfinden emporgewachsene Nein gegenüber der Atomrüstungspartei, die sich CDU nennt. Der Wille der demokratischen Bürger an Rhein und Ruhr wie in Westfalen, dieses Land nicht von einer Regierung beherrscht zu sehen, die sich der gefährlichen Politik des Bonner Kabinetts beugt, muß der Stimmentscheidung bei dieser Wahl zugrunde liegen. Es geht zugleich um die Verteidigung der vollen demokratischen Rechte, die das Grundgesetz garantiert, und dies sowohl für den einzelnen Staatsbürger als auch für die Länder.

Die Autorität der demokratischen Organe in Westdeutschland und die Funktion der jungen Demokratie in diesem provisorischen Teilstaat kann nicht durch ernsthafte politische Erörterungen unserer entscheidenden Probleme im ganzen Volk gefährdet werden, sondern sie wird dadurch untergraben, daß die Regierung vor solchen Fragen dem Volk gegenüber zum Formaljuristischen hin auszuweichen versucht und die Ansichten Andersdenkender als undemokratisch, unnational oder nationalistisch, als kommunistisch gelenkt oder prokommunistisch bezeichnet und verdächtigt. „Das oberste Ziel Ihrer Politik ist es, aus diesem deutschen Teilstaat eine atomare Großmacht zu machen, aber nicht die Wiedervereinigung. Der Bundeskanzler hat ein inniges Verhältnis zur Macht. Hätte er nur ein solches Verhältnis zur Demokratie. Zur Demokratie aber hat

er nur das Verhältnis eines Opportunisten." So Dr. Mommer im Bundestag bei der zweiten Lesung des Gesetzes zur Volksbefragung.

Der Irrweg der Regierung, die Freiheit und Sicherheit unseres Volkes mit Atomwaffen verteidigen zu wollen, statt durch echte politische Übereinkommen und Verständigungen, wurde kürzlich durch ein Interview in der Illustrierten „Quick" besonders deutlich. Der Bundesminister Strauß verteidigt hier mit zwar starken Worten, doch auf schwachen oder hypothetischen Prämissen aufbauend, seine Rüstungspläne. Beachtenswert ist dabei eine auch im Bundestag und andernorts gemachte Feststellung: „Die bequeme Auffassung, ein begrenzter und lokaler militärischer Übergriff der Gegenseite könne allein durch die abschreckende Wirkung der amerikanischen strategischen Atomwaffe (das heißt durch die Drohung mit dem furchtbaren „Großen Atomschlag" mit allen verfügbaren Atomwaffen) mit Sicherheit verhindert werden, ist nicht mehr glaubhaft. Sie kann auf die Dauer nicht mehr verantwortet werden." Dann aber möchte der Verteidigungsminister uns glauben machen, er glaube daran, daß „taktische Atomwaffen, deren Schlüssel ausschließlich in amerikanischen Händen bleibt, das kann nicht oft genung betont werden", bei kleinstem Aufwand und verstreuter Aufstellung die größte Verteidigungswirkung erzielen, den Angriff zu einem tödlichen Risiko machen und ihn dadurch überhaupt verhindern, denn „mit einer einzigen taktischen Atomrakete kann der Verteidiger eine massiert angreifende Panzerdivision innerhalb weniger Sekunden zerschlagen". Der Angreifer, so wird argumentiert, könne also seine Streitkräfte gar nicht zum Angriff zusammenziehen. Aber der Minister Strauß weiß sehr gut — was er in dem Quick-Interview nicht sagt — daß im Fall einer solchen militärischen Auseinandersetzung, die nie eintreten darf, weil sie das Ende unseres Volkes bedeutet, der Gegner nicht massiert oder verstreut „konventionell" angreift, sondern zuerst durch Atomschläge die Raketenbasen, die Atomwaffenlager und die sonstigen atomaren militärischen Einrichtungen bekämpfen wird. Der Minister weiß, was das für unser Volk bedeutet. Er weiß auch besser als die meisten anderen Deutschen um die gefährlichen militärpolitischen Überlegungen, denen man im Pentagon und im Weißen Haus nachgeht und die sich mit der „Strategie des begrenzten lokalen Konflikts" beschäftigen. Sicherlich mit vollem Wissen der verantwortlichen amerikanischen Stellen hat kürzlich der Amerikaner Halle (nicht mit King-Hall zu verwechseln) eine Definition hierzu publiziert, die den Begriff nicht von der Art der angewandten Waffen einschließlich der Atomwaffen abhängig macht, sondern vielmehr ausschließlich von der Erklärung des Charakters als „begrenzter lokaler Konfikt" von seiten „nichtbeteiligter" Staaten oder Staatengruppen. Auf diesem Wege kann uns durch die Atombewaffnung der Bundeswehr ein unser aller Leben vernichtendes atomares Korea bereitet werden. Zum Schluß „erklärte der Verteidigungsminister Franz Josef Strauß die philosophischen und historischen Grundlagen seiner Ansichten", indem er nach zwei kurzen Zitaten aus Ludwig Reiners Bismarck-Buch auf das Verhalten von Albert Einstein, Werner Heisenberg, Niels Bohr und Klaus Fuchs während der Hitler-Zeit und nachher hinweist: „Diese Männer, die sicherlich gute Absichten hatten und das Beste wollten — möglicherweise sogar Dr. Fuchs — haben fast immer das Gegenteil bewirkt. So ist die Atombombe in die Welt gekommen, und wir müssen sehen, wie wir damit fertig werden." Sollten diese zitierten Männer die einzigen sein, die durch ihr Handeln das Beste wollen, ohne es zu erreichen? Gibt es nicht vielleicht in Bonn viele Verantwortliche, die alle „das Beste wollen" und doch — in Abwandlung eines Goethe-Wortes — Teile einer Kraft sind, die stets das Gute will und doch das

Böse schafft? Auch ein Schwur auf das Grundgesetz ist keine Handlung, die politische Unfehlbarkeit verleiht oder garantiert. „Als Privatmann, als einfacher Franz Josef Strauß, wünsche ich mir nichts glühender, als die Atomwaffen abzuschaffen. . . . Aber es gibt diese Möglichkeit nicht . . . ich habe mich nach bestem Wissen und Gewissen befragt. Ich mußte mich entscheiden. Ich kann doch nicht anders . . ." Welche Auswegslosigkeit in Verbindung mit dem Fehlen eigener konstruktiver realer außenpolitischer Wege spiegelt sich in diesen Worten aus Bonn! Die Atomrüstungspolitik des Ministers Strauß „zur Verhinderung des dritten Weltkrieges und zur Schaffung einer echten Verhandlungsplattform" ist nicht mehr glaubhaft; sie kann weder jetzt und schon gar nicht auf die Dauer verantwortet werden.

Eine von der CDU gestartete und geschickt auf den Massenhorizont eingestellte Propaganda versucht, von diesen betrüblichen Tatsachen abzulenken und die wahre Größe der Gefahr, in die sich unser Volk beim Fortschreiten auf diesem Irrweg begibt, zu verschleiern. Unter solchem Aspekt ist die Wahlentscheidung am 6. Juli 1958 keine Parteienentscheidung des Wählers, keine Kundmachung seiner wirtschaftlichen und sonstigen Einstellung zu dieser oder jener Frage des öffentlichen Lebens in Nordrhein-Westfalen, sondern eine Entscheidung für oder gegen die Atomrüstungsregierung in Bonn. Die von Bonn so heftig befehdete und diffamierte politische Aktivität der Staatsbürger hat jedenfalls in diesen Monaten dazu geführt, Unruhe weit in die Reihen bisher bieder-gläubiger CDU-Wähler hineinzutragen. Und wie immer diese Wahlen ausfallen mögen, sie können niemals verstanden werden als ein Votum der Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen für die Atomrüstungspolitik der CDU. Nach wie vor bleibt die Durchführung einer Volksbefragung auf der Tagesordnung.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut der Gründungserklärung des „Ständigen Kongresses gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik"

Die Mehrheit des Bundestages hat am 25. März 1958 die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen beschlossen. Dieser Beschluß hat in der Bevölkerung eine Bewegung ausgelöst, die in Kundgebungen und Demonstrationen, in Protesten von Gewerkschaften und Betrieben, in Warnstreiks und Unterschriftensammlungen, in Beschlüssen und Versuchen zur Durchführung einer Volksbefragung ihren Ausdruck fand. Die Bewegung gegen den Atomtod hat von Woche zu Woche an Kraft und Bedeutung zugenommen.

Der Kampf gegen den verhängnisvollen Beschluß der Bundestagsmehrheit hätte am wirksamsten geführt werden können, wenn alle Widerstandskräfte in einer einzigen, einheitlich geführten Bewegung zusammengefaßt worden wären. Da sich das als unmöglich erwies, mußte die Sammlung aller atomwaffenfeindlichen Kräfte auf andere Weise ereicht werden. Als wirksamste Form der Verwirklichung dieser Absicht erschien die Bildung eines „Ständigen Kongresses". Die Idee des „Ständigen Kongresses" fand in allen Schichten der Bevölkerung lebhafte Zustimmung.

Der „Ständige Kongreß" hat sich auf seiner ersten Tagung am 15. Juni 1958 in Gelsenkirchen konstituiert. Er proklamiert mit allem Nachdruck das Recht des Bürgers der Bundesrepublik, über Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes in unmittelbarer Abstimmung zu entscheiden. Er ruft zum Widerstand auf gegen die Nichtachtung der im Grundgesetz der Bundesrepublik verbrieften Rechte des Volkes durch die derzeitige Bundesregierung und Bundestagsmehrheit. Der „Ständige Kongreß" ruft in der Stunde der Gefahr zur Selbstbesinnung. Er appelliert an das Verantwortungs-

bewußtsein nicht nur all derer, die an führender Stelle Entscheidungen beeinflussen, sondern vor allem an das Verantwortungsbewußtsein jedes einzelnen.

Der „Ständige Kongreß" ist der Ort der Sammlung, des Erfahrungsaustausches und der kritischen gegenseitigen Verständigung für alle Gegner der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik. Indem er sich in seinen Äußerungen, Empfehlungen und Handlungen auf das aktuelle Grundanliegen der Nation, den Widerstand gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik und die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Europa, beschränkt, ermöglicht er das Zusammenwirken aller Schichten unseres Volkes, aller Bewegungen, Organisationen und Ausschüsse, die in dieser Lebensfrage unseres Volkes übereinstimmen. Der oberste Grundsatz für die Arbeitsweise des „Ständigen Kongresses" ist die politische und weltanschauliche Toleranz in allen Fragen, die nicht unmittelbar mit der Überwindung des durch den Beschluß des Bundestages herbeigeführten Notstandes zu tun haben.

Die Empfehlungen des „Ständigen Kongresses" sind keine verbindlichen Beschlüsse. Sie wollen als Anregungen für gemeinsames Handeln unter Beachtung der besonderen Bedingungen in den einzelnen Bundesländern, Städten und ländlichen Bezirken verstanden sein.

Es erfüllt uns mit neuem Mut, daß die erste konstituierende Tagung des „Ständigen Kongreses" im Geiste der Einmütigkeit und Toleranz verlief. Die unbeirrbare Übereinstimmung im Ziel wurde durch die Verschiedenheit der Begründungen besonders eindrucksvoll unterstrichen. Das große Ziel der Volksbewegung gegen den Atomtod kann erreicht werden, wenn es gelingt, Sonderbestrebungen und gegenseitiges Mißtrauen auszuschalten. Die Bundesregierung läßt nichts unversucht, die Volksbewegung gegen die atomare Aufrüstung zu spalten und die einzelnen in ihr vertretenen Richtungen gegeneinander auszuspielen. Diese Gefahr muß klar erkannt werden. Wer in den Reihen der Atom- und Rüstungsgegner Mißtrauen sät, leistet der Aufrüstungspolitik Vorschub. Der Kampf gegen die Atomrüstung ist zu einem Kampf für die Demokratie geworden. Nur wenn die Begeisterung sich mit Geduld und zäher Beharrlichkeit verbindet, wird die Volksbewegung gegen die atomare Aufrüstung am Ende den Sieg davontragen.

Der Erfolg der ersten Tagung des „Ständigen Kongresses" ermutigt uns, die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes erneut auf das Grundanliegen unserer Tage zu lenken und alle Schichten der Bevölkerung aufzurufen, sich dem Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod" oder der „Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik" oder einer regionalen Widerstandsgruppe anzuschließen und in dieser Organisation nach Kräften dahin zu wirken, daß der „Ständige Kongreß" seine koordinierende, vermittelnde und ausgleichende Funktion wirksam erfüllen kann.

Vertrauen zu den friedlichen und demokratischen Kräften in unserem Volk, Vertrauen aller entschiedenen Gegner der Atomrüstungspolitik der Bundesregierung untereinander, die Einheit im Wollen und Handeln sind das Unterpfand unseres endlichen Sieges!

Gelsenkirchen, den 15. Juni 1958

Wortlaut der Presseerklärung des Deutschen Klub 1954 zu Äußerungen von Minister Dr. Schröder in der Bundestagsdebatte zum Gesetz über die Volksbefragung

In der Zweiten Lesung des Gesetzes über die Volksbefragung am 13. Juni 1958 hat Innenminister Dr. Schröder im Bundestag vom Deutschen Klub 1954, von mir und von einigen meiner Mitarbeiter behauptet, unter „kommunistischem Einfluß" zu stehen. Der Korrektheit halber muß erwähnt werden, daß die Presse diese Unterstellung nicht oder nur mit größter Zurückhaltung weitergegeben hat.

Der Deutsche Klub 1954 hat in vierjähriger Tätigkeit sein Bemühen in aller Offenheit und Klarheit dargelegt. Er ist ein in jeder Beziehung unabhängiges und sich selbst tragendes Forum zur Erörterung wesentlicher politischer Fragen; eben deshalb und durch die Mitwirkung hervorragender Persönlichkeiten ist er mehr und mehr zu

einem allseitig beachteten Faktor des geistig-politischen Lebens in der Bundesrepublik geworden.

Die Absicht des Ministers, den Deutschen Klub 1954 wider besseres Wissen vor dem Deutschen Bundestag herabzusetzen, hängt offenkundig mit den Bestrebungen der Bundesregierung zusammen, Hindernisse, die sich ihrer Atomrüstungspolitik in den Weg stellen, ohne Wahl der Mittel niederzureißen. In Sonderheit sollen mit der Attacke auf den Deutschen Klub 1954 die Einwände und Forderungen zum Verstummen gebracht werden, die aus einsichtigen Kreisen der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Gläubigen beider Kirchen und von sachkundigen Militärs nachdrücklich erhoben werden. Hier wird versucht, die Aussagen maßgeblicher Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens dadurch zu entwerten, daß man sie als Marionetten des Kommunismus hinstellt und ihnen somit die Fähigkeit zu selbständigem politischen Urteil abspricht. Es ist ein Irrtum, wenn der Innenminister glaubt, in Abwandlung des Wortes von den „Dummköpfen und Verrätern" Frauen und Männer schrecken zu können, die in aller Klarheit die durch die Atomaufrüstung heraufbeschworene Existenzbedrohung unseres Volkes erkannt haben, die das Außerordentliche dieser Situation bewegt und die deshalb auch zu außerordentlichem Eintreten für Demokratie und Sicherheit entschlossen sind.

Wenn der Innenminister die gefährlichen Atomrüstungspläne seines Kabinetts gegen den Willen der Mehrheit des Volkes mit unfairen und undemokratischen Methoden durchsetzen will, dann möge er das offen und ehrlich sagen. Wir würden dann wissen, welche Art freiheitlich-demokratische Ordnung er mit Atomwaffen zu verteidigen beabsichtigt. Jedermann könnte dann verstehen, welchen Sinn seine Verleumdungen politisch Andersdenkender haben.

Wir und alle, die das fürchterliche Interregnum des Dritten Reiches noch nicht vergessen haben, begreifen durchaus, was der Minister meint und was die Stunde geschlagen hat. Die Tatsache, daß gerade in diesen Tagen Prof. Dr. Alexander Graf Schenk von Stauffenberg vor dem Forum des Deutschen Klub 1954 über Fragen des Widerstandsrechtes gesprochen hat, sollte auch dem Bundeskabinett verständlich machen, daß Staatsbürger durchaus fähig sind, ein vom Bonner Wohlwollen unabhängiges Urteil zu finden, den Sinn der Politik der Bundesregierung zu übersehen und die Folgen dieser Politik zu erkennen. Das in aller Klarheit ausgesprochen zu haben, scheint uns in diesem Augenblick notwendig zu sein.

Köln, 16. Juni 1958

gez.: Karl Graf von Westphalen, Geschäftsführer

Studentischer Kongreß gegen die Atomrüstung

Vertreter der inzwischen an den meisten Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik gebildeten Aktionsausschüsse gegen Atomrüstung haben am Wochenende in Frankfurt beschlossen, für Anfang November einen studentischen Kongreß gegen Atomrüstung einzuberufen. Vorher soll in einer gemeinsamen Erklärung an die gesamte westdeutsche Studentenschaft und die Professoren appelliert werden. Weiterhin ist geplant, in ständigen Flugblatt-Aktionen die von den Befürwortern der atomaren Aufrüstung vorgetragenen Argumente zu widerlegen. Die örtlichen Bundestagsabgeordneten der CDU sollen aufgefordert werden, in öffentlichen Diskussionen ihre Befürwortung der atomaren Aufrüstung zu begründen. Neben den an einer Reihe von Hochschulen durchgeführten und vorbereiteten Unterschriftsammlungen und Urabstimmungen ist geplant, in Vorlesungen und Diskussionen die sachliche Information über die Gefahren der Atomrüstung zu verstärken.

(Presseinformation des Verbandes Deutscher Studentenschaft vom 11. Juni 1958)

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,— DM zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr.
Druck: A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw